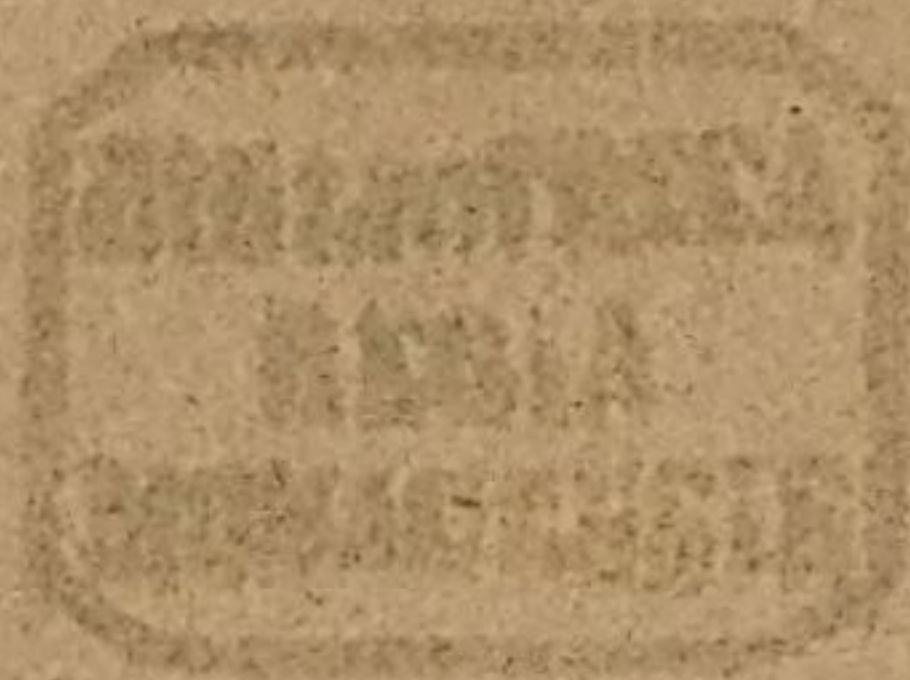


Graph.

936

Graph. 936



DAS
TELEGRAPHEN- UND TELEPHONWESEN
IN OESTERREICH

NEBST BERÜCKSICHTIGUNG DES TELEGRAPHEN- UND
TELEPHONWESENS IN DEUTSCHLAND UND DEM WEITEREN
AUSLANDE.

DARGESTELLT

VON

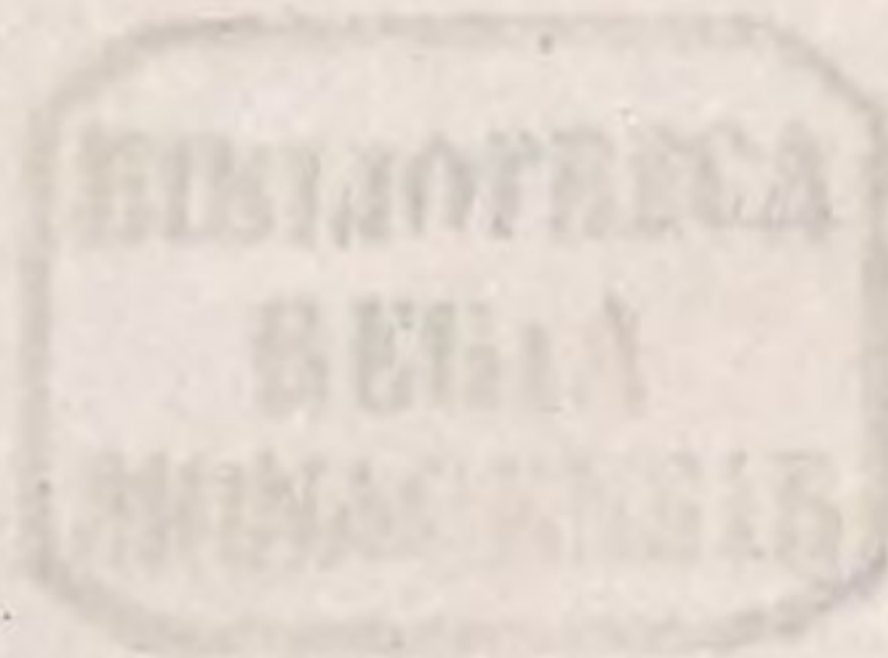
JOSEF WANKA,

K. K. OBER-POSTRATH, DOCENT AN DEN POST- UND TELEGRAPHEN-LEHRCURSEN
IN PRAG.

WIEN, 1896.

ALFRED HÖLDER,

K. U. K. HOF- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHÄNDLER,
Rothenthurmstrasse 15.



Alle Rechte vorbehalten.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

Vorwort.

Die demnächst stattfindende internationale Telegraphen-Conferenz in Budapest und die im österreichischen Reichsrathe erfolgte Einbringung des Gesetzentwurfes zur Regelung der Rechte der Staatsverwaltung bei Ausführung von Telegraphen- und Telephonanlagen in Oesterreich veranlassten den Verfasser zur Herausgabe der vorliegenden Broschüre. Dieselbe schliesst sich an das von demselben Verfasser herausgegebene Werk „Das Postwesen in Oesterreich“ (3 Hefte)¹⁾ an. Dem Verfasser wird es zur Genugthuung gereichen, wenn die in der Broschüre beregten, wissenschaftlich noch offenen Rechtsfragen — eine baldige günstige Lösung finden würden.

¹⁾ Das obige Werk wurde auf der Internationalen Ausstellung für das Postwesen in Mailand 1894, sowie auf den Welt-Ausstellungen zu Chicago und Antwerpen — mit Ehren-Diplomen ausgezeichnet. Von diesem Werke ist das I. Heft eben in 2. Auflage erschienen.

Erklärung der Abkürzungen.

a. b. G. B. = (Oesterreichisches) allgemeines bürgerliches Gesetzbuch.

Art. = Artikel.

Circ. V.-Bl. = Circular-Verordnungsblatt.

H. M. E. = Handelsministerial-Erlass.

Pol. G. S. = Politische Gesetzessammlung.

S. = Seite.

Str. G. B. = Strafgesetz-Buch.

Tel. V.-Bl. = Telegraphen-Verordnungs-Blatt.

V.-Bl. = Post- und Telegraphen-Verordnungs-Blatt.

Z. = (Geschäfts-)Zahl.

Ziff. = Ziffer.

Inhalts-Uebersicht.

	Seite
Wesen der Telegraphie und Telephonie	7
Zur Geschichte der Telegraphie	9
Verschiedene Telegraphen-Apparat-Systeme	11
Ueberseeische Kabeltelegraphie	12
Doppelcorrespondenz	12
Semaphoren	13
Eisenbahnleitungen	13
Feuertelegraphen	14
Feldtelegraphen	14
Arten von Telegraphen-Stationen	14
Telegraphen-Leitungen:	15
Oberirdische Telegraphen-Leitungen	15
Unterirdische Telegraphen-Leitungen	15
Unterseeische Telegraphen-Leitungen	17
Telegraphenleitungs-Material	17
Telegraphen-Säulen	19
Isolatoren	19
Batterien (Elemente)	19
Erste Oesterreichische Telegraphenleitungen	20
Zur Geschichte der Telephonie	21
Zur Geschichte der Telegraphie und Telephonie in Deutschland	24
Rechtsverhältnisse der Telegraphie und bezw. Telephonie	24
Steht dem Empfänger eines Telegrammes oder Phonogrammes ein Recht auf die Ausfolgung des Telegrammes oder Phono- grammes zu?	28
Wird durch Telegramme — ein schriftlicher Vertrag geschlossen?	28
Entstehen durch Vermittlung des Telephons — Verträge unter Anwesenden oder Abwesenden?	29
Wer trägt den Schaden für Unregelmässigkeiten im Telegraphen- und Telephondienste?	29
Inwieweit sind bei Herstellung von Telegraphen- und bezw. Telephon-Leitungen u. dergl. auf privatem Eigenthume Ent- schädigungen zu leisten?	30
Regelung der Rechtsverhältnisse der Telegraphie und Telephonie	31
Telegraphen-Ordnung	34

	Seite
Telephon-Verordnung	34
Telegraphen- und Telephon-Gesetze	
in Ungarn	34
Deutschland	34
Belgien	34
Frankreich	34
der Schweiz	34
Telegraphen-Verträge	36
St. Petersburger internationaler Telegraphen-Vertrag	36
Grundbestimmungen des St. Petersburger internationalen Tele- graphen-Vertrages	38
Geschichtliche Skizze	38
Internationales Telegraphen-Reglement	42
Internationaler Telephon-Dienst	43
Telegraphen-Union	44
Organisation:	44
Vertragsfreiheit der Telegraphenunion-Staaten	44
Internationales Telegraphen-Bureau	44
Journal télégraphique	44
Bedeutsamkeit der Telegraphen-Union	45
Nächste Telegraphen-Conferenz	45
Erfordernisse	45
Special-Telegraphenverträge	49
Eisenbahn-Telegraphenverträge	49
Grundsätzliche Bestimmungen	51
Verfrachtungs-Verträge	52
Bestimmungen über die Herstellung, Erhaltung und Benützung der Telegraphen-Leitungen der k. k. Staatsbahnen	53
Deutschland:	
Verhältnis der Telegraphie zu den Eisenbahnen	55
Verhältnis der Telegraphie zu der Strassenbau-Verwaltung	56
Amtsbehelfe im Telegraphen-Dienste	57
Amtsbehelfe im Telephon-Dienste	61
Telegraphen- und Telephon-Strafbestimmungen	63
Aus der Litteratur des Telegraphen- und Telephonwesens	64
Anhang:	
A. Oesterreichische Telephon-Verordnung	66
B. St. Petersburger internationaler Telegraphen-Vertrag	76
C. Deutsches Telegraphen- (und Telephon-) Gesetz	81
D. Gesetzentwurf über die, der Staatsverwaltung in Oesterreich bei der Errichtung und Instandhaltung der Telegraphen- und Tele- phonanlagen an öffentlichem Gute und an privatem Eigenthum zu- stehenden Rechte	85

Wesen der Telegraphie und Telephonie.

Die Telegraphie und Telephonie¹⁾ vermitteln den Nachrichtenverkehr.

Diesen Verkehr haben die Telegraphie und Telephonie mit der Post gemeinsam, ihre Mittel sind jedoch verschieden. Während die Post die (geschriebenen) Nachrichten in der Urschrift

¹⁾ Das Wort „Telegraphie“ stammt von den griechischen Wörtern: *τῆλε* (têle) = in die Ferne, und *γράφειν* (gráphein) = schreiben. Das Wort „Telephonie“ stammt (wie das Wort Telegraphie) von den griechischen Wörtern: *τῆλε* (têle) = in die Ferne, und (*φωνεῖν*) phoneîn = tönen (sprechen).

Das in die Ferne Geschriebene wird — Telegramm und das in die Ferne Gesprochene — Telephongespräch (Ferngespräch) genannt. Statt Telegramm wird auch das Wort „Depesche“ (womit man eigentlich sagen will „telegraphische Depesche“) gebraucht; das französische Wort „dépêche“ bedeutet jedoch „Briefpaket“ oder „Kartenschluss“. Die Telegraphen-Conferenz zu St. Petersburg (1876) hat deshalb das Wort „dépêche télégraphique“ durch das (einfachere) Wort „télégramme“ officiell ersetzt.

Das Phonogramm (vergl. S. 68) involviert die telephonische und schriftliche Uebermittlung einer Mittheilung. Die telephonische Mittheilung erfolgt entweder seitens der Partei, dann besorgt die Niederschrift der Telephon-Bedienstete; oder die telephonische Mittheilung geschieht durch den Telephon-Bediensteten, dann war die Niederschrift von der Partei überreicht worden. In der einen Richtung, wenn für einen Telephon-Abonnenten u. dgl. eine telephonisch abzugebende Nachricht einlangt, wird die schriftlich eingelangte Nachricht dem Empfänger — nicht wie beim Briefe — durch Behändigung des Originals, sondern phonisch und nicht — wie beim Telegramme — durch Uebersendung der Hughes-Zeichen selbst oder der Uebersetzung der Morse-Zeichen in gewöhnliche Schrift, sondern durch Einwirkung auf das Ohr (mittels Telephon) zugemittelt, wobei die Nachricht vom Empfänger entweder bloss zur Kenntnis genommen oder auch niedergeschrieben werden kann; in der entgegengesetzten Richtung, wenn Jemand eine Nachricht telephonisch aufgibt, welche von der Centrale mittels Post oder Boten oder dergl. (aber nicht per Telegraph) weiter befördert oder bestellt werden soll, geschieht die Vermittlung der Nachricht nicht wie beim Telegramme durch Hervorrufung von Zeichen nach dem Morse-, Hughes- oder einem anderen Systeme mittels des Apparates und Zusendung der Niederschrift, sondern die Vermittlung geschieht (zwar auch auf elektrischem Wege, jedoch) durch unmittelbare Einwirkung auf das Gehör und das nach dem Gehör vom Telephon-Bediensteten Niedergeschriebene (oder eine Abschrift davon) wird dem Adressaten zugesendet. (Vergl. Das Staats-Telephon in Oesterreich. Prag 1889, S. 5).

(resp. in natura, im Original) an den Empfänger befördert, vermittelt die Telegraphie und Telephonie die Nachrichten mit Hilfe der Elektrizität, die Telegraphie — durch eigene Zeichen und eigene Schrift, die Telephonie dagegen — mündlich resp. gesprächsweise (und zwar unmittelbar, nämlich durch Verkehr der Correspondenten in eigener Person [Telephongespräch] oder mittelbar d. i. durch Vermittlung eines Telephon-Bediensteten [Phonogramm]). (Vergl. Wanka, Das Postwesen in Oesterreich. Prag, 1896. I. Heft, 2. Auflage, S. 7)¹⁾.

¹⁾ Das Telephon-(Fernsprech-)Wesen hängt jedoch mit dem Telegraphenwesen innig zusammen. Beim Telegraph und Telephon wird nämlich das gleiche Agens, — die Elektrizität, verwendet.

Es werden Stationen mit Telephon-Apparaten (anstatt Telegraphen-Apparaten) in Betrieb gesetzt, welche, da sie dem Publikum gegenüber die Rolle einer Telegraphen-Station spielen, den Titel „Telegraphen-Station“ führen. Telegramme können sonach per Telephon aufgegeben telegraphisch weiterbefördert und wieder per Telephon in Empfang genommen werden u. s. w.

Die Telephonie entwickelt sich im Anschlusse an die Telegraphie und steht in enger Verbindung mit derselben. (Lesenswerth: J. Maier & Prez, Das Telephon und dessen praktische Verwendung. Stuttgart, 1889) Die Telephonie ist ein wichtiger Zweig der Telegraphie, sie wird auch als ein Annex (Appendix) bzw. Substitut der Telegraphie bezeichnet, wie auch letztere ein Substitut der ersteren sein kann.

Wenn nämlich der Telegraph in Folge irgend welcher Hindernisse nicht funktioniert, so kann das Telephon — der praktische Ersatzapparat (Substitut) sein (sofern die Aufgabe- und Adress-Station des Telegrammes mit den entsprechenden Apparaten versehen sind und umgekehrt.)

Die Telephonie steht in Folge der beregten engen (technischen) Verbindung mit der Telegraphie auch — im rechtlichen Zusammenhange mit derselben. In dieser Beziehung wird die Telephonie als eine Abart (ein Theil, portio), bzw. Fortsetzung (vergl. S. 34) der Telegraphie angesehen. Es ist demnach gerechtfertigt, die Telephonie — staatsrechtlich unter die Telegraphie zu subsummieren. Die Telephonie wird demzufolge auf dem Rechtsgebiete nach den für die Telegraphie geltenden Grundsätzen behandelt. (Vergl. Loennig, Verwaltungsrecht 1884, S. 162).

Rücksichtlich der Frage, ob die Telegraphie und bzw. Telephonie durch den Staat oder von Privaten betrieben werden solle, hat die Erfahrung die Zweckmässigkeit des Telegraphenbetriebes durch den Staat — erwiesen.

Die Telegraphie ist derzeit fast überall — Staatssache. In England ist der Telegraph seit 1868 verstaatlicht, in Amerika ist derselbe jedoch noch immer in Privathänden.

In den meisten Staaten wird nun auch die Telephonie als Staatsanstalt angesehen, resp. in Staatsregie betrieben. Schon die Wechselwirkung, in welcher die Telephonie mit der Telegraphie und Post (welche letzteren fast

Die Anfänge der Telegraphie reichen bis in's Alterthum. Durch Feuer auf den Höhen wurden — bei Tag durch den Rauch und — bei Nacht durch Feuerschein Nachrichten von Ort zu Ort vermittelt. Die Fackeltelegraphie war eine Vervollkommnung dieser Art der Nachrichten-Vermittlung in die Ferne. Für die Communication der Seeschiffe wurden bei Tag (so wie jetzt auch noch geschieht) Flaggensignale verwendet. Chappe in Frankreich errichtete bereits im vorigen Jahrhundert einen optischen Telegraphen mit drei verschiebbaren Armen auf einem Mastbaume; die Zeichen wurden mittels Fernrohren abgefangen und von Station zu Station weitertelegraphiert. Derartige Telegraphen findet man noch heute — im Eisenbahn-Signalisierungsdienste.

Zur Geschichte der Telegraphie.¹⁾

Später wurde die Reibungs-Elektricität zum Telegraphieren ausgenützt, indem dieselbe durch 24 Drähte, welche 24 Buchstaben entsprachen, fortgeleitet wurde. Die bekanntesten Experimente dieser Art sind jene des Lesage in Genf. Durch Zersetzung des Wassers und Auftreten von Wasserstoffblasen wurde der Buchstabe abgelesen, zu dem der betheiligte Draht gehörte. Diese Art des Telegraphierens blieb (wegen der Unbeständigkeit der Reibungs-Elektricität und wegen geringer Leistungsfähigkeit) lokaler Natur. Erst die Entdeckung der galvanischen Elek-

überall verstaatlicht sind und so glänzende Leistungen aufweisen) steht, spricht für die Betreibung der Telephonie durch den Staat.

Bei dem Betriebe der Telephonie durch den Staat ist eine grössere Garantie für die sorgfältige Herstellung und Beaufsichtigung der Telephon-Einrichtungen (Anstalten), für die richtige Auswahl der Beamten, für die Wahrung des Telephongeheimnisses u. s. w. vorhanden, als wenn der Betrieb der Telephonie — Privaten überlassen ist.

Anfänglich überliessen viele Staaten (Belgien, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, die Niederlande, die Schweiz) den Telephonbetrieb — der Privatthätigkeit (resp. Privat-Gesellschaften); allein nach einigem Schwanken erkannte man die hohe Bedeutung desselben für den gesammten Staat und verstaatlichte ihn.

In Deutschland wurde die Telephonie gleich anfangs ausschliesslich vom Staate betrieben.

In England, Italien, Spanien, Oesterreich ist die Telephonie zwar auch verstaatlicht, es werden jedoch Concessionen an Private (Gesellschaften) ertheilt.

In Russland geht die Telephonie — der Verstaatlichung entgegen.

In den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika befindet sich jedoch die Telephonie wie die Telegraphie noch ausschliesslich in den Händen von Privat-Gesellschaften (Western Union Télégraph-Company, bezw. American Bell-Telephon-Company u. s. w.). Es macht sich jedoch in Nord-Amerika — eine starke Strömung für die Verstaatlichung der Telegraphie und Telephonie geltend.

¹⁾ Zusammengestellt unter Mitwirkung des k. k. Ober-Postcontrolors, Herrn Johann Ružička, Docenten an den Post- und Telegraphen-Lehrcursen in Prag.

tricität (des Galvanismus 1789) und des Elektro-Magnetismus (1819) durch den dänischen Professor Oersted (geb. 1777, gest. 1851)¹⁾ begünstigte die Entwicklung der Telegraphie.

In Deutschland gelang es bereits 1833 Karl Friedrich Gauss (geb. 1777, gest. 1855) und Wilhelm Weber (geb. 1804), Professoren der Physik an der Universität in Göttingen durch gemeinsame Studien — einen elektro-magnetischen Telegraphen zwischen der Sternwarte und dem physikalischen Kabinete in Göttingen herzustellen. Von ihnen aufgefordert, unternahm es Professor Steinheil in München (geb. 1801 zu Rappoltsweiler im Elsass, gest. 1870) den Apparat zu vereinfachen und zu einer Zeichensprache einzurichten. 1836 gelang es Steinheil den (Nadel-) Apparat in einen elektro-magnetischen Schreibapparat umzugestalten. 1838 entdeckte Steinheil die Erdleitung, resp. die Möglichkeit, die Erde als Rückleitung für den galvanischen Strom verwenden zu können, wodurch die Hälfte der Drahtleitung, somit mindestens $\frac{1}{3}$ der Anlagekosten erspart wird. Das von Weber ersonnene Inductions-Inklinatorium war dazu bestimmt, die von Faraday beobachteten, in Folge des Erdmagnetismus entstehenden Inductionsströme näher zu bestimmen.

Der erste auf grössere Strecken brauchbare elektr-magnetische Apparat wurde von dem Mechaniker Bain (geb. 1810 zu Thurst in Schottland, gest. 1877) in Edinburg hergestellt. Derselbe enthält eine elektro-magnetische Vorrichtung mit einem Klöppel und zwei Glocken 1 und 5. Die kurzen (mit 1, bzw. 2 bezeichneten) und die langen (mit 5, bzw. 6 bezeichneten) Ablenkungen des Klöppels gegen die Glocken wurden zu 16 Amben zusammengestellt, welche die Buchstaben darstellten; d und t, g und k etc. hatten gleiche Zeichen. Bain's elektromagnetischer Glockenapparat (vergl. S. 11) wurde vom Morse²⁾-Apparate abgelöst, da dieser bequemer zu handhaben war und eine grössere Leistungsfähigkeit besass. Der Morse-Apparat erzeugt Punkte

¹⁾ Oersted machte die Wahrnehmung, dass eine Magnetnadel, in deren Nähe ein elektrischer Strom vorbeigeht, je nach der Richtung des Stromes nach der einen oder der anderen Seite hin abgelenkt werde. Dadurch war die Möglichkeit gegeben, die Buchstaben und Zahlen des Alphabetes durch eine gewisse Anzahl von Rechts- und Links-Ablenkungen der Nadel auszudrücken. Oersted ist demnach als der intellectuelle Urheber der Nadeltelegraphie zu betrachten. (Vergl. Geistbeck, Der Weltverkehr. 2. Aufl. Freiburg im Breisgau 1895. S. 469).

²⁾ Samuel Morse (nicht Morsé) — geb. 1791 in Charlestown (im Staate Massachusetts, Nord-Amerika), gest. 1872 zu Poughkeepsie, N. Y. — war zuerst Historienmaler, dann Elektrotechniker. Derselbe überliess seine Erfindung (selbstlos) der Oeffentlichkeit, verarmte im Alter, kam nach Europa, wo ihm 10 Staaten, welche von seiner Erfindung Gebrauch machten, eine Rente aussetzten. Der Morse-Apparat arbeitete zuerst 1842 in Nord-Amerika.

und Striche — als telegraphische Zeichen. Die Punkte und Striche in verschiedener Zahl und Reihenfolge stellen die Buchstaben, Ziffern und anderen Zeichen dar. Die gedachten Zeichen sind in allen Ländern der Telegraphen-Union (S. 42) auf Grund der internationalen Vereinbarungen für die verschiedenen Buchstaben dieselben, bilden sonach ein für alle Völker der Erde — gleiches Alphabet. Stationen, in welchen der Morse-Apparat arbeitet, sind jetzt in allen Welttheilen zu finden. Durch Einschaltung von Translations-Vorrichtungen (automatischen Zeichenübertragungs-Vorrichtungen) kann man den Verkehr mit diesem Apparate zwischen weit entfernten Orten — unmittelbar führen. Der Morse-Apparat gibt sichtbare, bleibende Zeichen, gestattet jedoch auch das Ablesen der Telegramme nach dem Gehöre.

Der Hughes¹⁾-Apparat ist ein Buchstaben- und Ziffern-Druckapparat, welcher die Telegramme auf einem Papierstreifen gedruckt bringt. Seine Leistung übertrifft den Morse-Apparat in vieler Beziehung. Der Hughes-Apparat findet daher im (Massen-) Verkehre zwischen grossen Städten, auf sogen. Reichslinien und im internationalen Verkehre Verwendung.

Der Hughes'-Apparat theilt sich jetzt mit dem Morse'schen Telegraphen in den Weltverkehr.²⁾

Beim Nadel-Telegraphen (zu welchem auch der Bain'sche Telegraph und die [überseeischen] Kabel-Telegraphen gehören), wird eine Magnet-Nadel nach rechts oder links abgelenkt (vgl. S. 10 Anm. 1). Die Ablenkung nach links bedeutet (bei manchem) einen Punkt, jene nach rechts einen Strich des Morse-Alphabetes.

Verschiedene
Telegraphen-
Apparat-
Systeme.

¹⁾ David Edwin Hughes — geb. 1831 in London — kam im Jahre 1838 nach Nord-Amerika, wurde (in seinem 19. Lebensjahre) Professor der Musik am Collegium in Brendstown (im Staate Kentucky), betrieb nebenbei Elektrotechnik und wurde später Professor der Physik in New-York. Derselbe liess sich seinen Apparat in allen Staaten patentieren, reiste sodann in Europa herum, verkaufte sein Patent und installierte seinen Apparat. Oesterreich zahlte ihm 40000 Gulden für sein Patent. Hughes lebt derzeit in London.

Die 1860 und 1861 in Frankreich mit den Hughes-Apparaten angestellten Versuche waren von durchschlagendem Erfolge begleitet, in Folge dessen dieser Apparat 1861 officiell in Frankreich eingeführt wurde. Dem Beispiele Frankreichs folgten 1862 Italien und England, 1865 Russland, 1866 Preussen, bezw. Norddeutschland, 1867 Oesterreich-Ungarn und die Türkei, 1868 die Niederlande, 1869 Bayern, Württemberg und die Schweiz, 1870 Belgien, 1871 Peru u. s. w. Der Hughes-Apparat wurde ferner von der Telegraphen-Conferenz in Wien (1868) neben dem Morse-Apparate behufs Abwicklung der Correspondenz zwischen den verschiedenen Staaten des Welt-Telegraphenvereins (S. 42) (als zweiter internationaler Apparat) angenommen. (Vergl. Sack, Der Druck-Telegraph Hughes. II. Aufl. Wien, Pest, Leigzig 1884, S. 3).

²⁾ Auf der ganzen Erde sind zur Zeit an 550.000 Telegraphen-Apparate im Betriebe, darunter 80.000 Morse- und 2300 Hughes-Apparate.

Der Automat-Apparat erfordert Papierstreifen mit ausgestanzter (perforierter) Morse-Telegraphenschrift. Da dieser Apparat ohne Taster arbeitet, so bedarf das Personal zur Bedienung desselben keiner mühsamen Abrichtung wie sie für das Personal, das beim Morsebetrieb verwendbar sein soll, nothwendig ist.

Die Zeiger-Telegraphen werden meist mit Magnetinduction betrieben. Das Alphabet und die Zahlen sind auf eine Scheibe gezeichnet, welche ein Zeiger bestreicht. Durch Drehen einer Kurbel werden die Zeichen entsendet. Ein Telegraphist in unserem Sinne ist zum Bedienen dieses Apparates ebenfalls nicht nothwendig.

Zum Betriebe der elektrochemischen Telegraphen, zu welchen auch die erwähnten Wasserzersetzungs-Telegraphen (s. S. 9) gehören, wird jetzt meist chemisch präpariertes Papier verwendet und wird entweder die Morse-Schrift erzeugt oder werden Handschriften, Zeichnungen u. s. w. kopiert.

Die überseeischen Kabel-Telegraphen (vergl. S. 17) arbeiten mit sehr schwachen Strömen, demzufolge auch mit sehr feinen Instrumenten. Die eine Methode des Arbeitens besteht in der Ablenkung einer feinen das Licht zurückwerfenden Magnethadel (Spiegelgalvanometer), deren eigene Bewegung kaum sichtbar ist, daher dieselbe durch jene der vom Galvanometerspiegel zurückgeworfenen Lichtstrahlen, welche durch Weiterrücken des Auffallschirmes beliebig vergrößert werden kann, sichtbar gemacht und damit das Ablesen der Zeichen ermöglicht wird. Die zweite Methode des Arbeitens ist mit Syphon-Recordern. Der Recorder macht annäherungsweise die Bewegung des Morse-Alphabetes, während der elektrische Strom einer Dynamomaschine Tinte aus dem Syphon auf den Papierstreifen ausspritzt, s. Seite 92.

Bei der sogen. Doppelcorrespondenz (der Duplex-Methode, dem Gegensprechen) wird auf einem Drahte zu gleicher Zeit in entgegengesetzter Richtung correspondiert.¹⁾ Hierbei findet die That-

¹⁾ Erfinder des Gegensprechens ist der gewes. österreichische Telegraphen-Director Dr. Gintl (gest. 1883). Demselben gelang es nämlich bei den im Juli 1853 zwischen Wien und Prag angestellten Versuchen Telegramme gleichzeitig auf einem und demselben Drahte in entgegengesetzter Richtung zu befördern.

Von der Duplex-Methode ist zu unterscheiden die Multiplex-Telegraphie (mehrfache Telegraphie), welche darin besteht, dass gleichzeitig auf einem und demselben Drahte mehrere Telegramme in der nämlichen oder zugleich in entgegengesetzter Richtung (Gegensprechen) mittels eines Stromvertheilers befördert werden.

Einer der bedeutendsten Multiplex-Apparate ist der des Elsässers B. Meyer (gest. 1884). Dieser Apparat wurde im Jahre 1872 als Vierfach-Schreiber (Quadruplex) ausgeführt und kam in der ihm durch den Erfinder gegebenen Form auf die Weltausstellung 1870 nach Wien. Hier wurde der Apparat für die österreichische Verwaltung angekauft und zwischen Wien und Budapest, sowie

Ueber-
seeische
Kabel-
telegraphie.

Doppelcorre-
spondenz.

sache Bestätigung, dass auch gleiche (+, + oder —, —) Ströme in entgegengesetzter Richtung ($\longrightarrow \longleftarrow$) sich in einem und demselben Drahte gleichzeitig fortpflanzen und entgegengesetzte Ströme (+, — oder —, +) sich nicht vollständig aufheben, sondern wirksam werden, dass es daher nur geeigneter Apparate bedarf, um die Wirkung nutzbar zu machen. Eine Leitung mit Doppelcorrespondenz ist in jeder der zwei Endstationen mit zwei Apparaten ausgerüstet: dem Geber und Nehmer. Die Doppelcorrespondenz (Dupplex-Correspondenz) gestattet die Verarbeitung von mehr als zweimal so viel Telegrammen auf einer Leitung als die Einfachcorrespondenz. Die Doppel-Correspondenz kann sowohl mit Morse- als auch mit Hughes-Apparaten betrieben werden.

Die Semaphoren-Telegraphen arbeiten mit elektrischer und optischer Telegraphie. Das Telegramm wird in dem Küstenthurme mittels optischer Telegraphie von dem Schiffe abgenommen und sodann landeinwärts mittels des elektrischen Telegraphen weiter befördert, in entgegengesetzter Richtung wird das Telegramm, nachdem es der Semaphorenstation auf telegraphischem (oder anderem) Wege zugekommen, mittels optischer Telegraphie dem Schiffe mitgetheilt. Der optische Telegraph verwendet Flaggen und die Zeichen des Handelscodex. Semaphoren.

Der optische Telegraph beförderte ein Zeichen von Marseille nach Paris in 30 Minuten. Die Elektrizität befördert das Zeichen in sehr kleinen Bruchtheilen von Secunden. Der Bain'sche Telegraphen-Apparat beförderte ein Telegramm von 15 Worten in fünf Minuten. Der Morse-Apparat befördert ein Telegramm von 15 Worten in zwei Minuten, der Hughes-Apparat in einer Minute und der Hughes-Dupplex-Apparat zwei Telegramme von 15 Worten in einer Minute.

Es gibt verschiedene Eisenbahn-Telegraphen-Leitungen, Eisenbahn-Leitungen. und zwar:

zwischen Wien und Triest verwendet. Derselbe wurde jedoch wegen verschiedener sich zeigender Mängel (Schwierigkeit des Regulierens, Unverlässlichkeit der Uebermittlung u. a.) im Jahre 1885 ausser Gebrauch gesetzt. Die Leistungsfähigkeit des Multiplex-Apparates kann auf 1600 bis 1800 Worte in der Stunde veranschlagt werden. Die Multiplex-Apparate sind vielfach in Deutschland in Anwendung.

Von dem vorerwähnten Multiplex-Apparate im Telegraphen-Verkehre ist zu unterscheiden der sogen. Multiplex-Apparat im Telephon-Verkehre. Letzterer Apparat (Vielfach-Umschalter) ist bei (Telephon-)Centralen mit mehreren Hundert einmündenden Abonnenten-Leitungen von Vortheil. Die Abonnenten-Leitungen werden in Sectionen eingetheilt, jede solche Section (Tisch) enthält (wie z. B. bei der Centrale 2 und 3 in Prag) je 75 bis 100 Abonnenten-Leitungen. Durch den Multiplex-Apparat werden jeder Section — alle Abonnenten leicht zugänglich gemacht. (Vergl. Ružicka und Nič, Das Telephon. Prag 1896, S. 101 ff.).

1. Directionsleitungen, welche den Sitz der Direction mit den bedeutenden Verkehrsknotenpunkten verbinden.
2. Sprechlinien zwischen einzelnen Sectionen der Eisenbahn, beide mit Morsebetrieb.
3. Glockenleitungen zum Signalisieren der Züge. Diese werden auch zur Morse-Correspondenz zwischen zwei Stationen benützt.
4. Distanzsignalleitungen, um die Einfahrt in die Bahnhöfe zu sperren.
5. Blocksignalleitungen, mit welchen sich die Züge selbst die Einfahrt nachkommender Züge in die Bahnhöfe sperren.
6. Schwimmerleitungen, welche den Wasserstand in Pumphäusern anzeigen.

Feuer- telegraphen.

Die Feuer-Telegraphen arbeiten entweder automatisch mit Morsebetrieb oder mit Glocken oder mit Telephonbetrieb. Die Feuerautomaten mit Morsebetrieb haben auf einer Scheibe Buchstaben oder Ziffern des Morse-Alphabetes ausgeschnitten, ein Uhrwerk setzt die Scheibe in Bewegung, welche automatisch die Benennung des Automaten in die Feuerwehrcentrale telegraphiert. Der Telegraphist der Centrale alarmiert sofort die Feuerwehrbereitschaft, den Commandanten und die Stallwache, so dass höchstens in zwei Minuten nach erhaltener Feuermeldung das Feuerlöschcorps zum Brandorte sich in Bewegung setzen kann.

Feld- telegraphen.

Die Feld-Telegraphen haben mobile Telegraphen-Stationen in Wagen eingerichtet, denen sich Materialwagen anschliessen, sie führen Morsebetrieb, Telephonbetrieb und fonischen Telegraphenbetrieb. Die Träger des Leitungsmaterials sind Bambusstangen mit Hartgummi-Isolatoren. Die Abrichtung der Mannschaften muss so vollkommen sein, dass eine Feld-Telegraphenleitung im Marschtempo geschlagen und im Laufschrille ohne Materialverlust abgetragen werden kann. Bei Herstellung der Leitung muss darauf Bedacht genommen werden, dass die Telegraphen-Correspondenz nach rückwärts stets aufrecht erhalten bleibe. Die optische Telegraphie nach der Morseschrift wird auch in der Militär-Telegraphie mit Fahnen bei Tag und Laternen bei Nacht nach dem System des Nadel-Telegraphen geübt. Die fonische Telegraphie ermöglicht die Benützung eines Drahtes zu gleicher Zeit sowohl zur Telegraphen-Correspondenz als auch zur Uebermittlung der Morsezeichen auf telephonischem Wege, ohne dass sich beide Arten von Correspondenzen beirren. Bei dieser Einrichtung dienen zur telephonischen Uebermittlung der Morsezeichen fonische Relais.

Arten von Telegraphen Stationen.

Es bestehen Staats- und Eisenbahn-Telegraphen-Stationen. In neuerer Zeit werden auch Telegraphen-Stationen mit Telephonbetrieb eingerichtet und an ein Postamt angeschlossen. Bei solchen Stationen kommt anstatt des Telegraphen-Apparates ein Telephon-Apparat zur Aufstellung. Das Postamt erhält dann die Bezeichnung „Post- und Telegraphenamt“. Die Vermittlung

von telegraphischen Postanweisungen darf in Oesterreich durch Eisenbahn-Betriebs- und Telegraphen-Stationen mit Telephonbetrieb nicht stattfinden.

Die vertical höchst gelegene Telegraphen-Station der Erde ist jene in den Anden (Aconcagua) in Amerika, die astronomischen Zwecken dient. Dieser gegenüber stand die tiefste Telegraphen-Station im tausend Meter-Marienschachte in Birkenberg bei Příbram, welche Ende der siebziger Jahre aus Anlass der tausend Meter-Feier (bei Anwesenheit Sr. k. u. k. Hoheit weiland Erzherzog Carl Ludwig) dort provisorisch etabliert war.

Die Telegraphen-Leitungen zerfallen in oberirdische oder Luftleitungen und versenkte Leitungen. Erstere werden in gewisser Höhe über dem Erdboden hingeführt, letztere werden unter der Erde (innerhalb des Erdbodens) hingeführt oder unter Wasser versenkt und zerfallen daher wieder in unterirdische (subterrane) und unterseeische (submarine), neben denen es auch noch Flussleitungen (subaquatische) gibt.¹⁾

Telegraphen-
Leitungen.

¹⁾ Eine oberirdische Leitung ist ein Metalldraht, der von einer Station zur andern in der Luft ausgespannt und durch Säulen oder Träger unterstützt, von den Stützen jedoch so isoliert ist, dass er keinen anderen Gegenstand als das Isolierungsmaterial berührt und so bei nasser Witterung durch die Feuchtigkeit keine fortlaufende leitende Verbindung zwischen dem Drahte und der Erde entstehen kann. Schon Weber und Steinheil wandten Luftleitungen an (vergl. S. 10).

Ober-
irdische
Telegraphen-
Leitungen.

Der erste Gedanke, die Leitungen unterirdisch zu führen, tauchte nachweislich schon 1774 auf. Es versuchten 1774 Lesage in Genf, dann 1794 Reusser und Böckmann in Deutschland, 1816 Ronalds in England, 1842 Jacobi in Russland das Problem durch Benützung von glasierten Thonröhren, bzw. Glasröhren zur Isolierung des Leitungsdrahtes zu lösen.

Unter-
irdische
Telegraphen-
Leitungen.

In Amerika hatte 1837 Morse vorgeschlagen, den Leitungsdraht in eiserne Röhren zu legen, es gelang jedoch nicht den Draht vollkommen zu isolieren. 1846 empfahl der damalige Artillerie-Lieutenant Werner Siemens den vom englischen Arzte Dr. Montgomery (in Singapore) nach Europa gebrachten Guttapercha als einen zur Isolierung der Leitungsdrähte geeigneten Körper.

Die angestellten Versuche ergaben ein befriedigendes Resultat. Deutschland, Oesterreich, Sachsen, Dänemark, Russland entschlossen sich, mit Guttapercha isolierte Leitungsdrähte anzuwenden. Diese Linien versagten jedoch infolge verschiedener sich zeigender, früher nicht gekannter ungünstiger Eigenschaften der Guttapercha nach einiger Zeit den Dienst und wurden beseitigt. 1876 hat Deutschland neuerlich von günstigen Erfolgen gekrönte Versuche anstellen lassen und schritt zur Ausführung bedeutender unterirdischer Leitungen (Erdkabel). Die diesfälligen Erfolge veranlassten Frankreich, ebenfalls einzelne unterirdische Telegraphen-Leitungen herzustellen. Andere Länder schwanken jedoch, das System der unterirdischen Leitung einzuführen. Dieses System ist

Für manche Zwecke, namentlich für die Kriegstelegraphie, werden nur vorübergehend Leitungen benöthigt; man wählt dann eine leicht tragbare (ambulante) Leitung, die sich rasch herstellen und wieder aufheben, somit auch verlegen lässt.

aber — den gebrechlichen oberirdischen Anlagen vorzuziehen, weil oberirdische Leitungen zahlreichen Beschädigungen in Folge von Elementar-Ereignissen (auch Nordlicht), wie auch durch Thiere (Spechte, fliegende Schwäne, wilde Enten u. a., in Afrika durch Giraffen u. s. w.) oder durch Böswilligkeit, bezw. Unverstand der Menschen ausgesetzt sind, was für das wirthschaftliche Leben, besonders jedoch in Zeiten politischer Spannung und drohender Gefahr für die Geschieke der Länder verhängnisvoll werden kann. (Vergl. S. 25).

Für unterirdische Kabel wird — als Leitungsdraht vornehmlich Kupferdraht verwendet. Da es jedoch schwer hält, längere Kupferdrähte herzustellen, welche in ihrer ganzen Länge nach frei von weichen oder spröden Stellen, die später leicht zu einem Bruche führen können, wären, so setzt man häufig den Leitungsdraht aus 3—7 feineren kupfernen Drähten zusammen, die man nach Art eines Seiles zu einem einzigen Strange, der sogen. Litze (Ader), vereinigt. Als Isolierungsmaterial der Leitungsdrähte wird ganz reine Guttapercha oder Kautschuk, auch verschiedene Mischungen dieser Materialien mit Asphalt und anderen Stoffen verwendet. Die unterirdischen Leitungen sind allerdings auch vielfachen Beschädigungen ausgesetzt. Um diesen vorzubeugen, verwendet man gegenwärtig nicht mehr einzelne mit isolierendem Materiale versehenen Litzen, sondern vereinigt mehrere derselben zu einem einzigen Gesamt-Strange oder Kabel, — das man zum Schutze gegen äussere Einwirkung mit einer metallenen Hülle, in der Regel einem seilartigen Ueberzuge von eisernen Drähten versieht (vergl. Geistbeck, S. 483). Die unterirdischen Kabel werden für gewöhnlich in einen mindestens 1 m tiefen Graben versenkt. Zur Legung des Kabels dient ein besonderer Wagen, auf welchem der Haspel mit einem hinreichenden Kabelstücke so aufgestellt ist, dass letzterer, um eine feste Achse sich drehend, das Kabel abrollt. Sind zwei Kabelstücke gelegt, so werden die aneinander stossenden Enden in der Art mit einander verbunden, dass die entsprechenden Kupferadern in sicheren metallischen Kontakt kommen. Nach Herstellung der Verbindung wird die verlöthete Verbindungsstelle in Bezug auf ihre Isolation geprüft, mit einer Hanfumschirmung überkleidet, sodann wird eine eiserne Muffe darüber gezogen. Hat das Kabel ein Eisenbahngleise zu kreuzen, so wird dasselbe unter dem Geleise durchgezogen. Ist es nicht thunlich, das Kabel hinreichend tief zu senken, so wird die Sicherstellung gegen mechanische Verletzung durch Umkleidung mit eisernen Röhren, diejenige gegen die Einwirkung heisser Luft u. dergl. ausserdem durch vorherige Umhüllung mit Schlackenwolle, welche durch geringe Wärmeleitungsfähigkeit ausgezeichnet ist, bewirkt. Die bei der Ueberschreitung von Wasserläufen zur Verwendung kommenden Flusskabel erhalten an solchen Stellen, wo sie gegen Schiffsanker gesichert werden müssen, einen Schutz von starken, gusseisernen, verzinkten Muffen von je 50 cm Länge, welche zu einem biegsamen, das Kabel umschliessenden Rohre mit einander verbunden werden. (Vergl. Geistbeck, S. 484).

Als Telegraphenleitungs-Material wurde zuerst Kupferdraht in der Stärke von 3 mm genommen, sodann Eisendraht in der Stärke von 3, 3 $\frac{1}{2}$, 4 und 5 mm, welcher neuerer Zeit verzinnt wird. Derzeit wird auch Kupfer- oder Siliciumbronce-draht in der Stärke von 3 mm verwendet. Die bloss aus Guttapercha hergestellten Kabel gingen durch Zersetzung und Bruch

Telegraphen-
leitungs-
Material.

In Deutschland bestehen auf den Telegraphen-Hauptlinien durchgehends unterirdische Leitungen und nur für unbedeutende Linien finden oberirdische Leitungen wegen der geringen Anlagekosten noch Verwendung. Die wichtigsten unterirdischen Kabelleitungen in Deutschland sind: Berlin—Hamburg—Kiel, Berlin—Halle—Cassel, Frankfurt a. M.—Mainz, Berlin—Magdeburg—Hannover—Cöln, Berlin—Stettin—Danzig, Berlin—Thorn—Danzig—Königsberg in Preussen, Hamburg—Bremen—Oldenburg, Halle—Leipzig, Cöln—Coblenz, Trier—Metz, Metz—Strassburg im Elsass, Frankfurt a. M.—Strassburg im Elsass u. s. w.

Die erste Idee, die Telegraphenleitung unter Wasser fortzuführen, scheint von dem berühmten Physiker Salva von Barcelona zu stammen (Fahie, History of Telegraphy to 1837). 1809 suchte zuerst Soemmering solche Telegraphenleitungen möglich zu machen. 1836 machte Schilling (Freund Soemmerings) grössere Versuche mit der Versenkung einer Telegraphenleitung unter Wasser. Die erste wirkliche Leitung unter Wasser dürfte die von Dr. O'Shaugessy 1839 in der Nähe von Kalkutta durch einen Arm des Ganges gelegte sein. 1840 trat Wheatstone mit einem Plane zur Verbindung von Dover mit Calais hervor. 1843 regte Morse die unterseeische Verbindung Amerikas mit Europa an. Auf Grund dieses Planes und der diesfälligen Versuche gelang es 1849 dem Engländer Walker (Dirigenten der Telegraphenleitung der Südwest-Eisenbahngesellschaft), auf einer über 2 Meilen langen Seeleitung — telegraphische Nachrichten zu geben. Durch derartige Erfolge ermuthigt, beschloss J. Brett (ein sehr geschickter Techniker), Dover mit Calais unterseeisch zu verbinden. Am 28. August 1850 wurde der sechs deutsche Meilen lange Telegraphendraht, 2 $\frac{1}{2}$ mm dick, und mit einer Hülle von Guttapercha umgeben, glücklich in's Meer versenkt (so dass das Jahr 1850 gleichsam als das Geburtsjahr der unterseeischen Telegraphie gelten kann). Der Draht zerriss jedoch wenige Tage nachher. Die Gesellschaft liess ein weit stärkeres Tau verfertigen, dessen Kern aus 4 mit Guttapercha überzogenen Drähten bestand, und das mit 10 galvanisierten Eisendrähten überzogen war. Die Legung dieses ca. 12 cm dicken Kabels begann am 25. September 1851 und gelang in drei Tagen vollständig. Damit hatte die unterseeische Telegraphie festen Boden gewonnen. 1852 wurde England und Schottland mit Irland, Fünen mit Seeland und Jütland, England mit Belgien und Holland, 1854 Seeland mit Schweden, Italien und Sardinien mit Corsica verbunden. 1858 (5. August) gelang es dem Amerikaner Cyrus Field (gest. 1892), Amerika mit Europa (England) unterseeisch zu verbinden. Der Meeresgrund war jedoch zuvor einer Sondierung — nicht unterzogen, die Leistungsfähigkeit des Kabels liess nach, es traten wegen ungünstigen Meeresgrundterrains Störungen ein und am 1. September 1858 versagte es gänzlich den Dienst. 1865 unternahm Cyrus Field

Unter-
seeische
Telegraphen-
Leitungen.

der Guttapercha bald zu Grunde, es werden nun verschiedene Kabelisolierungsmassen fabriksgemäss erzeugt, deren Zusammensetzung Fabrikationsgeheimnis ist.¹⁾ Die Kabelleitungen be-

(der Hauptförderer der atlantischen Kabellegung) von Valentia in Irland — einen neuen Versuch und am 17. Juli 1866 war Trinity Bey auf Neufundland erreicht und damit — eine dauernde Verbindung zwischen Amerika und Europa hergestellt.

Neue Unternehmungen in grossem Stile folgten nun rasch nach einander und wurden nach mancherlei Wechselfällen auch glücklich durchgeführt. (Vergl. Geistbeck, S. 487).

Derzeit bergen alle Meere mit Ausnahme der Südsee und des stillen Oceans bereits telegraphische Kabel, doch auch der stille Ocean soll demnächst ein Kabel bergen; der Meeresgrund zwischen Australien und Canada ist bereits sondiert. Unlängst gelang es dem Telegraphendampfer der Firma Siemens „Faraday“ — das Kabel im Amazonenstrom zu legen. Die Länge sämtlicher unterseeischer Kabel der Erde beläuft sich auf 292602 km mit 309 633 km Leitungen (eine Ausdehnung, die mehr als dem siebenmaligen Umfange des Erdäquators gleichkommt).

Die Legung eines Unterseekabels ist immer eine höchst schwierige Aufgabe. Vor der Versenkung ist der mit dem Tau einzuschlagende Weg genau festzustellen und zu diesem Behufe Tiefe, Beschaffenheit und Gestalt des Meeresbodens durch Sondierung möglichst genau zu erforschen. Nach der gewöhnlichen Art des Einlegens submariner Leitungen wird das Kabel auf ein Schiff gebracht. Ist das Küstenkabel auf dem Lande befestigt, so fährt das Schiff die projectierte Linie entlang, wobei man das Tau nach und nach in's Wasser hinablässt, indem es durch sein eigenes Gewicht niedersinkt legt es sich schliesslich auf dem Grunde fest.

Zum Schutze der unterseeischen Kabel besteht der internationale Vertrag, ddo. Paris, 14. März 1884. Dieser Vertrag wurde abgeschlossen zwischen den Bevollmächtigten von Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Argentinien, Belgien, Brasilien, Costa Rica, Dänemark, der Dominikanischen Republik, Frankreich, Grossbritannien, Griechenland, Guatemala, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Persien, Portugal, Rumänien, Russland, San Salvador, Serbien, Schweden, Spanien, der Türkei, den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, den Vereinigten Staaten von Columbia und Uruguay. Durch denselben sind die unterseeischen Telegraphen-Verbindungen unter völkerrechtlichen Schutz gestellt. Die von Cyrus Field angestrebte (vollständige) Unabhängigkeitserklärung der unterseeischen Telegraphen-Verbindungen ist durch den Vertrag — nicht erreicht worden.

¹⁾ Die Guttapercha besitzt ein sehr bedeutendes Isolationsvermögen. Dasselbe nimmt jedoch mit der Temperaturerhöhung ab, im Wasser erhält sich die Guttapercha viele Jahre lang — ganz unverändert. Unter Einwirkung der atmosphärischen Luft wird sie jedoch zersetzt und brüchig. Das Isolationsvermögen des Kautschuk ist bedeutend grösser als das der Guttapercha und nimmt bei steigender Temperatur auch nicht so ab, dagegen ist dessen Dauerhaftigkeit im Wasser weit geringer.

stehen aus Seilen feinen Kupferdrahtes, welche von einer Isoliermasse umgeben sind, die wieder durch Panzer aus Eisendraht geschützt ist.

Die Telegraphen-Säulen (Tragstangen) wurden zuerst roh, jedoch am unteren Theile an der Oberfläche verkohlt, verwendet; jetzt werden mit Kupfervitriol imprägnierte Säulen genommen, die der Fäulnis besser widerstehen. Eiserne und steinerne Säulen finden auch Verwendung, deren Festigkeit hat indes den Erwartungen nicht in dem Masse entsprochen, dass eine allgemeine Einführung derselben bisher beabsichtigt werden konnte.

Telegraphen-Säulen.

Da die Telegraphenstangen mit der Erde in leitender Verbindung stehen, die Leitungsdrähte aber, welche von ihnen getragen werden, von dem Erdboden möglichst isoliert werden müssen, so muss zwischen den leitenden Träger und den Draht selbst — ein Isolator eingeschoben werden. Die Form der Isolatoren ist verschieden.

Isolatoren.

Die Isolatoren bestanden zuerst in Oehren aus Glas oder Porzellan, nunmehr werden in Oesterreich allgemein Porzellanglocken verschiedener Grösse und Form (nach mehreren „Typen“) u. z. in Doppelglockenform (mit einem inneren und einem äusseren Mantel) zu Isolatoren verwendet.

Eine Anzahl miteinander verbundener Elemente bilden eine Batterie.

Batterien (Elemente).

Zum Betriebe der Bain'schen Telegraphenapparate wurden Smee'sche-Elemente (Zink, Silber, Platinmor, verdünnte Schwefelsäure) verwendet. Nach der Einführung der Morse-Telegraphenapparate wurden kleinplattige Daniell'sche Elemente (Zink, Kupfer, Thonzelle, Kupfervitriol, angesäuertes Wasser) für den Linienstrom, dagegen für den Localstrom Smee'sche weiter verwendet. Die Smee'schen Elemente wurden jedoch bald gänzlich abgeschafft und dafür grossplattige Daniell'sche Elemente für den Localstrom in Verwendung genommen. Sodann wurde auch das kleinplattige Daniell'sche Element ausser Gebrauch gesetzt und durch das Meidinger-Ballon-Element (Zink, Blei, Kupfervitriol, schwach angesäuertes Wasser) ersetzt. Das grossplattige Daniell'sche Element blieb nebenbei in Verwendung. Derzeit arbeiten beide letztgenannten Arten von Elementen sowohl im Linien-, als auch im Localbetriebe.

Das Verhältnis der Zahl der in Verwendung stehenden Daniell'schen Elemente zu den Meidinger-Elementen ist wie 1 : 4.

Für den Betrieb des Hughes-Apparates sind zumeist die Meidinger-Elemente wegen ihrer gleichmässigen Stromstärke im Gebrauche. (Dieselben eignen sich aber weniger als gemeinschaftliche Batterien für mehrere Leitungen).

Als Triebkraft des Telegraphen werden vorwiegend Meidinger- und Daniell'sche Elemente ihrer langen Arbeitsdauer, gleichmässigen

Stromstärke und ihres geringen Anschaffungspreises wegen genommen. Neuerer Zeit werden Versuche gemacht, die Accumulatoren-Batterien in den Telegraphenbetrieb einzuführen. Die Ladung dieser Batterien geschieht mittels Dynamomaschinen. Bei den Dynamomaschinen werden die Ströme durch Magnetinduction hervorgerufen, während in den Meidinger und Daniell'schen Elementen die Ströme durch chemische Wirkung entstehen.¹⁾

Erste oester-
reichische
Telegraphen-
leitungen.

In Oesterreich wurde der Telegraph im Jahre 1846 längs der k. k. priv. Kaiser Ferdinands Nordbahn eingeführt und durch Hofrath A. von Baumgartner, nachmaligem Minister, der Bain-Apparat (vergl. S. 10) in Verwendung genommen. Auf Grund des Allerhöchsten Kabinettschreibens vom 16. Jänner 1847, betreffend die Errichtung von Telegraphen (Pol. G.-S. Bd. 75, Nr. 9) begann — der öffentliche Telegraphen-Dienstbetrieb zwischen Wien und Brünn im März 1847. Der Morse-Apparat wurde in Oesterreich 1849 erprobt und am 20. März 1851 eingeführt. Der Hughes-Apparat kam in Oesterreich im Jahre 1867 in Gebrauch.²⁾

Die Beamten wurden ursprünglich der technischen Truppe (dem Bombardiercorps) entnommen und führten den Titel „Telegraphisten“. Nach erfolgter Vereinigung des Telegraphen mit der Post führten auch die Telegraphen-Beamten den Titel „Post-Assistenten“, „Post-Officiale“ u. s. w.; im Jahre 1856 wurde die Decom-

¹⁾ Es erscheint vortheilhaft, dass von den Staaten für ihren Bedarf die Fabrikation von Telegraphen- und Telephon-Materialien namentlich von Kabeln — in eigene Regie übernommen werde, was zur Verbilligung der gedachten Materialien führen und in Folge dessen die Ermässigung der Telegraphen- und Telephon-Steuern ermöglichen würde.

Schon im Alterthume hat die Errichtung kaiserlicher Papyrus-Fabriken zur Verwohlfeilung des Papyrus wesentlich beigetragen.

Die Herstellungskosten eines unterseeischen Kabels betragen derzeit per englische Meile (1609 m) durchschnittlich 2500 fl. (5000 Mark).

²⁾ Lesenswerth: Die Telegraphen-Alphabete und -Zeichen Oesterreichs in ihrer historischen Entwicklung seit dem Bestande der Telegraphenleitungen. Im Auftrage des k. k. Handels-Ministeriums zusammengestellt vom k. k. Bau-rath Franz Schmidt. Wien, 1891.

In England wurde 1840 von Cook eine Telegraphen-Linie der Great-Western-Bahn entlang ausgeführt, aber erst 1846 entstand die Electric-Telegraph-Company, welche in Grossbritannien in kurzer Zeit eine grosse Zahl Telegraphen-Linien errichtete. In Amerika baute Morse 1844 die erste Linie von Washington nach Baltimore.

Russland erhielt seine erste Leitung 1844, Frankreich 1845, Norwegen und der (damalige) Kirchenstaat 1855, Portugal 1857.

Gegenwärtig gibt es schon keinen Welttheil mehr, nach welchem nicht, unter Benützung der vorhandenen Linien, von jedem anderen Welttheile aus, auf directem oder indirectem Wege telegraphiert werden könnte. (Vergl. Geist-beck, S. 474).

binierung vollzogen und die Telegraphen-Beamten — „Telegraphisten“, „Ober-Telegraphisten“ u. s. w. benannt. Diese Benennung wurde später in Telegraphen-Assistenten, Telegraphen-Officiale u. s. w. umgewandelt. Im Jahre 1884 trat in Folge der neuerlichen Combinierung des Telegraphen mit der Post die frühere Benennung, „Post-Assistent“, „Post-Official“ u. s. w. wieder ein. In Rumänien, dann in Serbien und Griechenland wurden im Jahre 1854 die Telegraphen durch Oesterreich erbaut und die einheimischen Beamten durch k. k. österreichische Beamte im Telegraphen-Dienste geschult.

Im Jahre 1894 betrug in Oesterreich die Zahl der Staats-Telegraphen-Stationen — 2386 und die der Eisenbahn- und Privat-Telegraphen-Stationen — 2097. (Siehe: [Neueste] Statistik des österreichischen Post- und Telegraphenwesens im Jahre 1894. LX. Band der Nachrichten über Industrie, Handel und Verkehr. Wien 1895, S. 161). In Böhmen betrug die Zahl der Staats- und Eisenbahn-Telegraphen-Stationen im Jahre 1858 — 46; mit Schluss des Jahres 1895 — 1290.

Unter dem Ausdrucke „Telephonie“ werden — vom technischen Standpunkte jene Einrichtungen verstanden, welche geeignet sind, den Sprechverkehr auf weite Distanzen zu ermöglichen.¹⁾

Zur
Geschichte
der Tele-
phonie.

Einer Art Fernsprache (Rufpost) begegnet man schon im Alterthume bei den Persern, im Reiche der Inkas von Peru, sowie bei den Galliern.²⁾ Im Mittelalter wurden Versuche gemacht, den Schall, namentlich die Lautsprache, von Ort zu Ort zu übertragen. Den Reigen eröffneten wohl die Sprachrohre. Die Schallwelle, welche in der Luft durch die menschliche Stimme entsteht, wird durch das Sprachrohr gehindert, sich nach allen Seiten auszubreiten, um so grösser ist daher ihre Wirkung nach vorwärts. Der Physiker Robert Hooke benützte schon im Jahre 1667 zur Fortpflanzung der Schallwellen einen gespannten Faden. Im Jahre 1819 construierte Wheatstone einen Apparat aus einer langen Stange aus Tannenholz, an deren Enden Resonanzböden angebracht waren. Wurde auf einer Seite auf gespannten Violinsaiten ein Ton erzeugt, so wurde derselbe auf die andere Seite übertragen. Dies führte zur Erfindung des Faden-Telephons, hergestellt aus zwei elastischen Membranen, zwischen welchen — ein Faden straff gespannt ist. Auf

¹⁾ Während bei der Telegraphie bestimmte, für diesen Dienst besonders ausgebildete Personen im Interesse des Publicums — den Verkehr besorgen, hat die Telephonie den grossen Vortheil für sich, dass durch sie — der elektrische Verkehr ohne besondere Uebung in bequemer und zweckentsprechender Weise ermöglicht wird.

²⁾ Eine eigentliche Fernsprache durch Zeichen mittels einer Trommel (Trommelsprache) besteht bei den Kamerunnegern.

diese Weise wurden Verbindungen bis auf 300 Meter hergestellt. Die Grundlage zur Erfindung des elektrischen Telephons (resp. der Einrichtungen durch welche die an einem Orte erzeugten Töne mit Hilfe des elektrischen Stromes an einem anderen Orte wieder hervorgebracht werden) bildete die Entdeckung des sogenannten galvanischen Tönens (der galvanischen Musik) durch die amerikanischen Physiker Page und Henry im Jahre 1837. Der Physiker Page wies nach, dass ein weicher Eisenstab, in eine Spule mit aufgewickelterm feinem, durch Seide isoliertem Kupferdrahte gesteckt, zu tönen beginnt, wenn ein durch die Spule geführter elektrischer Strom schnell hintereinander unterbrochen wird. Auf Grund der diesfälligen Thatsachen construierte Philipp Reis (geb. 1834), Lehrer an der Knabenschule zu Friedrichsdorf bei Homburg v. d. Höhe, im Jahre 1861 einen Apparat, welcher Töne, Melodien und Worte, wenngleich nicht ganz vollkommen — auf grössere Entfernungen übertrug. Reis benannte diesen Apparat — Telephon und legte es dem physikalischen Vereine in Frankfurt a. M. vor.¹⁾

Im Jahre 1876 erfand jedoch Graham Bell in Boston ein Telephon, welches — die deutliche Wiedergabe der Sprache auf meilenweite Entfernungen ermöglichte. Bell übergab seine Erfindung auf der Weltausstellung in Philadelphia (1876) der Oeffentlichkeit.

Die Erfindung der Telephonie führte zur Erfindung des Mikrophons.²⁾ Die Priorität dieser Erfindung wird von Professor Hughes, Edison, Robert Lüdte in Berlin u. A. in Anspruch genommen. Das Mikrophon wird bei der telephonischen Vermittlung als Sender angewendet. Der Vortheil aus dieser Anwendung besteht in der bedeutenden Verstärkung der Lautwirkung und in der daraus folgenden grösseren Tragweite derselben.³⁾

Durch die Combination des Telephons als Empfänger mit dem Mikrophon als Sender hat erst die Telephonie ihre derzeitige Vollkommenheit und Bequemlichkeit erreicht. Sicher wird die Zeit nicht ausbleiben, wo man die menschliche Stimme übers Meer senden wird, wie das mittels des Telegraphen bezüglich der Zeichen bereits der Fall ist.

¹⁾ Das von Reis hergestellte Original-Instrument (erste elektrische Telephon) befindet sich im Reichs-Postmuseum zu Berlin.

²⁾ Das Wort „Mikrophon“ stammt von den griechischen Wörtern: *μικρός* (mikrós) = klein und *φωνεῖν* (phoneîn) = tönen und soll andeuten, dass man mit Hilfe eines solchen Apparates auch die schwächsten Töne hörbar machen kann.

³⁾ Es bestehen derzeit mehrere Abarten von Mikrophonen, wie: System Bell, Blake, Gower, Ericsson, Berliner, Ader, Deckert u. a. m. Die Vorzüge des Mikrophons beziehen sich auf: die Lautstärke und deren Beständigkeit, die treue Wiedergabe der Klangfarbe und die Reinheit des Tones.

Die Verbindung der Telephon-Stationen untereinander kann verschieden hergestellt werden, nämlich mittels Luftleitung oder unterirdisch mittels Kabel.¹⁾ Die Luftleitungen können theils auf Säulen, wie die Telegraphenleitungen, theils längs der Häuser auf sogenannten Mauerträgern oder über den Häusern auf Dachständern, deren es zweierlei gibt — einfache Dachständer und Doppelständer (letztere in grösseren Städten) für eine grosse Zahl von Telephon-Leitungen geführt werden. Als Leitungsmaterial wird Silicium-Broncedraht in der Stärke von $1\frac{1}{2}$ bis 4 mm genommen. Dieser Draht hat ein grosses Widerstandsvermögen gegen den Riss. Mit der Einführung des Silicium-Broncedrahtes ist es möglich geworden, das Telephon in vollem Maasse auszunützen und den mündlichen Gedankenaustausch — auf weite Entfernungen zu ermöglichen.

Die Telephon-Centralen vermitteln den telephonischen Verkehr durch die Verbindung der einzelnen Telephon-Leitungen mittels einfacher Umschalter oder durch Centralumschalter (bezw. Multiplex-Apparate; vergl. S. 12).²⁾

Oesterreich nahm in Bezug auf die Einführung des Telephons lange Zeit eine abwartende Stellung ein; durch die Telephon-Verordnung vom 7. Oktober 1887, Z. 28329 (R.-G.-Bl. 1887 Nr. 116; V.-Bl. 1887 Nr. 85) ist jedoch in Oesterreich das Telephon als ein staatliches Verkehrsmittel erklärt worden. Diese Verordnung wahrt den regalen Charakter der Telephonie als Fortsetzung der Telegraphie. (Vergl. S. 33.)³⁾

¹⁾ In Paris sind alle Telephon-Leitungen mit Benützung der Schleusen (Cloaken-Canäle) unterirdisch gelegt.

²⁾ Im Post-Museum in Wien (linkseitiger Arkaden-Tract des Weltausstellungsgebäudes im k. k. Prater) erscheint in den Räumen X bis XIII — die Entwicklung des österreichischen Telegraphen- und Telephonwesens durch systematische Zusammenstellung der hierauf bezüglichen Materialien in anschaulicher praktischer Form dargestellt, es befinden sich da: Optische Apparate, Semaphoren-Apparate, Bain's-, Morse-, Hughes-Apparate, Meyer's Multiplex-Apparate (Druckwerk mit 4 Claviaturen und Laufwerk mit Correction), Farbschreiber, Porzellan- und Glas-Isolatoren, Modelle von Montierungen an Telegraphensäulen, Batterien (Elemente), Blitzschutzvorrichtungen, Kabelstücke, Kabelfehlerstellen etc.

³⁾ Die bestanden 10 Privat-Telegraphennetze ausser Wien wurden am 1. Jänner 1893 von der Staatsverwaltung gegen eine Pauschalsumme von 1300000 Gulden übernommen.

Im Uebereinkommen, abgeschlossen zu Wien am 2. Dezember 1894 zwischen dem k. k. Handels-Ministerium im Namen der k. k. Regierung einerseits und der Wiener Privat-Telegraphengesellschaft in Wien andererseits, übertrug diese Gesellschaft an den Staat das Eigenthum ihrer auf Grund der Concession vom 3. April 1869 und vom 3. Juni 1881 in Wien und seinen Umgebungen betriebenen Telegraphen- und Telephon-

Aus dem Betriebe und bezw. der Benützung des Telegraphen
und Telephons entstehen — Rechtsverhältnisse zwischen der

Anlagen, einschliesslich der vorhandenen Einrichtungsstücke, Reserve-materialien und Apparate und deren Bestandtheile, ferner der Arbeits-geräthe und Handwerkzeuge (Art. 1 des Uebereinkommens). Als Entgeld für diese Eigenthumsübertragung wird der Staat an die genannte Gesell-schaft die Pauschal-Entschädigungssumme von 4 Millionen Gulden in (20) An-nuitäten bezahlen (Art. 2 des Uebereinkommens). Das vorerwähnte Ueber-einkommen wurde durch das Gesetz vom 28. Mai 1895, betreffend die Ver-staatlichung der Telegraphen- und Telephonanlagen der Wiener Privat-Telegraphengesellschaft (R.G.Bl. 1895 Nr. 76; V.-Bl. 1895 Nr. 57, S. 273 ff.) genehmigt.

In Oesterreich betrug im Jahre 1894 die Zahl der Local-Telephonnetze (urbane Netze) — 122, der interurbanen — 47, der Centralen — 113, der Sprechstellen — 226, der Theilnehmer — 16647, der Umschalter — 391, der Telephone — 17401 und die Gesamtzahl der in diesem Jahre ausgeführten Verbindungen — 57927728. (Siehe: [Neueste] Statistik des österreichischen Post- und Telegraphenwesens im Jahre 1894. LX. Band der Nachrichten über Industrie, Handel und Verkehr. Wien 1895, S. 3 und bezw. 317).

Im Jahre 1895 ergab sich mit 31. Dezember ein Stand von 124 Telephon-netzen, 287 öffentlichen Sprechstellen, 18 091 Abonnenten-Stationen, 53 inter-urbanen Telephonleitungen in der Länge von 4 358 237 Kilometern (Post- und Telegraphen-Verordnungsblatt 1896 Nr. 5, S. 24).

In Deutschland ist die elektrische Telegraphie gegen die Mitte dieses Jahrhunderts — dem öffentlichen Verkehre dienstbar gemacht worden (in Preussen am 1. October 1849). Wie die Post, war auch die Telegraphie ursprünglich Sache der Einzelstaaten, jedoch hatten verschiedene kleinere Staaten — die Ein-richtung und Verwaltung der Telegraphen — vertragsmässig an andere grössere Staaten, insbesondere an Preussen überlassen, so dass sich das preussische Telegraphennetz u. a. über die Thüringischen Staaten und Hessen bis Frank-furt a. M. und über Mecklenburg bis Hamburg ausdehnte. In Preussen war die Telegraphie gleich ursprünglich mit der Postverwaltung vereinigt gewesen. Nach Errichtung des Norddeutschen Bundes erfolgte jedoch die Trennung der Staats-Telegraphie von der Post und es wurde (1867) eine eigene General-Direction der Telegraphen errichtet. Diese Trennung hat sich aber weder als im öffentlichen Interesse liegend gezeigt, noch in administrativer und finanzieller Hinsicht bewährt. Die Kosten für die Diensträume, Aus-stattungsgegenstände, Amtsbedürfnisse und Beamten erreichten in Folge der Trennung eine nicht vorhergesehene Höhe und es stellte sich bei der Tele-graphen-Verwaltung — ein Deficit ein, das von Jahr zu Jahr wuchs, bis es für das Jahr 1874 — den Betrag von mehr als drei Millionen Mark erreichte. Dadurch war die wünschenswerthe Entwicklung des so wichtigen Institutes in hohem Grade gehemmt. Unter diesen Umständen stellte der damalige General-Postdirector Dr. v. Stephan einen Organisationsplan für die Wiedervereinigung der Telegraphie mit der Post auf; dieser Plan erhielt auf Antrag des Reichskanzlers am 22. December 1875 die kaiserliche Genehmigung. Am 1. Jänner 1876 er-

betreffenden Verwaltung und dem Publikum, resp. den Parteien. Die gedachten Rechtsverhältnisse betreffen z. B. die

folgte die Wiedervereinigung der Telegraphen mit der Post. In Folge dessen waren die finanziellen Schwierigkeiten, mit welchen die Telegraphen-Verwaltung bis dahin zu kämpfen hatte, beseitigt und der Telegraphen-Verkehr hat einen früher nicht geahnten Aufschwung genommen.

Schon bei der Berathung des Gesetzes über die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Telegraphen-Verwaltung am 22. November 1875 hatte der General-Postdirector Dr. v. Stephan auf die Mängel der oberirdischen Telegraphenleitungen hingewiesen und, als die Versuche zur unterirdischen Führung von Leitungen ergaben, dass die Correspondenz auf den Kabeladern eben so gut, ja unter Umständen noch besser von statten gehe als auf oberirdischen Leitungen, erbat sich der General-Postdirector in einer Denkschrift die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe von 34 Millionen Mark zur Herstellung eines Systems unterirdischer Telegraphenleitungen. Der Antrag erhielt die verfassungsmässige Genehmigung. Die in Folge dessen hergestellten Linien verzweigen sich strahlenförmig von Berlin aus nach den wichtigsten Plätzen in den Grenzgebieten des Reiches und verbinden dabei die Orte von politischer und strategischer Bedeutung, sowie die Haupt-, Handels- und Industriestädte untereinander. Die grossen unterirdischen Leitungen enthalten über 5960 km Kabel mit mehr als 70322 km Leitungen, sie verbinden gegen 250 Städte des Reichs-Telegraphengebietes und durchschreiten alle grösseren Flüsse, die es durchströmen. Die deutschen Firmen: Siemens & Halske (in Berlin), Felten & Guillaume (in Köln a. Rh.) u. A. (machten sich unabhängig vom Ausland und) nahmen die Kabelfabrikation nach ihrem ganzen Umfange in ihren Geschäftsbetrieb auf; gegenwärtig liefern sie nicht nur den gesammten Kabelbedarf der Reichs-Telegraphenverwaltung, sondern haben sich auch im Auslande — ein ergiebiges Absatzgebiet erworben. Einer nicht minder grossartigen Vermehrung haben sich auch die oberirdischen Telegraphen-Anlagen seit der Wiedervereinigung des Telegraphen mit der Post zu erfreuen. Die 33245 km Linien mit 120779 km Leitungen, die Ende Jänner 1875 vorhanden waren, sind gegenwärtig auf 132020 km Linien (darunter 7300 km mit doppeltem und 13 km mit dreifachem Gestänge) und 515718 km Leitungen angewachsen. Um die Errichtung der Telegraphen-Anstalten von geringerer Bedeutung billiger zu gestalten, hat man seit einigen Jahren umfassende Versuche mit der Verwendung von rohen unzubereiteten Holzstangen (Säulen), kleinen Isolationsvorrichtungen und schwächerem Eisendraht gemacht, deren bisherige Ergebnisse als in jeder Beziehung günstig zu bezeichnen sind.

Die Brüder Siemens haben sich um die wissenschaftliche Ausbildung der Telegraphen-Technik durch Verbesserung der bestehenden und durch Construction neuer Apparate (beispielsweise des polarisierten Relais) — hervorragende Verdienste erworben.

Die erste Nachricht von der Verwendung eines Apparates resp. Instrumentes — zum Sprechen, gelangte durch die am 6. October 1877 erschienene Nummer des Scientific American zur Kenntniss der obersten Telegraphenbehörde in Berlin. Der Staatssekretär Dr. v. Stephan verschrieb sofort Nachbildungen des

Führung der Telegraphen- bzw. Telephon-Leitungsdrähte über dem Terrain, bzw. über den Dächern und die unterirdische An-

Bell'schen Telephons aus Amerika. Am 25. October 1877 wurden damit Sprechversuche im General-Telegraphenamte, am 26. zwischen diesem und dem Centralbureau des General-Postmeisters, am 30. unter Benützung von zwei Adern des neu angelegten Kabels der unterirdischen Linie Berlin—Magdeburg, zwischen Berlin Schöneberg (6 km), Potsdam (26 km) u. s. w. gemacht. Am 9. November 1877 verfasste Dr. v. Stephan den mehrfach veröffentlichten Bericht an den Reichskanzler über die Verwendung der neuen Erfindung für den Nachrichtenverkehr. Der Reichskanzler ordnete schon am 10. November 1877 die Vorführung des Fernsprechers in Varzin an, und am 12. November 1877 wurde — das erste Fernsprechamt für den öffentlichen Verkehr in Friedrichsberg bei Berlin eingerichtet. Seither verbreitete sich der Fernsprecher mit überraschender Schnelligkeit. Die Leitungen Berlin—München, Berlin—Wien sind gegenwärtig derart in Anspruch genommen, dass auf ihre Vermehrung Bedacht genommen werden muss. (Vergl. S. 25). Als Leitungsmaterial wird derzeit (statt Eisendraht oder Gussstahldraht) allgemein Silicium-Broncedraht verwendet. (Vergl. S. 22). Bei unterirdischen Fernsprechanlagen werden seit Jahren (ausser den Guttapercha-Kabeln) Kabel angewendet, deren Leiter (Kupferdraht) mit einem Faserstoffe (Jute, Papier) isoliert und darüber mit einem Bleimantel umgeben sind. Solche Faserstoff-Kabel, bzw. Bleikabel sind an sich billiger als Guttapercha-Kabel; dieselben brauchen wegen ihrer Beständigkeit gegenüber dem atmosphärischen Sauerstoff und wegen ihrer Unempfindlichkeit gegenüber Temperatur-Änderungen nur flach und bloss in einer Tiefe von 50 bis 60 cm eingegraben zu werden, was eine weitere Ersparnis in sich schliesst. Die Faserstoffkabel bewähren sich namentlich auf kurzen Strecken, so wie die Guttapercha-Kabel. (Näheres im Archiv für Post und Telegraphie 1896 Nr. 9, S. 286 ff.). Es ist gelungen, die Sprechfähigkeit der Fernsprech-Kabel so weit zu erhöhen, dass sie in den Längen, wie sie jetzt angewendet werden, auch in elektrischer Hinsicht — oberirdischen Leitungen gleichkommen. Bei der Herstellung oberirdischer Linien sind Versuche mit Verwendung von Telegraphenstangen aus Doppel-I-Eisen an Stelle von Holzstangen gemacht worden, welche von befriedigendem Erfolge begleitet waren. Gegenwärtig werden Versuche, hölzerne Stangen mit eisernen Füßen zu versehen, (wieder) aufgenommen. In Städten, wo die Anschlussleitungen wegen ihrer übergrossen Zahl nicht durchweg oberirdisch geführt werden können — hat man sie nach Bedarf in unterirdisch angelegten Röhren in der Form von Kabeln untergebracht. Das bedeutendste derartige Netz besteht in Berlin in einer Ausdehnung von 50 km der angelegten Röhren, die bis zu 65 Kabel mit je 56 Adern, somit zusammen 3640 Leitungen aufnehmen können.

Das Telegraphen- und Fernsprechnetzt des deutschen Reiches einschliesslich Bayerns und Württembergs ist im Jahre 1895 von 137883 km Linie auf 144638 km Linie und von 610331 km Leitung auf 645745 km Leitung angewachsen. Die Zahl der im Deutschen Reiche vorhandenen Telegraphenbetriebs-Stellen beträgt 20080, davon sind 8006 mit Fernsprechern ausgestattet.

lage derselben, die Aufstellung der Telegraphen- und bezw. Telephonstangen auf öffentlichem oder Privatboden, die Anbringung von Stützpunkten (Isolatoren-Trägern) an öffentlichen oder Privatobjecten (Gebäuden u. dgl.) u. s. w.

Die Telegraphen- und Telephon-Verwaltung ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Einrichtungen — ihren Zweck vollständig erfüllen (beim Telephon, dass die Abonnenten miteinander gehörig zu correspondieren vermögen, beim Telegraphen, dass der Austausch der Telegramme präzise erfolge), derselben liegt ob: für die Verhütung oder sofortige Beseitigung von Störungen, genügende Zahl von Drähten, Widerstandsfähigkeit derselben und der Stangen gegen Wind, Wetter und Schneefall u. s. w. zu sorgen.

Dagegen haben die Parteien — die festgesetzten Gebühren zu berichtigen, namentlich haben die Telephon-Correspondenten — das Abonnement für eine bestimmte Zeit — definitiv einzugehen, die Einrichtungen grundsätzlich nur für eigene Bedürfnisse zu verwenden, sorgfältig zu behandeln u. s. w.¹⁾

Die Zahl der Fernsprech-Anstalten (Centralen) für den öffentlichen Verkehr, betrug im Deutschen Reiche im März 1879 — 389. Gegenwärtig sind deren über 7225 im Betriebe. Die Zahl der Sprechstellen (Abonnenten-Stationen) beträgt jetzt 109960. In Berlin beläuft sich die Zahl der Fernsprech-Anschlüsse derzeit auf 25430. Durch diese Anschlüsse werden 29075 Berliner Sprechstellen — in den Stand gesetzt, untereinander und mit den Theilnehmern in 260 anderen deutschen Orten in unmittelbaren Sprechverkehr zu treten. Täglich werden innerhalb der Berliner Anlage rund 410000 Verbindungen hergestellt. Die günstigen Erfolge, welche bei einer grösseren Anzahl von Telegraphen-Anstalten mit der Verwendung von Accumulatoren (Sammlern) an Stelle von Primärelementen erzielt worden sind, haben dazu geführt, diese Neuerung auch für den Fernsprechbetrieb nutzbar zu machen, indem zunächst versuchsweise bei einzelnen Fernsprech-Vermittlungsanstalten für die Mikrophone Sammler verwendet werden, die eine bedeutende Vergrößerung der Stromstärke im primären Stromkreise ermöglichen und dadurch einen günstigen Einfluss auf die Laut-Uebertragung erwarten lassen. Mittels Sammel-Batterien als Stromquelle erfolgt auch die elektrische Beleuchtung der Bahnpostwagen. Dieselbe hat Mitte Mai 1893 auf dem Bahnpost-Course Berlin—Frankfurt [Main] begonnen, ist nach und nach auf die wichtigsten Bahnpost-Course ausgedehnt worden und hat sich fortgesetzt bewährt). Gegenwärtig sind bereits 600 Bahnpostwagen = 38% des Gesamtstandes mit elektrischer Beleuchtung versehen. (Lesenswerth: Unter dem Zeichen des Verkehres. Berlin 1895, S. 92 ff.).

¹⁾ Die Rechtsfragen: 1. ob der Empfänger eines Telegrammes oder Phonogrammes ein Recht auf die Ausfolgung des Telegrammes oder Phonogrammes habe, 2. ob durch Telegramme — ein schriftlicher Vertrag geschlossen werden könne, bezw. 3. ob durch den telephonischen Verkehr ein Vertrag unter Anwesenden (praesentes) oder Abwesenden (absentes) entstehe, dann

4. auf wessen Gefahr (*periculum*) der Telegraphenverkehr stattfindet, resp. wer den Schaden, welcher in Folge von Verstümmelungen u. s. w. bei dem telegraphischen oder telephonischen Verkehre entstehen kann, trage, 5. inwieweit Entschädigungen bei der Errichtung von Telegraphen- und bezw. Telephon-Enlagen u. dgl. auf Privateigenthum zu leisten seien, sind — in der Wissenschaft noch immer offen.

Zu 1. Einige Schriftsteller räumen dem Empfänger, Adressaten eines Telegrammes oder Phonogrammes (sowie dem Empfänger einer Postsendung) das Recht auf die Ausfolgung des Telegrammes (Phonogrammes), resp. ein diesfälliges Klage-recht — im Grunde der Verträge zu Gunsten Dritter ein. (Lesenswerth: Busch, *Doctrin und Praxis über die Giltigkeit von Verträgen zu Gunsten Dritter*. Heidelberg, 1860). Allein schon nach dem römischen Rechte kann ein Dritter aus einem Vertrage zwischen A (im fraglichen Falle Absender) und B (Telegraphen-Verwaltung) keine Rechte herleiten. Es steht sonach dem Absender das Verfügungsrecht über das aufgegebenes Telegramm oder Phonogramm bis zu dessen Ausfolgung an den Empfänger zu und geht erst mit der Uebnahme des Telegrammes (Phonogrammes) seitens des Empfängers an letzteren über.

Zu 2. Durch den Telegraphen und bezw. das Telephon können verschiedene rechtliche Erklärungen, Aufträge, Offerte, Bestellungen aufgegeben und empfangen, somit die einfachsten Rechtsgeschäfte (Kauf-, Tauschgeschäfte u. dgl.) des bürgerlichen Lebens, ebenso wie die wichtigsten Operationen der Börse und des Verkehres überhaupt vermittelt, bezw. begründet werden. Lesenswerth: Zeigermann, *Der Telegraph als Mittel der Vertragschliessung nach preussischem Rechte* (im Archiv für deutsches Wechsel- und Handelsrecht von Siebenhaar und Temschnitz. IX, S. 268 ff.).

Rücksichtlich der Frage, ob durch Telegramme — ein schriftlicher Vertrag entstehe, resp. ob die Telegramme — als Urkunden zu erachten seien, bestehen verschiedene Ansichten. Nach der Ansicht einiger Schriftsteller kann in dem Telegramme — keine Urkunde im Rechtssinne gefunden werden, sondern bloss eine Niederschrift des Telegraphen-Beamten über die telegraphischen Zeichen, welche demselben von einer Station zukommen. (Vergl. Serafini „*Il telegrafo*“, S. 90 und bezw. 102; Dambach, *Das telegraphische Strafrecht*. Berlin 1872, S. 52). Es dürfte jedoch dem Original eines dem Telegraphen-amte zur Beförderung übergebenen Telegrammes, sofern dasselbe die gesetzlich erforderliche Beweisfähigkeit besitzt, namentlich wenn dasselbe die Unterschrift des Absenders oder dessen rechtmässigen Stellvertreters (in Bezug auf das durch den Absender oder dessen Stellvertreter mit der Unterschrift darin Bekundete) trägt — der Charakter einer rechtskräftigen Urkunde nicht abgesprochen werden; dagegen stellt sich das Empfangs-Telegramm wohl bloss als eine telegraphisch vermittelte, je nach den Umständen mehr oder minder richtige Copie des Original-Telegrammes dar, für deren Richtigkeit die Telegraphen-Verwaltung keinerlei Verantwortung übernimmt. (Vergl. Meili, *Die Telegraphie und Telephonie in ihrer rechtlichen Bedeutung*. Wien 1892, S. 51). Lesenswerth: Bachmann, *Wird durch telegraphische Offerte einerseits und telegraphische Annahme andererseits — ein schriftlicher Vertrag begründet?* (Archiv für rechtswissenschaftliche Abhandlungen von Schering, II, S. 434 ff.); dann Mitter-

maier, Ueber die rechtliche Bedeutung telegraphischer Mittheilungen (im Archiv für civilistische Praxis, Bd. 42, S. 278 ff.). In Deutschland hat das deutsche Reichsgericht sich wiederholt dahin ausgesprochen, dass das Telegramm als eine von dem Absender selbst unter Benützung des Telegraphen geschriebene Urkunde angesehen werden müsse. Auch in den Niederlanden bestimmen die Gesetze, dass schriftliche Verträge durch telegraphische Vermittlung abgeschlossen werden können. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird in dem Gesetze des Staates Indiana bündig erklärt: Contracts by telegraph shall be contracts in writing. (Mittels Telegraphes geschlossene Verträge seien gleich geschriebenen Verträgen).

Zu 3. Bei der Beurtheilung der Frage, ob durch den telephonischen Verkehr — in Folge der vorgedachten (S. 28, Ziff. 2) rechtlichen Erklärungen — ein Vertrag entstehe, hängt es davon ab, in welchem Momente der Vertrag als geschlossen anzusehen ist. So z. B. ist bei einem Offerte zu unterscheiden, ob dasselbe von einem Anwesenden, oder ob es von einem Abwesenden gemacht wird, es entsteht sonach die weitere eigentlich beregte Frage, ob durch den telephonischen Verkehr ein Vertrag unter Anwesenden oder Abwesenden entsteht. Die Verträge unter Anwesenden setzen voraus, dass die Contrahenten unmittelbar (animo und corpore) anwesend sind. Bei dem Telephon-Gespräche liegt zwar eine örtliche Distanz vor, allein dem Effecte nach kann dieselbe als eine Besprechung von Mund zu Mund bezeichnet werden. Die durch das Telephon geschlossenen Verträge könnten somit zu den Verträgen unter Anwesenden gezählt werden. (Lesenswerth: Meili, Das Telegraphen-Recht. Zürich 1873, S. 83 ff., bezw. Meili, Telephon-Recht. Leipzig 1885, S. 199 ff.).

Zu 4. Der Telegraph wie das Telephon sind — Störungen ausgesetzt, in Folge dessen — Unsicherheit und bezw. Nachtheile für die Correspondenten entstehen. Das Telephon kann überdies in bedenklicher Weise missbraucht werden, es können bei demselben Stimmen-Nachahmungen, bezw. Lautverschiebungen etc. vorkommen. Die Telegramme und bezw. Phonogramme können ferner verstümmelt, verspätet zugestellt werden oder in Verlust gerathen. Wer trägt dann den Schaden, bezw. an wen soll sich der Geschädigte halten? Im Telegraphen-Verkehre gibt das Telegramm in Verbindung mit den Zeichen in den meisten Fällen die nöthigen Anhaltspunkte rücksichtlich des Inhaltes, bezw. Anhaltspunkte, die Fehler in der Ausfertigung des Telegrammes und deren Ursachen zu ermitteln; beim Telephon findet dies nicht statt, denn das Gespräch hinterlässt — keine bleibenden Zeichen und es fehlt somit namentlich da, wo der Eid als Beweis nicht gilt, an Beweismitteln. Der Zeugenbeweis wäre hier auch unzulässig, weil kein Telephon Stimmen-Nachahmungen u. dgl., welche — wie erwähnt wurde — bei demselben vorkommen können, verfolgen kann. Fast in allen Staaten übernehmen nun die Telegraphen- (Telephon-) Verwaltungen — obwohl der Staat als Inhaber des Telegraphen- (Telephon-) Regals (vergl. Wanka, Postwesen, III. Heft) seine Angehörigen zwingt, bei Bedarf sich des Staats-Telegraphen(-Telephons) zu bedienen, keine Verantwortlichkeit, bezw. Haftung für Nachtheile oder Schädigungen aus dem Telegraphen- oder Telephon-Betriebe, resp. für Fehler oder Nachlässigkeiten, Irrthümer oder Verzögerungen in der Aufnahme, Abfertigung oder Bestellung der Telegramme, bezw. im Tele-

phonverkehre. Diese Ausschliessung der civilrechtlichen Haftung der Telegraphen- und Telephon-Verwaltungen enthält — eine Abweichung von den Grundsätzen des Civilrechtes. Dieses wird in der Wissenschaft als Nihilismus bezeichnet. Es lässt sich thatsächlich die beregte Abweichung durch die Besonderheiten des technischen Telegraphen- und bezw. Telephonbetriebes — nicht ausreichend rechtfertigen und dürfte die Einführung einer zum Mindesten begrenzten Ersatzpflicht für bestimmte Telegramme (recommandierte, versicherte Telegramme) und bezw. Phonogramme nach dem Vorbilde des Postwesens geboten erscheinen. Durch die Uebernahme der gedachten Haftung würde (das Interesse der Telegraphen- und bezw. Telephon-Beamten für die pünktliche und richtige Beförderung der Telegramme etc. kann wohl kaum mehr erhöht werden) das Vertrauen des Publikums zu der Telegraphen- und bezw. Telephon-Anstalt erhöht werden.

In Folge der vorerwähnten Negation seitens der Staatsverwaltung — entsteht die Frage, wer von den Betheiligten die gedachten Schädigungen zu tragen, resp. ob der Absender oder Empfänger für die Folgen eines fehlerhaft, unrichtig oder verspätet besorgten Telegrammes einzutreten habe. Rücksichtlich dieser Frage lässt sich jedoch kaum — eine allgemein entscheidende Bestimmung (eine Rechtsnorm) treffen, vielmehr muss in gegebenen Fällen die Fällung des Urtheils dem Gerichte überlassen werden. Der Richter hat in jedem einzelnen Falle nach Massgabe der allgemeinen Grundsätze über subjectives Verschulden — unter Berücksichtigung aller Umstände zu entscheiden, ob ein Verschulden vorliegt und im zutreffenden Falle, ob es auf Seite des Absenders oder Empfängers zu finden ist. Darnach kann der Richter bald den Absender, bald den Empfänger eines Telegrammes für den eintretenden Schaden verantwortlich machen, resp. für haftungspflichtig erklären. Desgleichen lässt sich auch im telephonischen Verkehre nicht im Allgemeinen bestimmen, wer für schädigende Mittheilungen, resp. für einen sachlichen Missbrauch in der Benützung des Telephons aufzukommen habe. Lesenswerth: Wolf, Wer hat den Schaden zu tragen bei telegraphischen Versehen? (Archiv von Busch. V, S. 153).

Zur Controle der Telephon-Correspondenz eignet sich vornehmlich der Phonograph, weil derselbe das gesprochene Wort sofort und dauerhaft fixiert. Der Phonograph wird wohl einst auch im Staats- oder Rechtsleben in praktischer Weise verwerthet werden.

Zu 5. Die Wege des Telegraphen gehen durch die Luft und das Meer, über Privateigenthum und über öffentliches Eigenthum. Der Telegraph und das Telephon nehmen für ihre zahlreichen Leitungsdrähte auch den Luftraum über dem Terrain (über den Häusern u. dgl.) und bezw. den Raum unter dem Terrain (in der Erde) in Anspruch. Der Eigenthümer des Terrains hat aber ein dingliches Recht an seinem Grund und Boden, somit auch an dem Luftraume über und dem Raume unter seinem Grund und Boden. Die Anschauung aber, als wenn das Grundeigenthum an Luftraum bis zum Himmel (zu den Sternen) emporstiege und in directer Linie von der Oberfläche bis zum Centrum der Erde ginge, ist zu abstrakt. Das Grundeigenthum kann — „vernünftigerweise“ in die Höhe und in die Tiefe nicht weiter reichen, als

Die erwähnten Rechtsverhältnisse werden im inländischen Verkehre durch Verordnungen, bzw. Gesetze und im Verkehre

Regelung
der Rechts-
verhältnisse
des Tele-
graphen und
Telephon-
wesens.

das praktische Bedürfnis, das dadurch befriedigt werden soll. Randa bemerkt in seinem Werke: Das Eigenthumsrecht, Leipzig 1884, S. 1, treffend, dass das Eigenthum der Idee nach schrankenlos, — dagegen durch das positive Recht mit Rücksicht auf das Gemeinwohl, begrenzte rechtliche Macht über einen körperlichen Gegenstand sei. Aus den beregten öffentlich rechtlichen Gründen ist der Eigenthümer wohl verpflichtet, die Leitung der zu öffentlichen Zwecken benötigten Telegraphen- und bzw. Telephondrähte über und unter seinem Terrain, resp. die Anbringung von Stützpunkten für Telegraphen- und Telephonstangen, Mauer- oder anderen Isolatoreuträgern auf seinem Grund und Boden oder an seinem Privat-Eigenthume (Gebäude u. dgl.) zu gestatten. Das Gemeinwohl (resp. jus publicum) zwingt den Grundeigenthümer, diese sociale Last zu tragen, gleichsam als Dankestribut gegenüber dem grossen Nutzen, den die Telegraphie und bzw. Telephonie gewährt, die jeder unmittelbar oder mittelbar mitgeniesst. Aus dieser socialen Last kann aber keinesfalls etwa — ein Ersitzungstitel oder eine privatrechtliche Dienstbarkeit (Servitut) entstehen. Sollte jedoch der Eigenthümer eines Terrains die Legung der gedachten Drähte, Anbringung der Mauerträger u. dgl. auf diesem Terrain nicht zulassen wollen, so muss dem Staate im Interesse resp. in Wahrung des Gemeinwohles das Enteignungs-(Expropriations-)recht eingeräumt werden. (Lesenswerth: Meili, Die Anwendung des Expropriationsrechtes auf die Telephonie. Basel, 1888).

Dem Dargelegten gegenüber hat die Staats-Telegraphen- und bzw. Telephon-Verwaltung die rechtliche Verpflichtung, dem Eigenthümer des Terrains jenen Schaden (pecuniär) zu ersetzen, der durch die Legung der Drähte über oder unter dem Terrain, durch Anbringung der Stützpunkte an dem Gebäude u. dgl. verursacht werden sollte, resp. darin begründet ist. Es ist zwar nicht zu gewärtigen, dass die vorerwähnten den Grundeigenthümern gegenüber dem Staate im öffentlichen Interesse obliegenden Verpflichtungen (Rechtspflichten) allgemein zurückgewiesen würden; trotzdem erscheint es nöthig, die gedachten Rechtspflichten den Grundeigenthümern (Hauseigenthümern u. A.) — gesetzlich aufzuerlegen, wie dies bereits in der Schweiz, in Frankreich, Bulgarien, Ungarn u. a. L. geschehen ist, zumal sonst — die gedeihliche Entwicklung der Telegraphie und Telephonie wesentlich beeinträchtigt werden könnte.

Das schweizerische Bundesgesetz, betreffend die Erstellung von Telegraphen- und Telephonlinien vom 26. Juni 1880 bestimmt:

Art. 1. Der Bund ist berechtigt, öffentliche Plätze, Strassen, Fahr- und Fusswege, sowie auch öffentliche Canäle, Flüsse, Seen und deren Ufer, soweit diese — dem öffentlichen Gebrauche dienen, für die Erstellung von oberirdischen und unterirdischen Telegraphen- und Telephonlinien gegen Ersatz des bei dem Baue und Unterhalte allfällig entstehenden Schadens, in Anspruch zu nehmen, immerhin unter Wahrung der Zwecke, für welche das in Anspruch genommene öffentliche Gut bestimmt ist.

Art. 2. In gleicher Weise ist der Bund berechtigt, auch über Privateigenthum — Telegraphen- und Telephondrähte — ohne Entschädigungs-

mit den fremden Staaten durch (Special- oder internationale) Verträge geregelt.¹⁾

Leistung zu ziehen, insofern dadurch die zweckentsprechende Benützung des betreffenden Grundstückes oder Gebäudes nicht beeinträchtigt wird.

Art. 3. Werden vom Bunde für die Erstellung von Telegraphen- und Telephonlinien weitere als die in dem vorliegenden Gesetze bezeichneten Rechte in Anspruch genommen, so finden die Bestimmungen betreffend das Expropriations-Verfahren Anwendung.

Das französische Gesetz vom 28. Juli 1885 (abgedruckt in Goldschmidt's Zeitschrift, neue Folge, XVII, S. 548—551) enthält folgende Bestimmung:

1. Der Staat hat das Recht, auf und unter dem Boden der öffentlichen Strassen und Wege alle zur Construction und Unterhaltung der Telegraphen- und Telephonlinien nöthigen Arbeiten vorzunehmen (Art. 2).

2. Der Staat hat in gleicher Weise das Recht, Telephonträger, sowohl an den Mauern der Gebäude und Façaden, die an die Drähte stossen, als auch selbst auf den Dächern oder Terrassen dieselben zu errichten, unter der Bedingung, dass man von aussen daran gelangen kann. Ebenso steht dem Staate das Recht zu, die Leitungen oder Befestigungen auf oder unter dem Boden von nicht überbauten Grundstücken herzustellen, wenn sie nicht von Mauern oder ähnlichen Einrichtungen eingefriedet sind (Art. 3).

3. Die Errichtung der Leitungen oder Träger zieht keine Besitzentziehung nach sich. Der Eigenthümer ist durch jene Vorrichtungen nicht gehindert, sein Haus wieder zu weissen, Reparaturen an demselben vorzunehmen oder es höher zu bauen. Auch ist er nicht gehindert, offenes und uneingefriedetes Terrain nachträglich einzuschliessen. Dagegen muss der Eigenthümer in allen diesen Fällen die Post- und Telegraphen-Direction des Departements — einen Monat vorher von seinen Absichten unterrichten (Art. 4).

4. Wenn die Träger oder Verbindungen auf der äusseren Seite der Mauern und Façaden oder auf den Dächern oder Terrassen oder auch auf den nicht eingefriedeten Grundstücken hergestellt wurden, ist dem Eigenthümer — keine andere Entschädigung zu entrichten, als diejenige, welche den Schaden repräsentiert, der aus der Errichtung und der Unterhaltung der Linien entsteht. Der Betrag wird vom Präfekturrathe mit Recursrecht an den Staatsrath festgesetzt (Art. 10).

5. In dem Falle, wo es nöthig sein sollte, eine förmliche Besitzentsetzung für die Herstellung der Linie herbeizuführen, tritt das Expropriations-Verfahren ein (Art. 13).

Gleiche Bestimmungen enthalten das ungarische Gesetz vom 8. August 1888, das bulgarische Gesetz vom 16./18. December 1889 u. s. w.

¹⁾ Weder die bürgerlichen Gesetzbücher noch die Handelsgesetzbücher beschäftigen sich mit dem Telegraphen und bezw. dem Telephone. Die gedachten Rechtsverhältnisse müssen sonach durch Special-Verordnungen (Gesetze u. dgl., vergl. S. 29), bezw. Special-Verträge geregelt werden, zumal ohne solche Be-

Für die Beurtheilung der rechtlichen Verhältnisse des Telegraphen- und bezw. Telephonwesens in Oesterreich¹⁾ sind sonach stimmungen die Gerichte in gegebenen Fällen — Urtheile fällen könnten, welche nicht im Einklange stünden mit der Gemeinnützigkeit u. dgl. des Telegraphen und bezw. Telephons.

¹⁾ In Oesterreich ist in der Telegraphen-Ordnung vom 16. Juli 1873, wie auch in der Telephon-Verordnung vom 7. Oktober 1887 — der regale Charakter des Telegraphen und des Telephons (siehe S. 23) gewahrt. Das diesfällige Recht (Regalrecht, vergl. Wanka, Postwesen, III. Heft) kommt nun nicht allein bei Errichtung von Telegraphen- und bezw. Telephonanlagen u. dgl. auf eigenem Grund und Boden der betreffenden Privaten — durch Vorbehalt der bezüglichen staatlichen Bewilligung (Concession), sondern auch bei Errichtung von Telegraphen- und bezw. Telephonanlagen in Staatsregie zum Ausdruck. Rücksichtlich der einschlägigen Eigenthumsverhältnisse besteht jedoch bis jetzt — eine grundsätzliche Verschiedenheit. Während die zur telephonischen Verbindung einzelner Objecte dienenden Privat-Telephonleitungen und die bestehenden Privat-Telephonnetze Eigenthum der betreffenden Concessionäre sind, welchen gegen Entrichtung von sogen. Rekognitions-Gebühren — die zeitweilige Ausübung des Telephonregalrechts übertragen ist, sind die in Staatsregie hergestellten Telephonanlagen Eigenthum der Staatsverwaltung. Diese überlässt den Theilnehmern gegen Entrichtung bestimmter Gebühren nicht die Ausübung des Telephonregalrechtes, sondern die Benützung der Telephonanlagen als solche in einem seiner juristischen Natur nach — der Miethe am nächsten stehenden Verhältnisse. Das Rechtsverhältnis zwischen der Telegraphen-Verwaltung und dem Theilnehmer ist somit in seiner Wesenheit das des Vermiethers zum Miether. Hiernach ist der Staat, welcher (unter Forderung eines Betrages zu den Kosten der in eigener Regie herzustellenden Leitungen und der Vergütung für besondere Mühewaltungen in Form bestimmter Gebühren) über Ansuchen des Theilnehmers und im ausschliesslichen Interesse desselben — die Telephonleitungen baut, deren Instandhaltung besorgt, als Vermiether im Sinne des §. 1096 des a. b. G.-B. anzusehen, der die dem Theilnehmer zur Benützung beigestellten Telephon-Apparate auf eigene Kosten in brauchbarem Stande erhält, rücksichtlich der ganzen Anlage im Sinne der §§. 1104 und 1106 a. b. G.-B. die Gefahr für ausserordentliche Zufälle auf sich nimmt und nach Auflösung des Bestandverhältnisses mit dem aus der Abtragung der Leitungen gewonnenen Materiale und den zurückgenommenen Apparaten als seinem Eigenthume im Sinne der §§. 354 und 362 des a. b. G.-B. nach freiem Ermessen verfügt. Vergl. Anhang D.

In Ungarn ist das Telegraphen- und Telephonwesen durch das Gesetz vom 8. August 1888 geregelt. Der Paragraph 1 dieses Gesetzes bestimmt, dass die Ausführung und der Betrieb des Telegraphen- und des Fernsprechwesens sowie anderer elektrischen Installationen — dem Staate als ausschliessendes Recht vorbehalten ist, dass dagegen auch Concessionen ertheilt werden können, wenn die im Gesetze vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt sind.

Im internen Wechselverkehre zwischen Oesterreich und Ungarn unterliegt das Telegraphen- und Telephonwesen nur insoweit einer gemein-

a) im inländischen Verkehre (ausser den allgemeinen Gesetzen) —
 die im Verwaltungswege (vom k. k. Handels-Ministerium) er-
 lassenen Bestimmungen, resp. Vorschriften, enthalten in der Tele-
 graphen-Ordnung vom 16. Juli 1873 (Tel. V.-Bl. 1873 Nr. 15,
 S. 57), bzw. in der Telephon-Verordnung¹⁾ vom 7. Oktober 1887,

Telegraphen-
Ordnung.

Telephon-
Verordnung.

samen Behandlung, als es sich um Herstellung von Telegraphen- und Telephonanlagen für den öffentlichen Verkehr zwischen den beiden Gebieten und um Feststellung der bezüglichen Tarife und Verkehrbestimmungen, eventuell um Herstellung von solchen Telegraphen- und Telephonanlagen zwischen dem einen Gebiete und dem Auslande handelt, welche Verbindungen immer als Staats-Telegraphen- und Telephonlinien zu behandeln sind (vergl. Art. XIV des Uebereinkommens zwischen dem k. k. österreichischen Handelsminister und dem königl. ungarischen Minister für öffentliche Arbeiten und Communication ddo. 30. Juni 1888, betreffend den Post- und Telegraphendienst im österreichisch-ungarischen Wechselverkehr: V.-Bl. 1888 Nr. 63, S. 265.)

In Deutschland wurde das Telegraphenwesen durch das Gesetz über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches, ddo. 6. April 1892, geregelt (Deutsches Reichsgesetzblatt 1892, S. 467). Die Vorschriften über die Benützung des Telegraphen sind in der Telegraphen-Ordnung für das Deutsche Reich, ddo. 15. Juni 1891, enthalten. (Siehe Taschengesetzsammlung Nr. 5, Berlin 1892.) Vergl. Fischer, Die Deutsche Post- und Telegraphen-Gesetzgebung nebst dem Weltpostvertrage und dem Internationalen Telegraphenvertrage. 4. Auflage. Berlin 1895 (Guttentag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 7, XII. Abschnitt, S. 267 ff., bzw. XIII. Abschnitt, S. 274 ff.).

In Belgien besteht — das Telephon-Gesetz vom 11. Juni 1883, in Frankreich — das Telephon-Gesetz vom 28. Juli 1885. (Vergl. S. 30.)

In der Schweiz hat der Bund am 27. Juni 1889 ein Gesetz, betreffend das Telephonwesen, erlassen. Der Artikel 1 dieses Bundes-Gesetzes lautet: „Die Errichtung und der Betrieb von Telephon-Anlagen bildet einen Theil des Telegraphenwesens und wird dem Geschäftskreise der Telegraphen-Verwaltung zugewiesen.“

¹⁾ Der Text der bezogenen Telephon-Verordnung (II. Auflage. Wien, 1895), versehen mit entsprechenden Anmerkungen, folgt im Anhang A (S. 62 ff.).

Hiebei wird hervorgehoben, dass nach §. 2 dieser Telephon-Verordnung — das Staats-Telephon in Oesterreich — eine Fortsetzung des Staats-Telegraphen bildet.

Das Staats-Telegraphenamt, resp. die Stelle, an welche eine oder mehrere Telephon-Leitungen (Linien) angeschlossen sind, wird in der bezogenen Verordnung mit dem Ausdrucke „Centrale“ (resp. Central-Station) bezeichnet (§. 2 der Verordnung).

Nach Erfordernis werden an ein Staats-Telegraphenamt mittels besonderer Drahtleitungen auch öffentliche Sprechstellen angeschlossen. Diese Sprechstellen führen die Bezeichnung: „K. k. Telephonstelle“ (§. 3 der Verordnung).

Z. 28329 (V.-Bl. 1887 Nr. 85, S. 355; R.G.Bl. 1887 Nr. 116) und das zu gewärtigende Gesetz über die, der Staatsverwaltung bei der Errichtung und Instandhaltung der Telegraphen- und Telephonanlagen an öffentlichem Gut und privatem Eigenthum zustehenden Rechte (siehe Anhang D), dagegen

Die Centralen sind immer zugleich — öffentliche Sprechstellen (k. k. Telephonstellen) (§. 4 der Verordnung).

Die öffentlichen Sprechstellen können als solche von Jedermann benützt werden.

Die für die Theilnehmer, resp. Abonnenten zum Behufe der telephonischen Correspondenz hergestellten Telephon-Anlagen werden Abonnenten-Stationen genannt. Dieselben werden durch Einschaltungs-Nummern von einander unterschieden. Die Einschaltungs-Nummern der Abonnenten-Stationen sind jedoch nicht (für alle Zeiten) bleibend, sondern können aus betriebs-technischen Gründen abgeändert werden.

Die an eine Centrale angeschlossenen Sprechstellen (k. k. Telephonstellen und Abonnenten-Stationen) bilden mit ihren Leitungen ein Telephon-Netz.

Die Herstellung der betreffenden Telephon-Anlagen wird von der k. k. Post- und Telegraphen-Verwaltung im Namen des Staates (resp. Aerars) bewirkt (§. 1 der Verordnung).

Die solcherart hergestellten Telephon-Anlagen sind Eigenthum des Staates und werden den Abonnenten zum Behufe der telephonischen Correspondenz — gegen Entrichtung bestimmter Gebühren zur Benützung überlassen (§. 1 der Verordnung).

An die Telephon-Theilnehmer, resp. Inhaber der Abonnenten-Stationen wird je ein Exemplar der Telephon-Verordnung (unentgeltlich) verabfolgt.

Der Telephon-Verordnung können alle Bedingungen der Herstellung und Benützung der Telephon-Anlagen entnommen werden.

Von den k. k. Post- und Telegraphen-Direktionen werden Verzeichnisse der am interurbanen Verkehre theilnehmenden — staatlichen Telephon-netze der betreffenden Kronländer, nebst alphabetischem Verzeichnisse der k. k. Telephonstellen und Abonnenten-Stationen in den einzelnen Städten hinausgegeben. Diese Verzeichnisse werden durch Nachträge ergänzt, bezw. richtiggestellt, enthalten Belehrungen über die Benützung der staatlichen Abonnenten-Stationen, allgemeine Bestimmungen über den interurbanen Telephon-Verkehr, Gebührensätze (interurbane Sprechgebühren-Tarife), Anweisungen zur Benützung der Telephon-Apparate u. s. w.

Der interurbane Telephon-Verkehr ist (im Gegensatze zum Local-Telephonverkehr) derjenige, welcher sich zwischen (*inter*) zwei — an verschiedenen Telephon-Centralen in verschiedenen Städten (*urbes*) angeschlossenen Telephon-Stellen abwickelt. Derselbe erstreckt sich auf den Verkehr der öffentlichen Telephon-Stellen und staatlichen Theilnehmer (Abonnenten-Stationen), in Prag z. B. mit jenen in Wien, Kolin, Iglau u. a. O. oder umgekehrt derjenigen in Wien, Kolin u. s. w. mit jenen in Prag oder jener irgend eines Ortes mit jenen irgend eines anderen Ortes.

b) im Verkehre mit den auswärtigen Gebieten, resp. fremden Staaten die einschlägigen (Staats-) Uebereinkommen und Verträge massgebend.¹⁾

St. Peters-
burger
inter-
nationaler
Telegraphen-
Vertrag. Der derzeitige internationale Telegraphen-Grund-
vertrag ist der St. Petersburger Telegraphen-Vertrag,
ddo. 10./22. Juli 1875 (Tel. V.-Bl. 1876 Nr. 15, S. 45 ff.; R.G.Bl.
1876 Nr. 82²⁾).

Der St. Petersburger internationale Telegraphen-Vertrag trat mit dem 1. Jänner 1876 (an Stelle des internationalen, zu Paris am 5./17. Mai 1865 unterzeichneten Telegraphen-Vertrages) in Kraft und bleibt (wie der Weltpost-Vertrag) auf unbestimmte Zeit und im Falle der Kündigung bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage ab, an welchem er gekündigt worden ist, in Giltigkeit.³⁾

¹⁾ Bei Einführung von Telegraphen- und Telephon-Anlagen in das Gebiet eines anderen Staates bedarf es (selbstverständlich) einer (im Verwaltungswege oder durch diplomatische Vermittlung erfolgten) vorgängigen Genehmigung seitens des letzteren, sei es, dass die Anlage von dem ansuchenden Staate selbst ausgeführt, oder dass zur Ausführung derselben — einem Privatunternehmer die Concession ertheilt wird.

Die Einführung der gedachten Anlagen — ohne die erwähnte Genehmigung würde eine Verletzung des Hoheitsrechtes des betreffenden Staates bedeuten.

²⁾ Der deutsche Text des internationalen Telegraphen-Vertrages ist amtliche Uebersetzung; der Urtext ist französisch.

³⁾ Dem St. Petersburger internationalen Telegraphen-Vertrage sind bis jetzt folgende Staaten beigetreten:

Oesterreich-Ungarn, Bosnien-Hercegovina, Deutschland, Aegypten, die argentinische Republik, die britischen Colonialstaaten (Neu-Seeland, Neu-Süd-Wales, Süd-Australien, Tasmanien, Victoria), Belgien, Brasilien, Britisch-Indien, Bulgarien, das Cap der Guten Hoffnung (Capland, resp. die Capcolonie), Dänemark, Frankreich nebst Colonien (Algerien und Cochinchina), Griechenland, Grossbritannien (nebst Gibraltar und Malta), Italien, Japan, Luxemburg, Montenegro, Natal, Neu-Caledonien (V.-Bl. 1896 Nr. 41), die Niederlande (Holland) mit Niederländisch Indien, Norwegen, Persien, Portugal, Queensland (V.-Bl. 1896 Nr. 41), Rumänien, Russland, Schweden, die Schweiz, Senegal, Serbien, Siam, Spanien nebst Colonien (Cuba, Porto-Rico, Philippinen: V.-Bl. 1890, S. 198), Tunis, die Türkei, die portugiesischen Colonien. Diese Colonien sind als eine vom Mutterstaate unabhängige Gruppe der internationalen Telegraphen-Union beigetreten. Der Beitritt erstreckt sich auf alle jene Colonien Portugals, welche in das internationale Telegraphennetz bereits einbezogen sind oder mit demselben in Hinkunft verbunden werden. Es sind dies: A) In Afrika: Die Provinz Mozambique (Mosambique, Lourençon, Marques), die Provinz Cap Vert (Inseln Saint-Vincent und San Thiago), der Militär-District von Guinea (Bissao, Bolama),

Die Kündigung kommt nur für den Staat in Geltung, welcher dieselbe gegeben hat. Für die übrigen vertragsschliessenden Theile verbleibt der Vertrag in Kraft (Art. 20 des Vertrages).

Der Beitritt zu dem St. Petersburger internationalen Telegraphen-Vertrage ist den Staaten, welche an diesem Vertrage nicht theilgenommen haben, — auf ihr Verlangen gestattet. Von diesem Beitritte wird demjenigen der vertragschliessenden Staaten, in dessen Bereich die letzte Conferenz stattgefunden hat und durch diesen Staat allen übrigen Staaten auf diplomatischem Wege Kenntniss gegeben. Der Beitritt schliesst von rechtswegen die Zustimmung zu allen Clauseln, sowie die Theilnahme an allen Vortheilen in sich, welche in dem Vertrage festgesetzt sind (Art. 18 des Vertrages).¹⁾

die Provinz San Thomé und Príncipe (Inseln San Thomé und Príncipe), Provinz Angola (Loanda, Benguela, Mossamedes); B) in Asien: Portugiesisch Indien mit Diu, Damao und Goâ, Provinz Macao und Insel Timor (in Oceanien): V.-Bl. 1896 Nr. 27. (Vergl. Verzeichnis der dem internationalen Telegraphen-Vertrage von St. Petersburg beigetretenen Staaten: V.-Bl. 1886, Nr. 88, S. 625; dann V.-Bl. 1893, Nr. 89, S. 375 ff.).

Uebrigens ist die Mehrzahl der Privat-Telegraphen-Unternehmungen (Gesellschaften) dem Vertrage gleichfalls beigetreten. Diesen Unternehmungen werden jedoch die Begünstigungen des Reglements nur auf Grund des Beitrittes zu allen Clauseln jenes Staates, welcher die Unternehmung concessioniert hat, gewährt.

Die Privat-Telegraphen-Unternehmung, welche bei einem der vertragsschliessenden (contrahierenden) Staaten um Ermächtigung ansucht, ihre Telegraphen-Kabel auf dem Territorium dieses Staates zu landen, erhält die Concession nur auf Grund der Verpflichtung, ihren Tarifsatz der Genehmigung des betreffenden Staates zu unterwerfen. Die Privat-Telegraphen-Unternehmungen innerhalb der Grenzen eines der contrahierenden Staaten, welche sich an dem internationalen Telegraphendienste betheiligen, bilden jedoch einen entsprechenden Theil des Telegraphen-Netzes dieses Staates.

¹⁾ Die dem St. Petersburger internationalen Telegraphen-Vertrage beigetretenen Privat-Telegraphen-Unternehmungen sind die: Black Sea Telegraph Company, Spanish National Submarine Telegraph Company, Direct Spanish Telegraph Company, Eastern Telegraph Company, West India and Panama Telegraph Company, Indo European Telegraph Company, West African Telegraph Company, Halifax and Bermudas Cable Company (V.-Bl. 1895, S. 145), sämmtlich in London; Commercial Cable Company, Compagnie française du télégraphe de Paris à New-York, P. Q. (Abkürzung für diese Kabelgesellschaft), Société française des Télégraphes submergés in Paris; Great Northern Telegraph Company (Det Store Nordiske Telegraf Selskab) in Kopenhagen; Compagnie des Télégraphes et des Téléphones de la Plata in Buenos Aires, dann South American Telegraph Company (V.-Bl. 1893, S. 376 ff.).

Durch den vorerwähnten St. Petersburger internationalen Telegraphen-Vertrag¹⁾ werden für den internationalen Telegraphen-Verkehr folgende Grundbestimmungen vereinbart:

Die nachbenannten Unternehmungen wenden, ohne dem internationalen Telegraphen-Vertrage zu St. Petersburg offiziell beigetreten zu sein, im Allgemeinen die Bestimmungen des internationalen Telegraphen-Reglements an und stehen im regelmässigen Verkehre mit dem Internationalen Telegraphen-Bureaux in Bern, und zwar die: African Direct Telegraph Company, Anglo American Telegraph Company, Brazilian Submarine Telegraph Company, Direct United States Cable Company, Eastern Extension Australasia and China Telegraph Company, Eastern and South African Telegraph Company, West Coast of America Telegraph Company, Western and Brazilian Telegraph Company, sämtlich in London; Central and South American Telegraph Company in New-York, dann die American Telegraph and Cable Company (V.-Bl. 1893, S. 380 ff.).

Folgende Unternehmungen stehen mit dem Internationalen Telegraphen-Bureau in Bern im Allgemeinen nur durch Vermittlung einer, zu der einen oder der andern der vorgenannten zwei Gruppen gehörigen Unternehmung in Verbindung, und zwar die: India, Rubber, Guttapercha and Telegraph Works Company, Cuba Submarine Telegraph Company in London, Mexican Telegraph Company in New-York; River Plata Telegraph Company und die Compania telegrafica del Rio de la Plata in Buenos Aires (V.-Bl. 1893, S. 383).

Im Besitze der vorangeführten Unternehmungen (Kabel-Gesellschaften) befinden sich zum grössten Theile — die unterseeischen Telegraphen (Kabel). Das Verzeichnis dieser Kabel (bezw. Telegraphennetze) ist im Post- und Telegraphen-Verordnungsblatte, Jahrgang 1893 Nr. 89, S. 376 ff. enthalten. Die Zahl sämtlicher submarinen Kabel betrug im Jahre 1894—1304. Hiervon gehören 994 Staatsverwaltungen, während 310 Eigenthum von Privatgesellschaften sind (siehe: Nomenclatur des Cables formant le reseau sous-marin du globe. Bern, 1894).

Die Gesamtlänge der auf der Erde vorhandenen Telegraphen-Linien beträgt 1 062 700 englische Meilen.

Hiervon entfallen auf

Amerika	545 600,
Europa.	380 700,
Asien	67 400,
Afrika	21 500 und
Australien	47 500 Meilen.

Das grösste Telegraphennetz haben die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika (403 000 Meilen), demnächst kommt Russland, dann Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Britisch-Indien, Mexiko, Grossbritannien, Canada, Italien, Türkei, Argentinien, Spanien, Chile.

Die Western Union Telegraph Company ist die bedeutendste aller Telegraphen-Gesellschaften. 1895 (1. Jänner) betrug die Länge sämtlicher Drahtleitungen der Gesellschaft (somit Land- und Seelinien) 1 273 200 km (Journal télégr. 1895 Nr. 1).

¹⁾ Die Telegraphie, vorzugsweise bestimmt, in weite Fernen zu wirken, ist

ihrer ganzen Natur nach ein vorwiegend internationales Institut. Es machte sich auch, nachdem die (elektromagnetische) Telegraphie zu einem der allgemeinen Benützung freistehenden Verkehrsinstitute geworden, sehr bald das Bedürfnis fühlbar, dass sich ihr Wirkungskreis über die Grenzen der Einzelstaaten hinaus erstrecke und ihr durch Staatsverträge (siehe S. 34) die Möglichkeit eines internationalen Dienstes geboten werde.

Dem Beispiele folgend, welches für den Postverkehr durch die Errichtung des deutsch-österreichischen Postvereines vom 6. April 1850 (vergl. Wanka, Das Postwesen in Oesterreich. Prag und Leipzig, 1896. II. Heft, 2. Aufl. S. 40) gegeben war, beschloss Oesterreich unterm 25. Juli 1850 mit Preussen, Bayern und Sachsen die Bildung des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereines. Diesem Vereine schlossen sich in den nächsten Jahren die übrigen deutschen Staaten mit selbstständiger Telegraphen-Verwaltung, sowie die Niederlande an. Desgleichen traf Frankreich mit Belgien, Sardinien, Spanien und der Schweiz im Jahre 1855 — gemeinsame Vereinbarungen über die Ausübung des internationalen Telegraphen-Dienstes.

Auf Vorschlag Frankreichs traten im Jahre 1865 — die Vertreter von (20) europäischen Telegraphen-Verwaltungen (mit Ausnahme Englands, wo die Telegraphie damals noch nicht unter der Verwaltung des Staates stand, und des Kirchenstaates) in Paris zu einer Konferenz zusammen, deren Ergebnis die Bildung eines gemeinsamen Telegraphen-Vereines war. Der diesfällige — erste internationale Telegraphen-Vertrag wurde in Paris am 5./17. Mai 1865 unterzeichnet. Derselbe bildet bis jetzt — die Grundlage (das Fundament) der internationalen Telegraphen-Vereinbarungen, indem er die Grundzüge der künftigen Organisation enthält, wie: gemeinsame Regelung des internationalen Dienstbetriebes, Festsetzungen über die in demselben zu verwendenden Apparate und Leitungen, über die Annahme und die Bestellung der Telegramme, insbesondere über die Höhe, sowie über die Theilung der Telegraphen-Gebühren. In dem besagten Pariser Telegraphen-Vertrage wurde weiter die Abhaltung periodischer gemeinschaftlicher Berathungen vereinbart. Dieser Vereinbarung gemäss haben seitdem — internationale Telegraphen-Conferenzen in Wien 1868, in Rom 1871/72, in St. Petersburg 1875, in London 1879, in Berlin 1885 und in Paris 1890 stattgefunden. (Vergl. S. 42 Anmerkung 1).

Jede dieser Conferenzen ist durch eine Reihe weiterer Fortschritte im internationalen Telegraphen-Verkehre gekennzeichnet. Bei der Telegraphen-Conferenz in Wien ist England zunächst für seine Telegraphen-Anlagen in Ostindien, dann Serbien, Rumänien und Luxemburg in den Kreis der Vereinsstaaten eingetreten, der sich überdies durch den Beitritt Persiens ausdehnte. Man beschloss die Errichtung eines innerhalb der Zwischenzeit dauernd thätigen internationalen Bureaus. Dasselbe trat unter der Leitung der schweizerischen Telegraphen-Verwaltung mit dem Sitze in Bern im Jahre 1869 in Wirksamkeit. Die Conferenz in Rom, an welcher auch ein Bevollmächtigter der japanischen Regierung theilnahm, hat vornehmlich das (in manchen Richtungen schwierige) Verhältniss zwischen dem Vereine und den grossen Privat-Telegraphen-Gesellschaften (als Besitzern der unterseeischen,

In der Regel steht Jedermann das Recht zu, vermittels des internationalen Telegraphen zu correspondieren (Art. 1 des Vertrages).¹⁾

Die vertragschliessenden Staaten behalten sich jedoch das Recht vor, die Beförderung eines jeden Privat-Telegrammes zu verhindern (inhibieren), welches für die Sicherheit des Staates gefährlich erscheint oder gegen die Landesgesetze, die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstösst (Art. 7 des Vertrages).²⁾

sowie einiger der ausgedehntesten internationalen Ueberlandtelegraphen) geregelt. Die Conferenz in St. Petersburg hat den Betrieb der internationalen Telegraphie durch Einführung mehrfacher besonderer Arten von Telegrammen vervollständigt und Reformen in den internationalen Gebührensätzen angebahnt. (Vergl. Fischer, Die Telegraphie und das Völkerrecht. Leipzig 1876, S. 4ff.)

Auf der Londoner Telegraphen-Conferenz (1879) wurde die allgemeine Durchführung des von der deutschen Telegraphen-Verwaltung in Vorschlag gebrachten (Einzel-)Worttarifes (an Stelle des Zwanzig- bzw. Zehn-Worttarifes, einstimmig angenommen; auf der Berliner Telegraphen-Conferenz (1885) gelangte der reine Worttarif (unter Abschaffung der Grund- bzw. Zuschlagstaxe) zur Geltung, und auf der Telegraphen-Conferenz in Paris (1890) kamen besondere Vereinbarungen zwischen den einzelnen Telegraphen-Verwaltungen behufs Vereinfachung und Vereinheitlichung der Telegraphen-Gebühren zu Stande.

Eine gründliche Reform des internationalen Tarif-, Transit- und Abrechnungswesens steht jedoch noch bevor (vgl. S. 45).

Der St. Petersburger internationale Telegraphen-Vertrag unterscheidet sich von den vorerwähnten Conventionen von Paris, Wien, Rom dadurch, dass ein grosser Theil der früher in den Vertragstext aufgenommenen Bestimmungen über die Einzelheiten des internationalen Dienstes ausgeschieden und ausschliesslich in das dem Vertrage beigegebene Reglement verwiesen worden ist.

Statt der 65 Artikel des Vertrages von Rom enthält der St. Petersburger Vertrag nur 21 Artikel lediglich der Grundzüge, welche durch die bisherige Praxis der internationalen Telegraphie — als dauernd festgestellt betrachtet werden. Es beschränken sich sonach die periodischen Revisionen des St. Petersburger Vertrages bloss auf das Reglement und auf den internationalen Gebührentarif.

¹⁾ Die optische Telegraphie, die unmittelbare Vorgängerin der elektromagnetischen Telegraphie, war fast ausnahmslos der Benützung durch Privatpersonen entzogen und auch die elektromagnetische Nachrichtenvermittlung wurde ursprünglich durch die Gesetzgebung einzelner Länder dem Staatsgebrauche ausschliesslich vorbehalten, durch die obige Bestimmung ist nun die Freigebung der Telegraphie für den Privatverkehr (mit der nachfolgend bezeichneten Beschränkung) allgemein zur Geltung gelangt.

Die beregte Bestimmung schliesst in sich den sogen. Contrahierungszwang, welcher darin besteht, dass jedem der Reihe nach ohne Beeinträchtigung Dritter — gegen eine im Vorhinein zu entrichtende Gebühr der Telegraph zur Benützung überlassen werden muss.

²⁾ Diese Bestimmung schliesst in sich das Recht der Controle rück-

Jede Regierung behält sich ferner das Recht vor, den internationalen Telegraphen-Dienst, wenn sie es für nothwendig erachtet, sei es überhaupt oder nur auf gewissen Linien und für gewisse Arten von Correspondenzen, auf unbestimmte Zeit einzustellen, wobei ihr jedoch die Verpflichtung obliegt, hiervon sofort jede der vertragschliessenden Regierungen Kenntniss zu geben (Art. 8 des Vertrages).¹⁾

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, alle nothwendigen Massregeln zu ergreifen, welche erforderlich sind, das Geheimniss der Telegramme und deren ordnungsmässige Beförderung zu sichern (Art. 2 des Vertrages).²⁾

Die contrahierenden Staaten übernehmen in Bezug auf den internationalen Telegraphendienst keinerlei Verantwortlichkeit (Art. 3 des Vertrages)³⁾.

Für die internationalen Telegraphen-Tarife werden nachstehende Grundsätze aufgestellt:

Die Gebühr (Taxe) soll für alle Telegramme, welche zwischen den Telegraphen-Anstalten von je zwei der vertragschliessenden Staaten auf dem nämlichen Wege gewechselt werden, eine einheitliche sein. In Europa kann jedoch ein und derselbe Staat hinsichtlich der Anwendung der einheitlichen Gebühr — in höchstens zwei grosse Gebiete eingetheilt werden.

Der Gebührensatz wird von Staat zu Staat im Einvernehmen

sichtlich des Inhaltes der Privat-Telegramme. Dieses Controlrecht erstreckt sich jedoch nicht auf Staats-Telegramme; die Beförderung der letzteren erfolgt vielmehr — unbedingt (§. 40 des Reglements). Auch auf Grund dieses Controlrechtes kann in gegebenen exceptionellen Fällen der vorerwähnte Contrahierungszwang suspendiert werden, z. B. wenn der Telegraph zu Injurien oder zur Verbreitung allarmierender Gerüchte u. s. w. benützt werden sollte.

Dies greift auch beim Telephon in analoger Weise Platz.

¹⁾ Dieses Recht erstreckt sich wohl nicht allein auf die in den betreffenden Staaten aufgegebenen und einlangenden, sondern auch auf die das Gebiet derselben transitierenden Telegramme, bezw. auf den gesammten Verkehr des Landes oder gewisser Linien oder gewisser Telegrammgattungen.

Inwieweit der Staat innerhalb seines Gebietes den Telegraphenverkehr zeitweise einzustellen befugt ist, entscheidet das Landesstaatsrecht.

²⁾ In Folge dieser (völkerrechtlichen) Verpflichtung wird durch die Gesetze und (Verwaltungs-) Verordnungen der meisten Vereinsstaaten — den Telegraphen-Beamten — jede Mittheilung des Inhaltes der Telegramme an Unbefugte — strenge verboten und die Verletzung dieser Pflicht als ein strafrechtlich verfolgbares Dienstesvergehen bezeichnet. Die Natur des Telegraphenbetriebes, der dem Beamten den Inhalt des Telegrammes blosslegt, erfordert einen Schutz gegen willkürliche und rechtswidrige Mittheilung dringender, als dies bei den der Post anvertrauten Briefen der Fall ist.

³⁾ Vergl. S. 29, Ziff. 4.

zwischen den Regierungen der äussersten und der dazwischen gelegenen Staaten festgestellt.

Der Franc bildet die Münzeinheit für die Aufstellung der internationalen Tarife (Art. 10 des Vertrages).

Reglement
für den inter-
nationalen
Telegraphen-
Dienst.

Zu dem internationalen Telegraphen-Vertrage von St. Petersburg besteht das Reglement für den internationalen Telegraphen-Dienst (internationale Telegraphen-Reglement), nebst bezüglichen Tax-Tabellen nach der Pariser Revision vom 21. Juni 1890¹⁾ (V.-Bl. 1891 Nr. 59, S. 237).

Das (Telegraphen-)Reglement enthält hauptsächlich — die näheren Tarifbestimmungen für den internationalen Telegraphen-Verkehr. (Vergl. S. 40 Anmerkung 3.)

Es bestehen derzeit 12 Tax-Tabellen und zwar A, B (V.-Bl. 1891 Nr. 59, S. 237), dann C, D, E, F, G, H, I, J, K, L. (V.-Bl. 1891 Nr. 78, S. 323).²⁾

¹⁾ Laut Art. 13 des St. Petersburger internationalen Telegraphenvertrages werden die Bestimmungen dieses Vertrages durch ein Reglement ergänzt.

Die Vorschriften des Reglements können sowie die auf den telegraphischen Verkehr zwischen den contrahierenden Staaten anwendbaren Tarifsätze durch die Verwaltungen dieser Staaten im gemeinsamen Einverständnisse zu jeder Zeit abgeändert werden (Art. 10 und bezw. 13 des Vertrages). Das Reglement und die dazu gehörigen Tarife werden sonach — Revisionen unterworfen, wobei alle Staaten, welche daran theilgenommen haben, sich vertreten lassen können. Zu diesem Behufe werden von Zeit zu Zeit (periodisch) administrative Conferenzen (Verwaltungs-Conferenzen) abgehalten, deren jede den Ort und die Zeit der nächstfolgenden Zusammenkunft selbst — festsetzt (Art. 15 des Vertrages). Solche Conferenzen wurden abgehalten z. B. in Berlin 1885 und in Paris 1890. (Vergl. S. 39). Darnach werden unterschieden: Das Internationale Telegraphen-Reglement nach der Berliner Revision vom 17. September 1885 (V.-Bl. 1886 Nr. 72) und das Internationale Telegraphen-Reglement nach der Pariser Revision vom 21. Juni 1890.

Durch dieses Telegraphen-Reglement werden nicht allein die Tarifbestimmungen und die telegraphischen Beziehungen der Vereinsstaaten, sondern auch jene mit den nicht beteiligten Staaten und mit den Privat-Telegraphen-Unternehmungen im Interesse der fortschreitenden Entwicklung des Telegraphen-Verkehres geregelt. Hiernach können die Verwaltungen der contrahierenden Staaten — die Vorthelle ihrer vertragsmässigen Tarife jenen Verwaltungen verweigern, welche den Beitritt zu dem Telegraphen-Vertrage verweigern oder zögern sollten, ihre Tarife denen der beteiligten Staaten anzupassen. Die Verwaltungen, welche ausserhalb Europas — Linien besitzen, bezüglich deren sie dem Telegraphen-Vertrage beigetreten sind, haben zu erklären, welche Bestimmungen sie auf dieselben anzuwenden beabsichtigen, ob jene für den europäischen oder die für den aussereuropäischen Verkehr. (Auf Algier, die asiatische Türkei findet z. B. das europäische Taxierungsverfahren Anwendung.)

²⁾ Die obigen Taxtabellen, resp. Tabellen der internationalen Tarife (Tarif-

Auf der internationalen Telegraphen-Conferenz in Berlin 1885 wurde neben dem Telegraphen auch das Telephon behandelt.¹⁾ In dem internationalen Telegraphen-Reglement, Pariser Revision, wurde der internationale Telephondienst — neuerdings geregelt.

Inter-
nationaler
Telephon-
Dienst.

Tabellen) wurden in Ausführung des Art. 15 des St. Petersburger internationalen Vertrages und der Art. XXII bis XXVI des Reglements aufgestellt. Die Taxtabelle A enthält — die Taxen im europäischen Telegraphen-Verkehre, die Taxtabelle B — die Taxen im aussereuropäischen Telegraphen-Verkehre, die Taxtabelle C — die Terminal- und Transittaxen per Wort für den Bereich des europäischen Taxierungsverfahrens, die Taxtabelle D — den Tarif für die an der Westküste von Afrika, südlich von Senegal gelegenen Stationen von Spanien und Portugal, die Taxtabelle E — den Tarif der West-African Telegraph Company, die Taxtabelle F — den Tarif der Eastern and South African Telegraph Company, die Taxtabelle G — den Tarif für China, die Taxtabelle H — den Tarif der Great Northern Telegraph Company für Japan, Corea, China und die darüber hinausgelegenen Länder, I den Tarif der Eastern Extension Telegraph Company, die Taxtabelle J — den Tarif für den telegraphischen Verkehr zwischen Europa, Algier, Tunis und Tripolis einerseits und den darüber hinausgelegenen Ländern andererseits via Eastern Telegraph Company, ferner zwischen Europa — Russland und die Türkei ausgenommen — und denselben Ländern via Teheran, die Taxtabelle K — den Tarif für Telegramme nach Amerika und die Taxtabelle L — verschiedene andere den aussereuropäischen Telegraphen-Verkehr betreffende Taxen (V.-Bl. 1891 Nr. 78, S. 323).

¹⁾ Der bezügliche Art. LXVII des Reglement (Berliner Revision) enthält folgende Bestimmungen:

1) Die Verwaltungen der contrahierenden Staaten können nach Bedarf — internationale telephonische Verbindungen herstellen, indem sie hiefür entweder besondere Drähte legen oder die bereits vorhandenen benutzen.

2) Unter dem Vorbehalte besonderer Vereinbarungen zwischen den genannten Verwaltungen sollen diese Drähte nach einem Centralbureau eines Staates geleitet werden, von wo der Anschluss entweder mit den für den allgemeinen Verkehr vorhandenen öffentlichen Telephon-Stationen oder mit den Privatgebäuden, Comptoirs, Fabriken u. s. w. erfolgt.

3) Die Verwaltungen werden bezüglich der Wahl der Apparate und der Einzelheiten des Dienstes, Vereinbarungen treffen und gemeinsam den Tarif für jede einzelne telephonische Verbindung feststellen.

4) Die der Feststellung der Tarife und der Dauer der Verbindung zu Grunde liegende Einheit ist ein Gespräch von 5 Minuten Dauer.

5) Die Benützung des Telephons richtet sich nach der Reihenfolge der Anmeldungen. Dieselben Correspondenten dürfen nicht mehr als zwei aufeinander folgende Gespräche von je 5 Minuten mit einander führen, ausgenommen wenn vor ihnen oder während ihres Gespräches von anderer Seite nicht Anspruch auf Benützung der telephonischen Verbindung gemacht wird.

Es bestehen nun auch Telephon-Special-Uebereinkommen, wie zwischen Frankreich und Belgien, ddo. 1. December 1886.

Hiebei wurde die Dauer eines Gespräches (Sprechdauer) von 3 Minuten (statt 5 Minuten) — als Einheit festgesetzt.

Die internationalen Telephondrähte werden nach Uebereinkommen der betreffenden Staaten hergestellt und mit Telephon-Centralen, dann durch diese mit den Telephon-Abonnenten (Stationen) — verbunden.

Tele-
graphen-
Union.

Die Gesamtheit der Staaten, welche dem St. Petersburger internationalen Telegraphen-Vertrage beigetreten sind (S. 36 f.), bildet hinsichtlich der Telegraphie den internationalen Telegraphen-Verein resp. — die internationale Telegraphen-Union.¹⁾

Organisation
der Telegra-
phen-Union:

Die Telegraphen-Union ist in gleicher Weise wie der Welt-Postverein organisiert:

Vertrags-
freiheit
der Union-
Staaten.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich gegenseitig das Recht vor, abgesondert unter sich besondere Uebereinkünfte jeder Art über solche Theile des Dienstes abzuschliessen, an welchen nicht die Gesamtheit der Staaten betheiligt ist (Art. 17 des Vertrages).

Internatio-
nales Tele-
graphen-
Bureau.

Die Verwaltungsbehörde (das Centralorgan) der Telegraphen-Union ist das Internationale Bureau der Telegraphen-Verwaltungen (Internationale Telegraphen-Bureau) in Bern.

Dasselbe ist unter die Oberaufsicht der schweizerischen Telegraphen-Verwaltung gestellt. Es hat die laufenden Geschäfte der Telegraphen-Union zu erledigen, die auf die internationale Telegraphie bezüglichen Nachrichten jeder Art zu sammeln, zusammenzustellen und zu veröffentlichen, die auf Abänderung der Tarife und des Dienst-Reglements bezüglichen Anträge zu begutachten, die vereinbarten Abänderungen bekannt zu geben und im Allgemeinen — alle Fragen zu studieren sowie alle Arbeiten auszuführen, mit welchen dasselbe im Interesse der internationalen Telegraphie betraut werden sollte.

Journal télé-
graphique.

Von dem internationalen Telegraphen-Bureau wird die Zeitschrift „Journal télégraphique“ — in französischer Sprache herausgegeben. Diese (amtliche) Zeitschrift erscheint am 25. jeden Monats. Alle k. k. Post- und Telegraphenämter haben gegen Erlag von 2 fl. 34 kr. per Jahr — Bestellungen auf die er-

¹⁾ Die (internationale) Telegraphen-Union (eine völkerrechtliche Vereinigung von bestimmtem ausgeprägtem Charakter) ist — der Initiative des französischen Staates entsprungen. Lesenswerth: A. Bell, La Télégraphie historique depuis les temps les plus reculés jusque nos jours. Paris, 1889.

wähnte Zeitschrift anzunehmen und dieselben an das k. k. Post-Zeitungsamt I in Wien zu leiten, welches das Weitere veranlassen wird (V.-Bl. 1895, S. 556).¹⁾ Von dem internationalen Telegraphen-Bureau ist ferner das Alphabetische Verzeichnis der Telegraphenämter (siehe S. 53), dann das Amtliche Wörterbuch für die Abfassung von Telegrammen in verabredeter Sprache (siehe S. 54) hinausgegeben worden.

Die Kosten, welche aus der Einrichtung des Internationalen Telegraphen-Bureaus entstehen, werden von sämtlichen Verwaltungen der vertragschliessenden Staaten nach einem, der Grösse derselben entsprechenden, bestimmt abgegrenzten Verhältnisse getragen (Art. 14 des Vertrages).

Die internationale Telegraphen-Union brachte vielfache Erleichterung in der Benützung des Telegraphen, Vereinfachung, resp. Vereinheitlichung der Telegraphen-Tarife und erhebliche Gebührenermässigungen im internationale Verkehre etc. zu Stande. Dieselbe stellt sich sonach — sich dem Welt-Postvereine in würdiger Weise anreihend — als eine grossartige Schöpfung der Neuzeit dar.

Bedeut-
samkeit
der Tele-
graphen-
Union.

Bevor zu den, auf Grund der Vertragsfreiheit seitens Oesterreichs abgeschlossenen Special-Verträgen übergegangen wird, wird erwähnt, dass die nächste Telegraphen-Conferenz im Jahre 1896 (16. Juni) in Budapest stattfinden wird.²⁾

Nächste
Tele-
graphen-
Conferenz.

¹⁾ Dieses Blatt ist durch die von demselben regelmässig gebrachten wissenschaftlichen Abhandlungen über die Neuerungen auf dem Gebiete des Telegraphen- und Telephonwesens, der Electrotechnik und verwandter Doctrinen, sowie auch durch seine den Telegraphen- und Telephondienst betreffenden Mittheilungen und Besprechungen für den Fachmann von grossem Interesse. (V.-Bl. 1891, S. 489). Dasselbe bietet auch in Bezug auf die Einrichtungen der internationalen Telegraphen insbesondere hinsichtlich der Telegraphen-Gesetze u. dgl. der einzelnen Länder und der Ausbildung des gesamten Telegraphenrechtes — eine Quelle verlässlicher Belehrung.

²⁾ Es thut dringend noth, dass die Taxen für Telegramme und bezw. Telephongespräche im internationalen Verkehre herabgemindert werden. Indem der Staat die Verwaltung des Telegraphen- und bezw. des Telephonwesens in eigene Regie nimmt, darf die Staatsverwaltung es nicht versäumen wie die Post, so auch das Telegraphen- und Telephonwesen, so einzurichten und zu verwalten, dass es dem Charakter eines volkswirtschaftlichen Institutes entspreche und seiner Aufgabe als ein mächtiges Förderungsmittel des Verkehres im vollen Umfange Genüge leiste. (Vergl. Prager Vortragesammlung, I. Heft, S. 5.) Die Telegraphie und Telephonie sollen allgemein zur Anwendung gelangen können. Dies ermöglichen in erster Linie — mässige Gebühren für die Beförderung der Telegramme und bezw. Phonogramme, damit die Benützung des Telegraphen und Telephons nicht nur wohlhabenden Leuten möglich, bezw.

Erforder-
nisse.

auf unerlässlich gebotene Fälle beschränkt bleibe. Nur durch Festsetzung mässiger Telegraphen- und Telephongebühren kann der Telegraph und das Telephon — den eigentlichen Zweck, ein Jedermann zugängliches Institut zu sein, voll und ganz erfüllen.

In Bezug auf die Einhebung der Telegraphen- und Telephon-Gebühren bestehen jedoch derzeit in den verschiedenen Ländern — grosse Verschiedenheiten.

Für den Telegraphen-Verkehr sind zwar auf den internationalen Telegraphen-Conferenzen Vereinfachungen, resp. Vereinheitlichungen der Telegraphen-Tarife zu Stande gekommen und es gelang namentlich auf der Pariser Telegraphen-Conferenz 1890 — den deutschen Vertretern durch besondere Vereinbarungen den Tarif für den Telegraphen-Verkehr Deutschlands mit den übrigen Ländern Europas in der Art einfacher und einheitlicher zu gestalten, dass vom 1. Juli 1891 ab bloss 3 Taxgruppen bestehen, und zwar in der 1. Gruppe: Verkehr mit den angrenzenden Ländern ausser Russland und Frankreich — eine Wortgebühr von 10 Pf., in der 2. Gruppe: Verkehr mit Grossbritannien, Schweden, Norwegen und Italien — eine Wortgebühr von 15 Pf. und in der 3. Gruppe: Verkehr mit den übrigen Ländern und mit Russland — eine Wortgebühr von 20 Pf.

An einer allgemeinen Vereinfachung, resp. Vereinheitlichung der Telegraphen-Gebühren fehlt indess noch viel.

In Oesterreich bewegen sich die Wortgebühren im internationalen Telegraphen-Verkehre bei einer Wortlänge von $10/3$, bzw. $15/5$ von 30 kr. angefangen (Minimalgebühr für ein Telegramm bis 10 Worte im Verkehre mit Deutschland) bis 11 fl. 52 kr. in der Relation „Triest-Cadix-Teneriffa“ im Verkehre mit Mauritius (Grosser Telegraphen-Tarif. 2. Theil, S. 58). Bei den vorstehenden Wortlängen zeigen bekanntlich die Zähler — die Zahl der Buchstaben und die Nenner jene der Ziffern an.

Die Höhe der entfallenden Telegraphen-Taxen im internationalen Telegraphen-Verkehre gestaltet sich überall noch so hoch, dass Minderbemittelte, namentlich von der überseeischen Telegraphie nur in den Fällen grosser Dringlichkeit Gebrauch machen können.

Dies steht mit dem jetzigen Stande der Verkehrsmittel nicht im Einklange und erscheint bei unbefangener Prüfung nicht gerechtfertigt. Es wäre an der Zeit, wenn in dem internationalen Telegraphen-Verkehre endlich der heutige, mehr finanzielle Standpunkt und die weiteren diversesten Bedenken aufgegeben werden würden und durch opferwilliges Vorgehen der einzelnen Vereins-Verwaltungen und loyales Entgegenkommen der verschiedenen Kabel-Gesellschaften — die möglichste Herabsetzung der Telegraphen-Taxen, resp. ein reiner Tarif mit einheitlichen ermässigten Gebühren — zur allgemeinen Annahme gelangen würde. Dann würden die von der deutschen Telegraphen-Verwaltung schon auf der Londoner Telegraphen-Conferenz eingebrachten Vorschläge ihre Erledigung finden, wonach jede Verwaltung die Gesamtgebühr für die aus ihrem Gebiete herrührenden Telegramme ungeheilt beziehen, daraus aber die etwaigen Land- und See-Transit-Gebühren bestreiten soll. Damit würde ferner das so weitläufige und verwickelte Abrechnungsverfahren der einzelnen Staaten entfallen.

In Folge dessen wäre die Benützung des Telegraphen Jedermann und nicht bloss bemittelten Kreisen und der Geschäftswelt zugänglich, der Telegraphen-Verkehr würde sich steigern und ein allfälliger Einnahmeausfall wäre gewiss nicht von Dauer. Uebrigens ist es ein nationalökonomisches Axiom, dass das Geld, welches die Bevölkerung an einer Stelle erspart, an anderer Stelle fruchtbringend wieder in den Verkehr gesetzt wird.

Im Welt-Postvereine haben sich die modernen Principien: Freiheit des Verkehrs, Einheit des Portos und Wegfall der Portotheilung glänzend bewährt; sie haben eine völlige Umwälzung in den internationalen Verkehrsbeziehungen hervorgerufen und es hat der Postverkehr durch sie einen ungeahnten Aufschwung genommen. (Vergl. Rowland Hill's Postreform: Wanka, Postwesen, I. Heft 2. Aufl., S. 58 f.).

Der heutige Telegraphen-Verkehr unterscheidet sich zwar wesentlich von dem Postverkehre, denn der Postverkehr lässt eine gleichzeitige Massenbeförderung von Sendungen zu, während beim Telegraphieren bis jetzt Wort für Wort übermittelt werden muss.

Allein durch die Abschaffung des vorerwähnten, in den Erfolgen so prekären und doch so sehr kostspieligen Abrechnungsverfahrens, durch die thunliche Uebernahme von Privat-Telegraphenanlagen u. dgl. in die eigene Regie der Staaten, durch die Erzeugung von Telegraphen- und Telephonmaterialien in staatlichen Fabriken, durch die weitere Einführung von unterirdischen Telegraphen-Leitungen (vergl. S. 16) unter thunlichster Verwendung von Sili- cium-Broncedraht, durch die Mitbenützung jeder solcher Leitung zum Telephonieren (vergl. S. 26), auch durch Einführung von unterirdischen Blei- kabeln (vergl. S. 26), nicht allein zu Telephon- sondern auch zu Telegraphenzwecken u. a. dürften die Bedingungen zur Ermöglichung der beregten Herabsetzung und bezw. weiteren Vereinheitlichung der Telegraphen-Gebühren gegeben sein.

Die beregte Herabsetzung und bezw. weitere Vereinheitlichung der Telegraphen-Gebühren ist eine wünschenswerthe Forderung und ein dringendes Bedürfnis unserer Zeit. Sie liegt im Interesse einer wesentlichen und wirk- samen Verkehrserleichterung für alle Bevölkerungsklassen.

Wird die Gebührenherabsetzung heute etwa unter dem Prätexte: „Es sei nicht thunlich“ aufgeschoben, so wird sie mit desto elementarer Gewalt in der nächsten Zukunft neuerdings und so häufig herantreten, bis auch auf dem Tele- graphen-Gebiete ein Rowland Hill ersteht!

14 Jahre währte es in England und viel kürzere Zeit in anderen Staaten bis in Folge der Post-Reform die Einnahme der Post in's Gleichgewicht kamen und wie imposant haben sich die Folgen der Reform für die Staatseinnahmen aller Länder gestaltet?!“ —

Im Allgemeinen dürfte sich die Grenze beim Telegraphen-Tarife durch folgende Rechnung ergeben:

Man berechne die Zahl der Telegramme, welche in den einzelnen Staaten die Telegraphenbediensteten in einem Tage (bezw. einem Monate) zu verarbeiten im Stande sind, wenn sie den ganzen Tag ununterbrochen angestrengt arbeiten, berechne die Kosten, welche die Einrichtungen (das Personal, Material u. s. w.)

während derselben Zeit (z. B. eines Tages, bezw. eines Monates) verursachen, dividiere den berechneten Betrag durch die Zahl der Telegramme, der Quozient müsste dann den Mindestbetrag für ein Telegramm ergeben.

Es vertheilen sich zwar die Telegramme nicht gleichmässig auf den ganzen Tag und es gestaltet sich zu gewissen Tageszeiten der Verkehr unverhältnissmässig stark im Vergleiche zum Verkehre zu anderen Tageszeiten, davon kann man jedoch unter Umständen absehen oder mag in Hinblick darauf die Gebühr um einen Prozentsatz erhöht werden.

Im Telephon-Verkehre wird im Local-Verkehre in einigen Ländern die einmalige feste jährliche Gebühr für bestimmte Entfernungen der Theilnehmer von der Vermittlungsanstalt eingehoben, wie in Russland, Japan; in anderen Ländern werden dagegen die Gebühren je nach der Grösse der Städte erhoben, wie in Dänemark, Italien, Grossbritannien. Die Niederlande, Frankreich, Schweden, Norwegen verlangen ausser den nach der Grösse der Städte sich berechnenden Taxen — noch eine besondere Vergütung für die Apparate u. s. w. In den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika ist für die Berechnung der Gebühren, die mehr oder minder häufige Benützung des Telephons oder auch der Umfang der Gespräche massgebend. Für die Benützung — der interurbanen Leitungen (den eigentlichen Fernleitungen) werden eingehoben: in Frankreich — 50 Cts. für je 100 km Entfernung, in Grossbritannien — 3 Pence für je 20 englische Meilen, 6 Pence für 20 — 40 englische Meilen, für jede weiteren 40 Meilen oder einen Theil davon 6 Pence.

In Deutschland beträgt die Jahresmiethe für einen Stadt-Fernsprechanschluss nur 150 Mark bei einer Entfernung der Sprechstelle vom Vermittlungsamte bis 5 Kilometer, für jede ferneren 10 Meter — 3 Mark mehr. Einzelgespräche bis zu 3 Minuten Dauer kosten im Stadt- und Vorortverkehr — 25 Pf., bis 30 Kilometer Entfernung — 50 Pf. auf grössere Entfernungen — 1 Mark, nach dem Auslande — 2 bis 3 Mark. Ausserdem sind im Vor- und Nachbarortverkehre Dauerkarten zu 50 Mark jährlich zu haben. Derlei einheitliche Gebühren erheben auch Belgien, Italien, Luxemburg. Die Einhebung solcher einheitlicher Gebühren erscheint rationell.

Rücksichtlich der Telephon-Gebühren in Oesterreich siehe „Oesterreichische Telephon-Verordnung“ im Anhang A.

Im Telegraphenbetriebe wären unter die besonderen Telegramme weiters Telegramme mit Rückschein (avis de réception) mit dem conventionellen Zeichen „AR“, bei welchen ein Dupplicat der dem Adressaten zugestellten und von ihm unterschriebenen Telegrammausfertigung per Post als Rückschein zurückgesandt werden könnte; dann Telegramme, für welche die Telegraphen-Verwaltung eine Haftung übernimmt, aufzunehmen.

Es thut weiter noth, dass in jedem Postorte zum Mindesten eine Telegraphen-Station mit Telephonbetrieb eingerichtet werde.

Im Interesse der Entfaltung des Telephon-Verkehres erscheint es angezeigt, dass das System van Rysselberghe's (Elektrikers der belgischen Telegraphen-Verwaltung), wonach die Telegraphen-Leitungen gleichzeitig zum Telephonieren benützt werden können möglichst verbessert — allgemein zur Anwendung gelange. Zu den gedachten Leitungen könnte Silicium-Bronce-

In Oesterreich bestehen ausser dem internationalen Telegraphen-Vertrage auch Telegraphen-Special- (Sonder-) Ueber-
 einkommen mit Bosnien und Hercegovina, ddo. 17. Juni 1890 (V.-Bl. 1890 Nr. 87, S. 357), abgeändert durch die Vereinbarung betreffend die Neuregulierung des internen Telegraphen-Ver-
 kehrtes von Oesterreich-Ungarn, sowie jenes zwischen Oester-
 reich-Ungarn und Bosnien-Hercegovina (V.-Bl. 1891 Nr. 118, S. 486 ff.), dann mit den Nachbar-Staaten: *a)* Deutschland, ddo. 1. Juli 1891 (V.-Bl. 1891 Nr. 118, S. 484 ff.); *b)* Rumänien, ddo. Budapest, 24. Dezember 1885 (V.-Bl. 1885 Nr. 74, S. 557 ff.); *c)* der Schweiz, ddo. Berlin, 17. September 1885 (V.-Bl. 1886 Nr. 74, S. 562 ff.); *d)* Montenegro, ddo. Wien, 25. Mai und Cettinje, 23./11. Juni 1886 (V.-Bl. 1886 Nr. 82, S. 597 ff.); *e)* Italien, ddo. Wien, 12. Oktober 1886 (V.-Bl. 1886 Nr. 114, S. 731 ff.); *f)* Serbien, ddo. Wien, 10. August und Belgrad, 23. August u. 1. September 1886 (V.-Bl. 1886 Nr. 117, S. 745 ff.); *g)* Russland, ddo. Paris, 19./7. Juni 1890 (V.-Bl. 1891 Nr. 59, S. 233 ff.).

Special-
Telegraphen-
Verträge.

Die Special-Telegraphen-Verträge regeln innerhalb des all-
 gemeinen Vereines (der Union) — engere telegraphendienstliche Be-
 ziehungen zwischen einzelnen Mitgliedern desselben, sowie zwischen
 solchen und ausserhalb des Vereinsverbandes stehenden Verwaltungen.

Diese Verträge setzen namentlich fest die Taxen (Gebühren)
 für die zwischen den Telegraphen-Stationen der contrahierenden
 Theile gewechselten Terminal-Correspondenzen, die Theilung dieser
 Taxen, die Abrechnung über die gegenseitig zu vergütenden Taxen,
 die kostenfreie Beförderung der Telegramme zwischen den con-
 trahierenden Staaten u. dgl.

Die Bestimmungen des internationalen Telegraphen-Vertrages
 und des jeweilig in Kraft befindlichen zugehörigen Reglements
 finden auf den directen Verkehr zwischen den beteiligten Ge-
 bieten nur insoweit Anwendung, als nicht in dem Special-Vertrage
 — andere Festsetzungen getroffen sind (vergl. V.-Bl. 1891, S. 485).

Zur Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen der Staats-
 Telegraphen-Verwaltung und den Eisenbahn-Gesellschaften in

Eisen-
bahn-Tele-
graphen-
Verträge.

draht verwendet und dieselben zur Verhütung von Inductionsströmen thunlichst
 — unterirdisch angelegt werden. Es ist bekannt, dass derartige Leitungen,
 wenn sie in geeigneter Weise gelegt sind, den Inductionsströmen wenig aus-
 gesetzt sind.

In Belgien wurde das gesammte Telegraphennetz mit der van Ryssel-
 berg'schen Einrichtung ausgestattet und damit ein Fernsprechnetz geschaffen,
 welches den Verkehr von Stadt zu Stadt ermöglicht. (Vergl. Geistbeck, S. 152).

Betreff der Herstellung, Erhaltung und Benützung der für die Zwecke des Eisenbahn-Betriebes erforderlichen Telegraphen-Leitungen bestehen besondere Eisenbahn-Telegraphen-Verträge (Uebereinkommen) wieder:

Telegraphenvertrag zwischen der (bestandenen) k. k. Direction der Staats-Telegraphen im Namen der Staats-Verwaltung einerseits und der Süd-Norddeutschen Verbindungsbahn andererseits, ddo. 23. Mai 1857 (Tel. V.-Bl. 1868 Nr. 13, S. 49 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der k. k. priv. Böhmisches Nordbahn, ddo. 23. November 1867 (Tel. V.-Bl. 188 Nr. 15, S. 67 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der k. k. priv. Kronprinz Rudolfs-Bahn, ddo. 20. Jänner 1868 (Tel. V.-Bl. 1868, S. 74 ff.; neu V.-Bl. 1877, S. 21).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der k. k. priv. Kaiser Franz-Josefs-Bahn, ddo. 11. März 1868 (Tel. V.-Bl. 1868 Nr. 16, S. 83 ff.). Dieser Vertrag ist jedoch in Folge der inzwischen erfolgten Verstaatlichung der Kaiser-Franz-Josefs-Bahn durch die für die Staatsbahnen geltenden Bestimmungen (siehe S. 49 f.) ersetzt.

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Rechte Oderufer-Eisenbahn-Gesellschaft, ddo. 8. Mai 1868 (Tel. V.-Bl. 1868 Nr. 17, S. 104 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft, ddo. 28. Mai 1868 (Tel. V.-Bl. 1868 Nr. 17, S. 95 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Kaschau-Oderberger-Eisenbahn, ddo. 31. Oktober 1868 (Tel. V.-Bl. 1869, S. 13 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Brünn-Rositzer-Eisenbahn, ddo. 29. Dezember 1868 (Tel. V.-Bl. 1869, S. 25 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der k. k. priv. Oesterr. Nordwestbahn, ddo. 7. November 1869 (Tel. V.-Bl. 1869, S. 101 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Ausschl. priv. Buschtährader-Eisenbahn, ddo. 8. März 1870 (Tel. V.-Bl. 1870 S. 89 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Vorarlbergerbahn, ddo. 22. Dezember 1871 (Tel. V.-Bl. 1872, S. 3 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Mähr.-schles. Central-Bahn, ddo. 20. April 1872 (Tel. V.-Bl. 1872, S. 65 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Pilsen-Priesner (Pilsen-Komotauer)-

Eisenbahn, ddo. 27. April 1872 (Tel. V.-Bl. 1872, S. 77 ff.).
(Wie bei Kaiser-Franz-Josef-Bahn, S. 45).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Prag-Duxer-Eisenbahn, ddo. 4. Mai 1872 (Tel. V.-Bl. 1872, S. 87 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Lundenburg-Nikolsburg-Grussbacher-Eisenbahn, ddo. 14. Mai 1872 (Tel. V.-Bl. 1872, S. 215 ff.).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der k. k. priv. Erzherzog Albrecht-Eisenbahn (Tel. V.-Bl. 1873, S. 9).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der k. k. priv. Mährischen Grenzbahn (Tel. V.-Bl. 1873, S. 141).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der k. k. priv. Kaiserin Elisabeth-Eisenbahn (Tel. V.-Bl. 1873, S. 165 und 186).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der k. k. priv. Graz-Köflacher-Bahn (Tel. V.-Bl. 1875, S. 29).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und den k. k. Oesterr. Staatsbahnen (Tel. V.-Bl. 1876, S. 81).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und den k. k. priv. Niederösterr. Südwestbahnen (Tel. V.-Bl. 1877, S. 43).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Salzkammergut-Bahn (Tel. V.-Bl. 1877, S. 21).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der Wien-Pottendorf-Wr.-Neustädter-Bahn (Tel. V.-Bl. 1880, S. 18).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der k. k. priv. Wien-Aspanger-Bahn (Tel. V.-Bl. 1881, S. 13).

Telegraphenvertrag zwischen der k. k. Staatstelegraphen-Direction und der k. k. priv. Bozen-Meraner-Bahn (Tel. V.-Bl. 1881, S. 27). Vergl. Rechtsverhältnis der k. k. Postanstalt zu den Eisenbahnen in Oesterreich. 4. Auflage, Wien, 1895.

Die vorangeführten Eisenbahn-Telegraphenverträge enthalten vornehmlich folgende grundsätzliche Bestimmungen:

Der Bahn-Gesellschaft steht das Recht zu, in allen Bahnhöfen und Haltestellen — Betriebs-Telegraphenbureaux zu errichten. Sie ist jedoch verpflichtet, der Staats-Verwaltung in jedem einzelnen Falle von der beabsichtigten Eröffnung des Telegraphen-Bureau Anzeige zu erstatten.

Grund-
sätzliche
Bestim-
mungen.

Der Bahn-Gesellschaft steht es frei, ein beliebiges Apparat-System für die Bahn-Betriebs-Telegraphen-Bureaux oder als Strecken-Signalement in Anwendung zu bringen.

Für den Fall, dass die Bahn-Gesellschaft ein anderes als das Morse-Apparat-System wählen oder in diesem System Apparate von anderer Construction in Anwendung bringen würde, als bei der Staats-Telegraphen-Verwaltung in Anwendung stehen, verpflichtet sich die Bahn-Gesellschaft, die diesfälligen Controll-Apparate in der, von der Staats-Verwaltung zu bestimmenden Anzahl — unentgeltlich und einen Monat vor ihrer Benützung — der Staats-Verwaltung zu übergeben.

Die Bahn-Gesellschaft verpflichtet sich, bei ihren telegraphischen Correspondenzen sich der von der Staats-Verwaltung angenommenen Zeichen zu bedienen und jede Ergänzung, Vereinfachung oder Anwendung derselben, welche sie für die besonderen Zwecke des Betriebes vorzunehmen wünscht, der Genehmigung der Staats-Telegraphen-Verwaltung zu unterziehen.

Die Bahn-Gesellschaft darf auf den Betriebs-Leitungen nur solche telegraphische Mittheilungen unentgeltlich als Betriebs-Telegramme befördern, welche ausschliesslich Gegenstände ihres commerciellen und technischen Betriebes, ihrer Verwaltung und ihres Bahndienstes betreffen, und welche an die Organe der Gesellschaft oder an Organe der Nachbarbahnen mit Zustimmung der Letzteren gerichtet oder von solchen aufgegeben werden.

Die Bemessung der Gebühren für Privat- und zahlungspflichtige Staats-Telegramme, welche von den Eisenbahn-Betriebs-Stationen befördert werden, sowie die Rechnungslegung hat nach den denselben von Seite der Staats-Telegraphen-Verwaltung jeweilig zukommenden Tarifen und Reglements zu geschehen.

Bei etwaigen Störungen der Staats-Telegraphen-Leitungen müssen alle Staats-Telegramme auf der Betriebs-Leitung gebührenfrei befördert werden. Dagegen wird der Bahn-Gesellschaft zugesichert, dass bei eintretender Unterbrechung der Betriebs-Leitung die Bahn-Telegramme auf dem Staatsdrahte ebenfalls unentgeltlich befördert werden.

Die gedachten Verträge werden auf die Dauer von einem, bzw. von 5, 6 Jahren abgeschlossen und werden, wenn nicht drei Monate vor Ablauf derselben die Kündigung von einem oder dem anderen der vertragschliessenden Theile erfolgt, immer als auf ein weiteres Jahr verlängert angesehen.

Bezüglich der Verfrachtung der Telegraphen-Materialien, Requisiten etc. sind seitens der Staats-Telegraphen-Verwaltung weitere Verträge vereinbart mit der:

Kaiser Ferdinands-Nordbahn, ddo. 25. April 1864 (genehmigt vom k. k. Handels-Ministerium unterm 20. Dezember 1864, Z. 16876/3930);

Oberschlesischen Eisenbahn (Oswiecim-Neuberun), ddo. 31. März 1864 (H.M.E. v. 28. Juli 1864, Z. 1030/2320);
Galizischen Carl-Ludwigs-Bahn, ddo. 14. April 1865 (H.M.E. v. 17. Juli 1865, Z. 9456/1986);

Turnau-Kralup-Prager Eisenbahn, ddo. 6. October 1865 (H.M.E. v. 23. Dezember 1865, Z. 17783/3290);

Vertretung der (königl.) Bayerischen Strecke Asch-Eger, ddo. 10. November 1865 (H.M.E. v. 2. Jänner 1866, Z. 18176/3350 ex 1865);

Bayerischen Ostbahn (Waldsassen-Eger), ddo. 25. Februar 1866 (H.M.E. v. 22. März 1866, Z. 4530/490);

Lemberg-Czernowitz-Jassy Eisenbahn, ddo. 29. Mai 1866 (H.M.E. v. 8. Juli 1866, Z. 9072/1002);

Südbahn, ddo. 18. Mai 1867 (H.M.E. v. 6. Mai 1867, Z. 9467/1124), dieser Vertrag ist auch für die Eisenbahnstrecke Leoben-Vordernberg rechtsgiltig und verbindlich (H.M.E. Z. 1579/E ex 1873);

k. k. priv. Aussig-Teplitzer Eisenbahn, ddo. 15. Mai 1867 (H.M.E. v. 8. Juli 1867, Z. 11466/1392);

Böhmischen Westbahn, ddo. 1. September 1874 (H.M.E. v. 3. November 1875, Z. 33640). Dieser Vertrag ist jedoch in Folge der inzwischen erfolgten Verstaatlichung der Böhmischen Westbahn durch die für die Staatsbahnen geltenden Bestimmungen ersetzt.

Letztere Verträge wurden im Telegraphen-Verordnungsblatte nicht verlautbart.

„Die Bestimmungen über die Herstellung, Erhaltung und Benützung der Telegraphen-Leitungen der k. k. österreichischen Staatsbahnen“ sind im Telegraphen-Verordnungs-Blatte 1876 Nr. 25 enthalten (dieselben sind im Jahre 1894 im Separatabdrucke, versehen mit entsprechenden Anmerkungen herausgegeben worden). Nach diesen Bestimmungen wird die Anlage der längs der k. k. Staatsbahnen zu Betriebszwecken erforderlichen Telegraphen-Leitungen von der k. k. Staats-Telegraphen-Verwaltung für Rechnung des Baufonds der genannten Bahnen besorgt.

Bestimmungen über die Herstellung, Erhaltung und Benützung der Telegraphen-Leitungen der k. k. österreichischen Staatsbahnen.

Die betreffende Anlage hat jederzeit nach dem für die Staats-Telegraphen-Linien in Anwendung stehenden Bausysteme, daher im Wesentlichen derzeit unter Anwendung 4 Millimeter starken, verzinkten Eisendrahtes für die currenten Betriebs-, Glockensignal- und Distanzsignal-Leitungen und 2 Millimeter starken Broncedrahtes für Zuführungen zu den Betriebsgebäuden und Wächterhäusern, bezw. Wächterhaus-Apparaten (H.M.E. vom 5. März 1894, Z. 68485 ex 1893) imprägnierter Säulen, dann von Winkelträgern und Doppelglocken und rücksichtlich der selbständigen Betriebs-Leitungen lediglich in dem Umfange zu erfolgen, welchen die Zwecke der Betriebsleitungen erheischen, alle weiteren Her-

stellungen, welche durch eine etwa nachträglich daran vorzunehmende Zuspannung von Staats-Linien bedingt werden, sind in der Regel von der ersten Anlage der Betriebsleitungen ausgeschlossen (Art. 1).

Die Ausführung von Betriebs-Leitungen erstreckt sich auf die durchlaufenden Linien und die Zuführung der einzelnen Linien zu den Stationen, Wächtern und Distanzscheiben einschliesslich der Verbindung der Sprechlinien mit einer k. k. Telegraphen-Station. In den Zuführungen findet dieselbe ihren Abschluss in der letzten, vor der Station, dem Wächter der eisernen Glockensignal-Bude oder dem Distanzsignale aufzustellenden Säule (H.M.E. vom 5. März 1894, Z. 68485 ex 1893); an dieser Säule werden die (dicken) Drähte abgespannt, mit bis zur Einmündung reichendem 2 Millimeter starkem Broncedraht verbunden, die Verbindungsstellen verlöthet, der Reservedraht wird in einen Kranz gerollt, auf den untersten Winkelträger gelegt und angebunden (Art. 9).

Alle auf der Betriebsleitung beförderten Betriebs-Telegramme müssen wörtlich und ihrem vollen Inhalte nach, die Staats- und Privat-Telegramme dagegen nur mit Angabe des Datums, der Zeit der Beförderung, der Nummer und Adresse bzw. der Aufgabe-Station, in ein paginiertes Protokoll eingetragen werden, dessen Einsicht den hiezu berufenen Organen der Staats-Telegraphen-Verwaltung freisteht (Art. 27.) Es ist gestattet, dass in den grösseren Stationen der unter dem Staatsbetriebe vereinigten Bahnen bei den mittels des Pausverfahrens vervielfältigten Betriebs-Telegrammen das Bleiexemplar — dem Telegraphen-Protokoll beigegeben werde, im Protokolle selbst aber nur die Expeditionsdaten und der Kopf des Telegrammes zur Eintragung gelange. Doch ist es unerlässlich, dass auf den betreffenden Papierstreifen — die einlangenden Telegramme, sowie die Phrasen der abgegebenen Telegramme, stets der Reihenfolge nach übereinstimmend mit dem Protokolle nummeriert werden, und dass im Falle ein solcher Papierstreifen reisst, oder während des Tages eine neue Papierrolle in Verwendung kommen muss, die Verbindungsstelle mit der Unterschrift des diensthabenden Beamten versehen werde (V.-Bl. 1887 Nr. 31).

Diejenigen Telegraphen-Betriebs-Bureaux, welche von der Staatsbahn-Verwaltung mit Genehmigung des k. k. Handels-Ministeriums hiezu speciell bestimmt werden, sind verpflichtet, Privat-Telegramme, welche nach Orten, wo sich ein Staats-Telegraphenamt befindet, oder nach Orten, wohin sie durch Vermittlung eines solchen gelangen können, oder nach anderen Eisenbahn-Betriebs-Telegraphen-Stationen bestimmt sind, soweit dies der Dienst gestattet, anzunehmen und abzutelegraphieren, bzw. zu expedieren.

Zur Annahme, Abtelegraphierung und Bestellung von Staats-

Telegrammen sind alle Eisenbahn-Telegraphen-Stationen verpflichtet (Art. 29).

Beim Zusammentreffen von Bahn-, Staats- und Privat-Telegrammen werden dieselben auf der Bahnbetriebs-Leitung in folgender Rangordnung befördert:

- a) Bahn-Telegramme, welche sich auf die Bewegung der Züge beziehen;
- b) Staats-Telegramme;
- c) Betriebs-Telegramme;
- d) Telegraphen-Dienst-Telegramme und
- e) Privat-Telegramme (Art. 30).

Die Bemessung der Gebühren für Privat- und zahlungspflichtige Staats-Telegramme, welche von den Eisenbahn-Betriebs-Stationen befördert werden, sowie die Rechnungslegung hat von Seite der Staatsbahn-Verwaltung nach den — ihr von der Staats-Telegraphen-Verwaltung jeweilig zukommenden Tarifen und Reglements zu geschehen.

Die Staatsbahn-Verwaltung erhält für die Beförderung der Privat- und zahlungspflichtigen Staats-Telegramme gleich den k. k. priv. Eisenbahn-Gesellschaften die in dem Uebereinkommen zwischen der Staats-Telegraphen-Verwaltung und den Letzteren ddo. April 1868 stipulierten Gebührenantheile (Art. 31).¹⁾

¹⁾ In Deutschland sind durch Bundesrathsbeschluss vom 21. Dez. 1868 den Eisenbahn-Verwaltungen — im Interesse der Reichs-Telegraphie folgende Verpflichtungen auferlegt:

1) Die Eisenbahn-Verwaltung hat die Benützung des Eisenbahn-Terrains innerhalb bestimmter Grenzen zur Anlage von oberirdischen und unterirdischen Reichs-Telegraphenlinien, sowie die Lagerung der zur Unterhaltung der Linien erforderlichen Vorräthe an Stangen auf den dazu geeigneten Bahnhöfen — unentgeltlich zu gestatten.

2) Die Eisenbahn-Verwaltung hat die Reichs-Telegraphenanlagen an der Bahn gegen Entschädigung durch ihr Personal bewachen, bei Beschädigungen vorläufig wiederherstellen, auch von jeder wahrgenommenen Störung der Linien — der nächsten Reichs-Telegraphenstation Anzeige machen zu lassen.

3) Die Eisenbahn-Verwaltung hat bei vorübergehenden Unterbrechungen und Störungen des Reichs-Telegraphen alle Telegramme der Reichs-Telegraphenverwaltung mittels ihres Telegraphen, soweit derselbe nicht für den Eisenbahnbetriebsdienst in Anspruch genommen ist, unentgeltlich zu befördern, wofür die Reichs-Telegraphen-Verwaltung in der Beförderung von Eisenbahn-Telegrammen Gegenseitigkeit ausüben wird.

4) Die Eisenbahn-Verwaltung hat ihren Betriebstelegraphen auf Erfordern des Reichskanzleramtes dem Privattelegramm-Verkehre nach Massgabe der Reichs-Telegraphenordnung zu eröffnen.

Die Benützung der innerhalb des Deutschen Reichs-Telegraphengebietes gelegenen Eisenbahn-Telegraphen zur Beförderung von Telegrammen,

Deutsch-
land:
Verhältnisse
der Tele-
graphie
zu den
Eisen-
bahnen.

welche nicht den Eisenbahndienst betreffen, ist durch das Reglement vom 7. März 1876 geregelt.

Laut §. 2 dieses Reglements dürfen die Eisenbahn-Telegraphenstationen Telegramme annehmen.

- a) wenn keine Reichs-Telegraphenanstalt in demselben Orte ist: von Jedermann;
- b) wenn eine Reichs-Telegraphenanstalt in demselben Orte ist: nur von solchen Personen, die mit dem Zuge ankommen, abreisen oder durchreisen.

Verhältnis
der Tele-
graphie
zur
Strassen-
bau-Ver-
waltung.

Aehnliche Verpflichtungen hat nach §. 28 I Bundesrathsbeschluss vom 26. Juni 1869 — die Strassenbau-Verwaltung in Bezug auf Anlage, Bewachung und Unterhaltung der Bundes-, resp. Reichs-Telegraphenlinien:

1) Die Strassenbau-Verwaltung hat die Benützung des Strassen-Terrains, soweit dies ohne Behinderung des Strassenverkehrs thunlich ist, zur Anlage von oberirdischen und unterirdischen Bundes-Telegraphenlinien — unentgeltlich zu gestatten.

Die Stangen für die oberirdischen Telegraphenlinien werden thunlichst entfernt von den Baumpflanzungen aufgestellt.

2) Die Strassenbau-Verwaltung hat die Bundes-Telegraphenanlagen durch ihr Strassenaufsichts-Personal bewachen und im Falle der Beschädigung nach Anleitung der von der Bundes-Telegraphenverwaltung erlassenen Instruction provisorisch herstellen, auch von jeder wahrgenommenen Störung der Linie der nächsten Bundes-Telegraphenverwaltung Anzeige machen zu lassen. Die Bundes-Telegraphenverwaltung zahlt den mit der Beaufsichtigung und provisorischen Wiederherstellung der Bundes-Telegraphenlinien beauftragten Strassenaufsichtsbeamten — Renumerationen bis zur Höhe von 10 Thalern pro Jahr und Meile durch die Strassenbau-Verwaltung. Die Renumerationen werden von der Bundes-Telegraphenverwaltung innerhalb der vorbezeichneten Grenze für die einzelnen Aufsichtsbeamten nach Massgabe der von denselben im Interesse des Bundes-Telegraphen geleisteten Dienste festgesetzt.

3) Die Strassenbau-Verwaltung hat den mit der Beseitigung von Beschädigungen des Bundes-Telegraphen beauftragten und als solche legitimierten Telegraphenbeamten auf Erfordern und soweit dies thunlich ist, die bei der Unterhaltung der Strasse beschäftigten Arbeiter gegen Zahlung des ortsüblichen Taglohnes zur Disposition zu stellen.

4) Um Störungen der Bundes-Telegraphenlinien durch Berührungen der Leitungsdrähte mit den Strassenanpflanzungen zu vermeiden, hat die Strassenbau-Verwaltung den Wuchs der Anpflanzungen so regulieren zu lassen, dass dieselben nach allen Richtungen hin — mindestens 2 Fuss von den Leitungsdrähten des Bundes-Telegraphen entfernt seien. Die erforderlichen Regulierungen sind in der Regel gleichzeitig mit der im Interesse der Strassenbau-Verwaltung und in den dazu passenden Jahreszeiten stattfindenden Ausäutung für Rechnung der Strassenbau-Verwaltung zu besorgen.

5) Falls aber auf Antrag der Bundes-Telegraphenverwaltung im Interesse derselben besondere Ausäutungen vorgenommen werden müssen, so sind die Kosten von der Bundes-Telegraphenverwaltung zu tragen. Falls bei der Anlage

Zur Ausübung des Telegraphen-Dienstes bestehen ein:

Amtsbehelfe
im Tele-
graphen-
Dienste.

- a) (Grosser) Telegraphen-Tarif (neuester 1893 nach Form des Briefpost-Tarifes). Herausgegeben vom k. k. Handels-Ministerium. Verkaufspreis 25 kr. per Exemplar (V.-Bl. 1893, S. 108), dann Telegraphen-Gebührentarif in Blattform. Letzterer wurde im Jahre 1894 neu aufgelegt. Preis 5 kr. ö. W. (V.-Bl. 1894, S. 443). Vom II. Theile des grossen Telegraphen-Tarifes wurde im Jahre 1896 nach dem Stande vom 1. Jänner 1896 — eine Neuauflage veranstaltet (H.M.E. v. 18. März 1896, Z. 6194).
- b) Reglement für den internationalen Telegraphen-Dienst (V.-Bl. 1891 Nr. 59, S. 237, bzw. Nr. 72, S. 289) nach der Pariser Revision vom 21. Juni 1890 A und B (V.-Bl. 1891 Nr. 78, S. 323), Preis 30 kr. (V.-Bl. 1891, S. 278).
- c) Amtliches Verzeichnis der Telegraphen-Bureaux (Nomenclature des bureaux télégraphiques). Herausgegeben vom Internationalen Bureau der Telegraphen-Verwaltungen, 9. Ausgabe, Bern (September) 1894.

Das vorerwähnte Verzeichnis der Bureaux (Bureaux-Verzeichnis) ist alphabetisch geordnet und soll den verschiedenen Verwaltungen zur Anwendung der internationalen Taxen auf die telegraphischen Correspondenzen dienen.

und Unterhaltung der Bundes-Telegraphenlinien — der Strassenkörper in seinem Planum, seinen Böschungen oder zugehörigen Gräben beschädigt wird, erfolgt die Wiederherstellung nach Anweisung der Strassenbau-Verwaltung für Rechnung der Bundes-Telegraphenverwaltung.

Für den bei den gedachten Herstellungs-, bzw. Unterhaltungsarbeiten der Grasnützung auf den Böschungen und in den Gräben zugefügten Schaden hat die Strassenbau-Verwaltung Anspruch auf Entschädigung nicht zu erheben.

6) Die Strassenbau-Verwaltung verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Verpachtung der Nutzung von Baumpflanzungen oder bei käuflicher Ueberlassung derselben — die beteiligten Personen vor Beschädigungen der Bundes-Telegraphenanlagen mit dem Bemerken gewarnt werden, dass sie eventuell zum Schadenersatz würden herangezogen werden. Desgleichen verpflichtet sich die Strassenbau-Verwaltung — ihre Aufsichtsbeamten anzuweisen, bei Ausübung ihres Dienstes darüber zu wachen, dass die Nutzung oder das Fällen von Bäumen seitens der Berechtigten mit Vorsicht bewirkt werde, in allen Fällen aber, wo bei solcher Gelegenheit — Bundes-Telegraphenanlagen beschädigt werden und das Nähere hierüber zu ihrer Kenntnis gelangt, der nächsten Bundes-Telegraphenstation Anzeige zu machen.

Dasselbe enthält 3 Spalten auf jeder Seite mit je 2 Colonnen. In der ersten Colonne sind die Bureaux in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Die zweite Colonne enthält die nöthigen Angaben für die Anwendung der Taxen, nebst der Bezeichnung der geographischen Lage zur Orientierung für die Beamten und das Publikum, nämlich die Angabe des Staates, oder des Telegraphen-netzes, welchem jedes Bureau angehört, meistens auch mit vorangehender Bezeichnung der staatlichen Unterabtheilung (Departement, Provinz, Kommitat, Kanton etc.), wodurch die geographische Lage genau bestimmt wird, z. B. Bohème, Autriche; Seine et Marne, France; Potenza, Italie; Saros, Hongrie; Vand, Suisse etc. Siehe: „Bemerkungen und Erläuterungen“ in dem Bureaux-Verzeichnisse.

Mit diesem Verzeichnisse werden sämtliche k. k. Post- und Telegraphen-Aemter und Eisenbahn-Telegraphen-Stationen theilhaft.

Die k. k. Post- und Telegraphen-Aemter haben sich mit den erwähnten „Bemerkungen und Erläuterungen“ zum Zwecke der richtigen Handhabung des Verzeichnisses eingehend vertraut zu machen (H.M.E. v. 7. Juli 1887, Z. 20481). Die in diesem Amtsbehefte eintretenden Aenderungen werden durch besondere, alle zwei Monate erscheinende Nachträge (Annexe) verlautbart; letztere enthalten einerseits die, in der Zwischenzeit neu eröffneten Telegraphen-Stationen (*Bureaux nouvellement ouverts*), andererseits die bezüglich der bestehenden Telegraphen-Stationen eingetretenen, im Verzeichnisse selbst mit der Feder einzutragenden Aenderungen (*Modifications et corrections*). Diese Nachträge sind dem Verzeichnisse beizulegen und haben mit demselben ein Ganzes zu bilden. Nach dem Eintreffen des mit Schluss eines Jahres herauszugebenden, sämtliche während des betreffenden Jahres neu eröffneten Telegraphen-Stationen in alphabetischer Reihenfolge enthaltenden Nachtrages (*Annexe récapitulative*) sind die vorhergehenden einzelnen Nachträge ausser Gebrauch zu setzen (V.-Bl. 1887, S. 292; V.-Bl. 1891, S. 210). Einzelne Exemplare des Verzeichnisses sind bei der k. k. Post-Oeconomie-Verwaltung in Wien zum Preise von 1 fl. 40 kr. per Exemplar erhältlich, die alle zwei Monate erscheinenden einschlägigen Nachträge (Annexes) werden unentgeltlich nachgeliefert.

Von dem Internationalen Telegraphen-Bureau ist weiters (in Gemässheit des Artikels VIII, §. 2 des vorbezeichneten Telegraphen-Reglements) hinausgegeben worden ein:

- d) Amtliches Wörterbuch für die Abfassung von Telegrammen in verabredeter Sprache. Bern, 1894
Verkaufspreis 5 fl. ö. W.

In Bezug auf die Abfassung der Telegramme sind zwei Hauptarten von Sprachen zu unterscheiden: die offene und die geheime; die letztere zerfällt wieder in drei Unterarten: die verabredete, die chiffrierte (d. i. lediglich mit Verwendung von Ziffern geführte) und die Sprache in Buchstaben mit geheimer Bedeutung (V.-Bl. 1891, S. 233, Punkt 2). Die Staaten können die Zulassung der Telegramme in verabredeter Sprache sowohl beim Abgang als beim Empfang verweigern (Art. VI des Regl.). Die Beförderung und den Empfang der Telegramme in verabredeter Sprache verweigern: Bosnien-Herzegovina, Bulgarien, Rumänien, Serbien, die Türkei.

Unter „Telegramme in verabredeter Sprache“ versteht man solche, in welchen Wörter angewendet sind, welche, obwohl jedes Wort für sich eine selbstständige Bedeutung hat, dennoch keine für die correspondierenden Stationen verständlichen Sätze bilden. Bei Abfassung von derlei Telegrammen sind die in Anwendung gebrachten Wörter — eigenen (Privat-)Wörterbüchern, welche für die internationale Correspondenz in verabredeter Sprache zugelassen wurden, oder dem oben angeführten amtlichen (officiellen) Wörterbuche zu entnehmen.

Dieses amtliche Wörterbuch besteht aus einem Bande, in welchem die, den diesfalls zugelassenen acht Sprachen, nämlich: Deutsch, Englisch, Französisch, Holländisch, Italienisch, Portugiesisch, Spanisch und Lateinisch entnommenen Wörter — ungefähr 234.000 — aufgeführt sind.

Die Wörter sind Wörterbüchern der zugelassenen Sprachen entnommen wie: Sanders, Wörterbuch der deutschen Sprache, 2. Abdruck, 3 Bde. Leipzig, Verlag von Otto Wigand, 1876. Georges, Ausführliches lateinisch-deutsches Hand-Wörterbuch, 7. Auflage, 4 Bände. Leipzig 1879. Schuster et Régnier, Nouveau Dictionnaire des langues française et allemande. Leipzig, J. J. Weber 1888 u. s. w. Zur Erreichung des mit der Hinausgabe des amtlichen Wörterbuches beabsichtigten Zweckes wurde bei der Auswahl der Wörter von allzu kurzen, dann von solchen abgesehen, welche mit bereits eingetragenen in der Ausdrucksform — eine grosse Aehnlichkeit besitzen, namentlich aber auch von solchen, welche bei der Beförderung auf dem Morse-Apparate in Folge des möglichen Zusammenfliessens von Punkten und Strichen allzu leicht zum fehlerhaften Ablesen Veranlassung bieten könnten (vergl. V.-Bl. 1891, S. 294, Punkt 4). Die ausgewählten Wörter haben wenigstens fünf und höchstens zehn Buchstaben, wie: Aabam, Abdederam, Abendblume u. s. w. Unter den Buchstaben des Alphabetes gelangten bloss diejenigen zur Verwendung, welche durch Art. X, §. 2 des Regl. als dem Morse und Hughesapparate gemeinsam — erklärt wurden. Die Umlaute

ä, ö, ü sind sonach durch die doppelten Buchstaben ae, oe, ue ersetzt.

Die Gesammtheit der Wörter des amtlichen Wörterbuches ist in einer einzigen alphabetischen Reihe geordnet und die Wörter sind fortlaufend mit 6 Ziffern nummeriert, ausgehend von 000 000. Die drei — die Tausender darstellenden Ziffern finden sich oben über der Mitte jeder Seite und die Hunderter, Zehner und Einer vor den Wörtern. Das Wort „gazifero“ zum Beispiele, welches sich auf der Seite 336 des Wörterbuches findet, besitzt die Ordnungsnummer am Kopfe der Seite 083 und zu seiner Linken 811, es trägt somit die Nummer 83 811. Nach je 10 nummerierten Wörtern folgen zwei ohne Nummer, diese letzteren haben je loch in allen übrigen Bezeichnungen — den gleichen Werth wie die nummerierten.

Die Eigennamen dürfen bei der Zusammenstellung der gedachten (Privat-)Wörterbücher nicht verwendet werden, ausgenommen des vorbesagten amtlichen (officiellen) Wörterbuches. Sie werden in Telegrammen, welche in verabredeter Sprache nach anderen Wörterbüchern abgefasst sind, nur nach ihrem gewöhnlichen Sinne (in offener Sprache) zugelassen.

Die Wörter in offener Sprache, welche im Texte eines gemischten, aus Wörtern der offenen und der verabredeten Sprache zusammengesetzten Telegramms enthalten sind, werden bis zur Höhe von zehn Buchstaben für ein Wort gezählt. Enthält ein solches Wort mehr als zehn Buchstaben, so wird der Ueberschuss bis zu je weiteren zehn Buchstaben für ein Wort gerechnet (Art. XX des Regl.). Siehe Vorrede zum obigen amtlichen Wörterbuche.

Das besagte amtliche (officielle) Wörterbuch ist — als mit dem 1. Jänner 1895 hinausgegeben — anzusehen (H.M.E. vom 20. December 1894, Z. 62 156). Die Benützung dieses Behelfes soll nach Ablauf eines Zeitraumes von drei Jahren von dem vorerwähnten Tage der Herausgabe desselben anfangen, für den europäischen Telegraphen-Verkehr verbindlich (obligatorisch) werden, wogegen sie für den ausser-europäischen Verkehr — freigestellt (fakultativ) bleibt. (Vergl. V.-Bl. 1891 Nr. 72, S. 294, Punkt 4.)

Das Aufgabe-Amt (die Ursprungs-Station) kann die Vorweisung des Wörterbuches verlangen, um die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen zu controlieren und die Echtheit der angewendeten Worte zu überprüfen. (Siehe Grosser Telegraphen-Tarif ex 1891, S. 7).

Das officiële Wörterbuch kann im Wege der k. k. Post- und Telegraphen-Directionen bezogen werden, es ist jedoch dem k. k. Handels-Ministerium die Firma, bezw. der Name des Bestellers, bekanntzugeben.

Zur Ausübung des Telephon-Dienstes bestehen provisorische Instructions: Amtsbehelfe
im
Telephon
Dienste.

- a) für den Dienst bei k. k. Telephon-Stellen und insbesondere bei Centralen (1888);
- b) für die Benützung staatlicher Telephon-Abonnentenstationen (1890);
- c) für die Abrechnung zwischen einer Telephon-Centrale und den angeschlossenen Abonnenten-Stationen (herausgegeben vom k. k. Handels-Ministerium 1888); dann
- d) für den Dienst bei den k. k. Telegraphen-Stationen mit Telephonbetrieb, ddo. 14. Oktober 1891. (Herausgegeben vom k. k. Handels-Ministerium 1891; siehe: Circ.-V.-Bl. für Böhmen Nr. 359).

In Bezug auf die vorzunehmenden Untersuchungen der oberirdischen Telegraphen- und Telephon-Leitungen (Widerstandsmessungen u. dgl.) besteht die Instruction vom Februar 1892.¹⁾

Von der k. k. Post- und Telegraphen-Direction für Böhmen wurde, gemäss den mit dem Erlasse des k. k. Handels-Ministeriums, ddo. 18. November 1893, Z. 27 794, für die Organisation des Betriebsdienstes in den Telephon-Centralen festgesetzten Grundsätzen, herausgegeben: Provisorische Instruction für die Betriebsleiter der k. k. aerarischen Telephon-Centralen in Böhmen.

Diese Instruction (Dienstvorschrift) enthält im Allgemeinen diejenigen Vorschriften, welche den Telephon-Betriebsleitern, ihren Stellvertretern und Gehilfen bei der Ausführung der ihnen obliegenden Amtsgeschäfte zur Richtschnur zu dienen haben. Die in diesen Vorschriften enthaltenen Anordnungen sind aber, insoferne sie die Thätigkeit anderer als der genannten Organe betreffen, auch von den letzteren zu beobachten.

Laut §. 1 der Instruction wird in allen grösseren Centralen (mit über 50 Abonnenten) für den Telephondienst — ein Vorstand oder selbständiger Betriebsleiter bestellt, welcher in administrativer und betriebsdienstlicher Richtung — dem Vorstande des Post- und Telegraphenamtes untergeordnet ist.

Der Betriebsleiter führt nach Massgabe der Bestimmungen der Telephon-Verordnung vom 7. Oktober 1887 (V.-Bl. 1887 Nr. 85) und der übrigen in Kraft stehenden Vorschriften — die Oberaufsicht über den gesamten Dienstbetrieb und sorgt für die Aufrechterhaltung des ungestörten technischen Betriebes der Centrale und der Abonnentenstationen. Er stellt Anträge über die

¹⁾ Die oben angeführten Amtsbehelfe können durch die k. k. Hof- und Staatsdruckerei, bezw. die k. k. Postökonomie-Verwaltung in Wien bezogen werden (V.-Bl. 1891, S. 278; V.-Bl. 1894, S. 536).

nothwendig gewordenen Erweiterungen der Telephonanlagen, über Verbesserungen in der technischen Einrichtung der Centrale sowie über Verbesserungen im Betriebsdienste (§. 2 der Dienstvorschrift.¹⁾)

Weiters besteht:

Die Instruction zur Prüfung der elektrischen Eigenschaften von Kabeln, sowie zur Ortsbestimmung von Fehlern in denselben. Wien im Mai 1894.

Das Verzeichnis der Leitungen des österreichischen Telegraphen- und interurbanen Telephon-Netzes nebst den in denselben eingeschalteten Telegraphen- und Telephon-Stationen.

Dieses Verzeichnis enthält:

- I. Die Staats-Telegraphen-Leitungen (internationale Leitungen, Reichs-Leitungen, Omnibus-Leitungen, Leitungen für Telegraphen-Stationen mit Telephon-Betrieb, interurbane Telephon-Leitungen).
- II. Die Eisenbahn-Telegraphen-Leitungen für den allgemeinen Telegraphen-Verkehr nebst dem dazu gehörigen Index.
- III. Die Uebersicht der Staats-Telegraphen-Stationen mit den Nummern der bei denselben eingeführten Staats-Telegraphen-, Staats-Telephon- und Eisenbahn-Telegraphen-Leitungen des österreichischen Telegraphen- und interurbanen Telephon-Netzes.²⁾

¹⁾ In Vorbereitung stehen:

- a) Instruction für Telephon-Mechaniker,
- b) Instruction für Telephon-Monteurs und
- c) Instruction für Telephon-Leitungs-Aufseher.

²⁾ Für die internationalen Leitungen sind die Nummern 1—100, für die Reichs-Leitungen 101 bis 300, für die Omnibus-Leitungen 301 bis 850, für die Leitungen für Telegraphen-Stationen mit Telephon-Betrieb — die Nummern 851 bis 900, für die interurbanen Telephonleitungen 901 bis 1000, für die Eisenbahn-Telegraphen-Leitungen für den allgemeinen Telegraphen-Verkehr endlich die Nummern über 1000 bestimmt.

Die Columnen, betreffend die Staats-Telegraphen-Leitungen (I) enthalten die Angaben: Nummer der Leitung (österreich. und anschliessenden), Länge der Leitung auf österreich. Gebiete in Kilometern, Benennung der Leitung. Zur Correspondenz eingeschaltete Stationen, Untersuchungsstationen, Betriebs-System. Die Columnen rücksichtlich der Eisenbahn-Telegraphen-Leitungen für den allgemeinen Telegraphen-Verkehr (II) enthalten die Angaben: Bezeichnung der Bahn. Benennung der Leitungen. Eingeschaltete Bahnstationen für den allgemeinen Telegraphen-Verkehr. Vermittelnde Staats-Telegraphenstationen.

Die Betriebs-Systeme sind mit H (= Hughes-Apparat), HD (= Hughes-Duplexapparat) HT (= Hughes-Translation), MT (= Morse-Translation) R (= Ruhestrom) angegeben.

Die Aenderungen in dem internationalen Telegraphen-Reglement, dann in den dazu gehörigen Tax-Tabellen, sonach auch in dem grossen Telegraphen-Tarife, bzw. in dem Telegraphen-Tarife in Blattform u. s. w. werden durch die Post- und Telegraphen-Verordnungsblätter verlautbart (siehe V.-Bl. 1894, Nr. 121, S. 555 u. ff.; 1895, S. 21, 81, 527).

Die Telegraphen- und bzw. Telephon-Einrichtungen müssen nach Massgabe der ihnen zukommenden Verkehrsbedeutung im Interesse der ungehinderten und ungestörten Benützung strafrechtlich geschützt werden.¹⁾ Die diesfälligen Strafbestimmungen haben sich auf die dem Staate zustehenden Regal- resp. Monopolrechte, auf die Wahrung des Telegraphen- und bzw. des Telephongeheimnisses, sowie auf Schädigung und Eingriffe in die gedachten Rechte, auf die Beschädigung der Anlagen u. dgl. zu erstrecken.²⁾ Es erscheint zweckmässig, den beregten strafrechtlichen Schutz — gesetzlich zu statuieren (wobei wegen des veränderlichen Charakters der Telegraphen- und Telephon-Technik eintretendes Falls die Rechtsanalogie anzuwenden wäre).³⁾ In der gedachten strafrechtlichen Beziehung wird die

Telegraphen-
und
Telephon-
Straf-
recht.

Zu den Behelfen im Telephon-Dienste gehört auch:

Das Oesterreichische Telephon-Adressbuch. Herausgegeben vom volkswirtschaftlichen Verlage Alexander Dorn in Wien.

Jeder Abonnent des mit Wien interurban verbundenen Telephonnetzes erhält ein Exemplar des vorerwähnten Adressbuches kostenfrei zugestellt. (H.M.E. 7./5. 1894, Z. 15.555).

¹⁾ Morse (siehe S. 10) schrieb in einem für die Telegraphen-Conferenz zu Rom (1871) bestimmten Schreiben an Cyrus Field, Vertreter der englischen Privat-Telegraphen-Unternehmung: „Wie wichtig ist es nicht im Verkehre zwischen den Nationen den Weg zur unmittelbaren Nachrichtenvermittlung und Verständigung — stets offen zu erhalten. Möchte doch die Conferenz durch ihr Votum, dem Verlangen Ausdruck geben, dass die Telegraphie in den Lüften wie unter den Wassern, im Kriege und im Frieden — als eine geheiligte Sache angesehen, und durch einmüthiges Einverständnis gegen jede Zerstörung und Beschädigung geschützt werde.“

²⁾ Hierbei wäre auch der Versuch von Schädigung u. dgl. als strafbar zu erklären.

³⁾ In Deutschland sind in Bezug auf die Sicherung der Telegraphen-Anlagen gegen Beschädigung durch das Reichs-Strafgesetzbuch folgende Bestimmungen getroffen.

I. Wer vorsätzlich und rechtswidrig den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphen-Anlage dadurch verhindert oder gefährdet, dass er Theile oder Zubehörungen derselben beschädigt oder Veränderungen daran vornimmt, wird mit Gefängnis von Einem Monat bis zu drei Jahren bestraft (§. 317 Str.G.B.).

II. Wer fahrlässiger Weise durch eine der vorbesagten Handlungen den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphen-Anlage ver-

Telephon-Einrichtung — der Telegraphen-Einrichtung gleichgestellt.¹⁾

Litteratur.

Aus der Litteratur über das Telegraphen- und Telephonwesen werden hier angeführt:

Urbanitzki, Die Elektrizität im Dienste der Menschheit. Leipzig und Wien (Hartlebens Verlag) 2. Auflage 1894.

Jüllig, Die Kabeltelegraphie. Wien (Hartlebens Verlag) 1884.

Pawel, Die physikalischen und technischen Doctrinen des Telegraphen-Dienstes. Brünn, 1893 (V.-Bl. 1893 Nr. 111, S. 476).

Hugo Leeb und Jos. Al. Mayer, Der Telegraphen- und Telephondienst in Oesterreich mit Atlas. Wien, 1893. (V.-Bl. 1893 Nr. 68, S. 290).

Kral, Handbuch des Staats-Telegraphendienstes. 6. Aufl. Budweis, 1893 (Selbstverlag des Verfassers; vergl. V.-Bl. 1888 Nr. 112).

hindert oder gefährdet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldbusse bis zu 900 Mark bestraft.

Gleiche Strafe trifft die zur Beaufsichtigung und Bedienung der Telegraphen-Anlage und ihrer Zubehörungen angestellten Personen, wenn sie durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten den Betrieb verhindern oder gefährden (§. 318 Str.G.B.).

Unter Telegraphen-Anlagen im Sinne der vorbezeichneten §§. 317 und 318 sind Fernsprechanlagen mitbegriffen (§. 318a Str.G.B.).

III. Wird einer der im §. 318 erwähnten Angestellten wegen einer der in diesem Paragraphen bezeichneten Handlungen verurtheilt, so kann derselbe zugleich für unfähig zu einer Beschäftigung im Telegraphen-Dienste oder in bestimmten Zweigen dieses Dienstes erklärt werden.

IV. Die Vorsteher einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphen-Anstalt, welche nicht sofort nach Mittheilung des rechtskräftigen Erkenntnisses die Entfernung des Verurtheilten bewirken, werden mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher für unfähig zum Telegraphendienst erklärt worden ist, wenn er sich nachher bei einer Telegraphen-Anstalt wieder anstellen lässt, sowie diejenigen, welche ihn wieder angestellt haben, obgleich ihnen die erfolgte Unfähigkeitserklärung bekannt war.

Das schweizerische Bundesstrafrecht vom 4. Hornung 1853 enthält im Artikel 66 folgende Bestimmung: Handlungen, durch welche die Benützung der Telegraphenanstalt zu ihrem Zwecke gehindert oder gestört wird (Wegnahme, Zerstörung oder Beschädigung der Drahtleitung oder der Apparate oder der sonstigen Zugehöre, die Verbindung fremdartiger Gegenstände mit der Drahtleitung, die Verhinderung der Telegraphen-Angestellten in ihrem Dienste u. s. w.) werden mit Gefängnis bis auf ein Jahr verbunden mit einer Geldbusse, und wenn in Folge der gestörten Benützung der Anstalt — ein Mensch bedeutend verletzt oder sonst ein erheblicher Schaden angestiftet worden ist, mit Zuchthaus bis auf 3 Jahre bestraft.

¹⁾ Das belgische Telephon-Gesetz vom 11. Juni 1883 bestimmt im Art. 3: „Toute personne qui sans être munie d'une concession régulière exploite, moyennant péage une ligne télégraphique ou téléphonique est punie d'une amende de 100 à 500 fr. (Wer ohne eine besondere Concession hiezu zu besitzen, eine Telegraphen- oder Telephonlinie unterhält, wird mit einer Busse von 100 bis 500 Frcs. bestraft.)

Kral, Elemente des Staats-Telegraphendienstes. 19. Aufl. Budweis, 1893 (Selbstverlag des Verfassers; vergl. V.-Bl. 1888 Nr. 112).

Sammlung der bei der Post- und Telegraphen-Direction in Prag gehaltenen Vorträge über den administrativen Dienst bei der k. k. Post- und Telegraphen-Anstalt 3. Band. Prag, 1887 (V.-Bl. 1887 Nr. 21).

Lehnert, Der administrative Telegraphendienst. Bregenz, 1890 (V.-Bl. 1890, S. 160).

Biegler, Der österreichische Telegraphen-Bau. Mit 172 Abbildungen. Wien, 1883. (V.-Bl. 1883 Nr. 97, S. 608).

Pohl, Störungen in Telegraphenleitungen. Wien, 1893.

R. v. Fischer-Treuenfeld, Kriegstelegraphie. Geschichtliche Entwicklung etc. Stuttgart, 1879.

Sack, Der Druck-Telegraph Hughes. Seine Behandlung und Bedienung. 2. Auflage. Wien, Pest, Leipzig 1884.

Ružička, Der praktische Telegraphist. Prag, 1892.

Ronzal, Schemalehre in Wort und Bild. Vollständige Sammlung aller in der Praxis vorkommenden Schemata (System Morse). Brünn, 1889 (Selbstverlag des Herausgebers).

Lang, Telegraphische Schreib- und Lesebibel für angehende Post-Verkehrsbeamte. Prag 1896 (V.-Bl. 1896, S. 142).

Knies, Der Telegraph als Verkehrsmittel. Tübingen, 1857.

Sax, Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirthschaft. Wien 1878 (Hölders Verlag): Bd. I, S. 211, dann 313 bis 372.

Das Staats-Telephon in Oesterreich. Prag, 1889. Separatabdruck aus der Sammlung der bei der k. k. Post- und Telegraphendirection in Prag abgehaltenen Vorträge über den administrativen Dienst bei der k. k. Post- und Telegraphen-Anstalt. Prag, 1887 (V.-Bl. 1887 Nr. 21).

Ružička und Nič, Das Telephon, dessen Entstehen, Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Verwendung. Für den ausübenden Telephon-Beamten sowie für Telephon-Abonnenten und alle anderen Interessenten. Prag, 1896.

Aus der juristischen Litteratur: Serafini, Il telegrafo in relazione alla giurisprudenza civile et commerciale. Pavia, 1862. Diese treffliche Monographie (das erste Buch über Telegraphenrecht) ist auch in deutscher Uebersetzung von Leone Roncali, Wien 1865 erschienen. An dieses Buch reiht sich als das erste und zugleich das beste auf diesem Gebiete in deutscher Sprache erschienene Buch:

Meili, Das Telegraphenrecht. Eine civilistische Abhandlung. 2. Auflage. Zürich, 1873.

Meili, Das Telephonrecht. Eine rechtsvergleichende Abhandlung. Leipzig, 1885.

Dambach, Das Telegraphen-Strafrecht. Berlin, 1872.

Die weitere Litteratur über das Telegraphenwesen ist zusammengestellt in Meili's Brochüre, Das Recht der modernen Verkehrs- und Transportanstalten. Leipzig 1888, S. 101 ff.

Die Vertragsurkunden der Telegraphen-Conferenzen von Paris, Wien, Rom und St. Petersburg etc. (vergl. S. 39) nebst den beigeschlossenen Reglements, sowie die Protokolle der betreffenden Conferenz-Verhandlungen bilden die bedeutendste Quelle für das internationale Telegraphenrecht. Neben ihnen kommen in Betracht die Special-Telegraphen-Verträge, dann die Concessions-Urkunden, welche den grossen Privat-Telegraphen-Gesellschaften für ihre internationalen Telegraphen-Anlagen von den dabei beteiligten Staaten gewährt wurden.

Die staatsrechtlichen und die völkerrechtlichen Verhältnisse der Telegraphie und bezw. Telephonie harren bis zur Zeit — einer umfassenden wissenschaftlichen Erörterung.

Anhang A.

Verordnung des Handelsministeriums

vom 7. October 1887,

betreffend die

Herstellung und Benützung von Telephonanlagen

im

Anschlusse an den Staatstelegraphen.¹⁾

I. Herstellung und Zweck.

§. 1. Die Herstellung von Telephonanlagen, durch welche Verwaltungsbureaux, Fabriksetablissemments, Geschäftslocale aller Art, dann Bahnhöfe, Hotels, Theater u. dergl., endlich einzelne Wohnungen den unmittelbaren Anschluss an ein Staatstelegraphenamt erhalten sollen, wird auf fallweises Ansuchen ausschliesslich von der Post- und Telegraphen-Verwaltung bewirkt.

Solcherart hergestellte Telephonanlagen bilden eine Fortsetzung des Staatstelegraphen, sind als solche Eigenthum des Staates und werden den betreffenden Theilnehmern (Abonnenten) zum Behufe der telephonischen Correspondenz gegen Entrichtung bestimmter Gebühren zur Benützung überlassen.

§. 2. Das Staatstelegraphenamt, an welches eine oder mehrere Telephonleitungen angeschlossen sind, wird in dieser Verordnung mit dem Ausdrücke „Centrale“ bezeichnet.

¹⁾ Die oben bezogene Telephon-Verordnung ist vom k. k. Hofrath Josef Langer, gew. k. k. Ober-Baurath in Prag, unter Mitbenützung einer gediegenen Privatarbeit des derzeitigen k. k. Sectionsrathes im k. k. Handels-Ministerium Dr. Karl Benesch eingehend erläutert in der Sammlung der bei der k. k. Post- und Telegraphen-Direction in Prag gehaltenen Vorträge über den administrativen Dienst bei der k. k. Post- und Telegraphen-Anstalt, S. 1177—1314. (Vergl. I. Heft, S. 29).

Dieser Commentar ist auch im Separatabdrucke unter dem Titel „Das Staats-Telephon in Oesterreich.“ Prag 1889, erschienen. (Verlag der k. k. Post- und Telegraphen-Direction für Böhmen). Vergl. S. 65.

§. 3. Nach Erfordernis werden an ein Staatstelegraphenamt mittelst besonderer Drahtleitungen auch öffentliche Sprechstellen angeschlossen. Dieselben erhalten die Bezeichnung „K. k. Telephonstelle“.

§. 4. Die Centralen¹⁾ sind immer zugleich auch öffentliche Sprechstellen.

§. 5. Die für Theilnehmer²⁾ hergestellten Telephonanlagen dienen zu folgenden Zwecken:

- a) zur telephonischen Abgabe von Telegrammen, welche für den Theilnehmer bei der Centrale einlangen;
- b) zur telephonischen Aufgabe von Telegrammen, welche vom Theilnehmer ausgehen und durch die Centrale weiter befördert werden sollen;
- c) zur telephonischen Abgabe solcher Nachrichten, welche für den Theilnehmer bei einer öffentlichen Sprechstelle schriftlich aufgegeben werden oder bei der Centrale mit der Post (in Briefen oder auf Correspondenzkarten) oder mit der Pneumatik einlangen;
- d) zur telephonischen Aufgabe solcher Nachrichten, welche vom Theilnehmer ausgehen und durch die Centrale schriftlich mittelst Boten (Dienstmänner, Expressen u. s. w.) oder mit der Post (in Briefen oder auf Correspondenzkarten) oder mit der Pneumatik weiter befördert werden sollen;
- e) zum telephonischen Sprechen mit den an die Centrale angeschlossenen öffentlichen Sprechstellen;
 ferner falls durch den Anschluss mehrerer Theilnehmerleitungen an ein und dasselbe Staatstelegraphenamt ein Telephonnetz entstanden ist,
- f) zum telephonischen Sprechen zwischen den einzelnen Theilnehmern,
 endlich, falls die Anlage an eine interurbane Telephonlinie angeschlossen ist,
- g) zum telephonischen Sprechen auf der interurbanen Linie.

§. 6. Es wird jedem Theilnehmer ausdrücklich freigestellt, seine Telephonanlage nur zu einem oder dem anderen der im vorstehenden Paragraph bezeichneten Zwecke zu benützen, sowie auch von seinen Wohnungsgenossen, Angestellten oder Bediensteten benützen zu lassen.

§. 7. Öffentliche Sprechstellen [§§: 3 und 4] können von Jedermann zu folgenden Zwecken benützt werden:

- a) zum telephonischen Sprechen mit der Centrale;
- b) zum telephonischen Sprechen mit Theilnehmern des betreffenden Telephonnetzes;

¹⁾ Durch die Centralen wird die Möglichkeit geboten, mit einer grossen Zahl von Theilnehmern in telephonischen Verkehr zu treten.

²⁾ „Theilnehmer“ sind diejenigen, welche sich an die staatlichen Telephon-Centralen mit besonderen Leitungen zur telephonischen Correspondenz anschliessen lassen.

- c) zum telephonischen Sprechen mit einer anderen öffentlichen Sprechstelle;
- d) zur schriftlichen Aufgabe von Telegrammen;
- e) zur schriftlichen Aufgabe solcher Nachrichten, welche durch die Centrale schriftlich mittelst Boten oder mit der Post oder Pneumatik weiter befördert oder an einen Theilnehmer telephonisch abgegeben werden sollen;
endlich, falls die öffentliche Sprechstelle an eine interurbane Telephonlinie angeschlossen ist,
- f) zum telephonischen Sprechen auf der interurbanen Linie.

§. 8. Nachrichten, welche in der im §. 5 unter c) und d) sowie im §. 7 unter e) bezeichneten Weise vermittelt werden, werden in dieser Verordnung „Phonogramme“¹⁾ benannt.

II. Gebührensätze.

§. 9. Für die Herstellung, Instandhaltung und Benützung der Telephonanlagen haben die Theilnehmer bis auf Weiteres die nachstehend aufgeführten Gebühren zu entrichten:

- a) Beitrag zu den Kosten der Leitung und der nöthigen Vor- und Installationsarbeiten (Baugebühr):
für Strecken bis 500 Meter 50 fl.
für weitere je 100 Meter 10 „
Dem Theilnehmer kann ausnahmsweise die Entrichtung der Baugebühr auch in höchstens fünf Jahresraten bewilligt werden; in diesem Falle wird ein angemessener Zuschlag zu dieser Gebühr eingehoben.
- b) Gebühr für Beistellung der erforderlichen Apparate (Stationsgebühr) per Abonnentenstation jährlich . . . 30 fl.
- c) Gebühr für die telephonische Auf- oder Abgabe der Telegramme und Phonogramme (Vermittlungsgebühr), und zwar:
per Telegramm 5 kr.
per Phonogramm. 5 kr. Grundtaxe und $\frac{1}{2}$ kr. Worttaxe mit Aufrundung eines halben Kreuzers auf einen ganzen.
- d) Gebühr für die Umschaltung behufs telephonischen Sprechens mit anderen Theilnehmern (Umschaltungsgebühr) per Abonnentenstation jährlich 20 fl.

Die im Vorstehenden unter a) und b) bezeichneten Gebühren kommen nur bei Telephonanlagen bis zur Länge von 15 Kilometern in

¹⁾ Der Ausdruck „Phonogramm“ ist (in ähnlicher Weise wie der Ausdruck „Telegramm“, vergl. S. 7) aus dem griechischen Worte *φωνόγραμμα* (*ἡ φωνή*, der Klang, der Laut, die menschliche Stimme, die Rede, *τὸ γράμμα*, das Geschriebene, somit *τὸ φωνόγραμμα*, das nach dem Klange, das ist nach dem Gehöre Niedergeschriebene) die Redeniederschrift.

Anwendung; über diese Grenze hinaus bleiben die gedachten Gebühren besonderen Vereinbarungen vorbehalten.¹⁾

Für Abonnentenstationen in Bahnhöfen, Hotels, Theatern u. dergl. deren Benützung den Reisenden, Gästen oder Theaterbesuchern gestattet seinsoll, sind die Gebühren unter b) und d) im doppelten Betrage zu entrichten.

Gegen die gleiche erhöhte Gebühr kann auch Vereinen, sonstigen Corporationen oder geschlossenen Gesellschaften die Bewilligung ertheilt werden, ihre Abonnentenstation zur Verfügung ihrer Mitglieder zu stellen.²⁾

§. 10. Die Gebühr für die Benützung öffentlicher Sprechstellen zum telephonischen Sprechen beträgt per Gespräch bis zur Dauer von fünf Minuten (Sprechgebühr) 20 kr.³⁾

Für die bei öffentlichen Sprechstellen aufgegebenen Telegramme und Phonogramme [§. 7, lit. d) und e)] werden die im §. 9 unter c) bezeichneten Gebühren eingehoben.

§. 11. Für das telephonische Sprechen auf einer interurbanen Telephonlinie werden besondere Gebühren eingehoben.

§. 12. Die Leitung wird zwischen den Stellen ihrer Einführung in die Gebäude nach absoluter Länge [§. 9, lit. a)] bemessen. Längen unter 500 Meter, bez. 100 Metern werden für voll gerechnet.

§. 13. Wird zum Anschlusse an eine interurbane Telephonlinie die Herstellung einer Doppelleitung nothwendig, so sind für die Zuspaltung der Rückleitung 50 Percent der Baugebühr zu entrichten.

§. 14. Für die Herstellung von Leitungen mittelst Kabel oder unter besonders schwierigen Verhältnissen und für sonstige, über Wunsch des Theilnehmers durchzuführende aussergewöhnliche Vorkehrungen bleibt die Festsetzung einer höheren als der normalmässigen Baugebühr vorbehalten.

§. 15. Im Falle des Anschlusses mehrerer, einem und demselben Eigenthümer gehöriger Objecte wird die Baugebühr nach der absoluten Länge der einzelnen Leitungen zusammengekommen⁴⁾, die Stations- und

¹⁾ Bei den über 15 Kilometer langen Telephon-Anschlüssen gelangt eine Baugebühr per 120 fl. für 1 Kilometer und ausserdem ein jährliches Instandhaltungspauschale per 12 fl. pro Kilometer zur Einhebung.

²⁾ Für Abonnenten-Stationen in gemeinschaftlichen Kanzleien mehrerer Advocaten — unter der Voraussetzung, dass auch das Kanzlei-Personale von denselben gemeinsam beschäftigt wird —, werden nur die einfachen Stations- und Umschaltungs-Gebühren eingehoben (H.M.E. vom 13. November 1894, Z. 59589).

³⁾ Zuzufolge Erlasses des k. k. Handels-Ministeriums vom 20. März 1893, Z. 14.497 (Post- u. Tel.-V.-Bl. Nr. 31) wurde diese Sprechgebühr auf 10 kr. unter Einschränkung der Sprechzeit auf drei Minuten herabgesetzt.

⁴⁾ Hierbei macht es keinen Unterschied, ob diese mehreren Objecte in einer gemeinsamen Leitung hintereinander geschaltet sind, oder jedes derselben mittels eigener Leitung direct an die Centrale angeschlossen ist, und ob diese einzelnen Anschlussleitungen in derselben oder in verschiedenen Bauperioden ausgeführt werden. Wird eine zweite oder weitere Station desselben Abonnenten in einer späteren Bauperiode errichtet, so wird die Baugebühr nach der gesammten (alten und neuen) Leitungslänge ausgerechnet und vom Theilnehmer

die Umschaltungsgebühr dagegen nach der Anzahl der Abonnentenstationen berechnet.¹⁾

§. 16. Die Einladung zu einem mit Benützung einer öffentlichen Sprechstelle entweder innerhalb des Telephonnetzes oder auf einer interurbanen Telephonlinie zu führenden Gespräche kann durch sogenannte telephonische Avisi erfolgen. Letztere werden als Phonogramme behandelt [§. 9, lit. c)]. Die Sprechgebühr ist in solchen Fällen von dem Einladenden zu entrichten.

§. 17. Bei Aufgabe von Telegrammen und Phonogrammen sind die nach dem Telegraphen-Tarife entfallenden Telegraphen-Gebühren, bez. die Gebühren für die Weiterbeförderung mittelst Boten oder mit der Post oder Pneumatik besonders zu entrichten. Ob ein Phonogramm in einem Briefe, auf einer Correspondenz- oder pneumatischen Karte weiter zu befördern sei, hat im gegebenen Falle der Aufgeber zu bestimmen. Bei gewöhnlichen Briefen wird für Papier und Couvert zusammen 1 kr. berechnet.

§. 18. Bei Telephonanlagen für Staats-Behörden und Aemter tritt eine Ermässigung der Stations- und der Umschaltungsgebühr bis auf die Hälfte ein. Das Handelsministerium behält sich vor, die gleiche Ermässigung auf fallweises Einschreiten auch für andere öffentliche (Landes- oder Gemeinde-) Aemter und für gemeinnützige Unternehmungen eintreten zu lassen.²⁾

§. 19. Soll die Benützung der Telephonanlage nach der Absicht des Theilnehmers jährlich nur durch sechs Monate oder kürzer dauern, so werden die Stations- und die Umschaltungsgebühr nur zur Hälfte beansprucht.

III. Zahlungsmodalitäten.

§. 20. Die Baugebühr [§. 9, lit. a)] ist vor Beginn des Baues einzuheben. Falls deren ratenweise Entrichtung mit Festsetzung besonderer Zahlungsmodalitäten bewilligt worden ist, muss wenigstens die erste Jahresrate vor Beginn des Baues erlegt werden. Auch hat in diesem Falle der Theilnehmer nach Bestimmung der zuständigen Post- und Telegraphen-Direction eine der Schuldigkeit entsprechende Caution in für

jener Betrag eingehoben, der sich als Differenz zwischen der ursprünglich gezahlten und nunmehr berechneten Baugebühr ergibt. (H.M.E. v. 3. April 1894, Z. 35779).

¹⁾ Mit dem Erlasse des k. k. Handels-Ministeriums vom 20. März 1893, Z. 14.497 (Post- u. Tel. V. Bl. Nr. 31) wurde angeordnet, dass bei Hintereinanderschaltung mehrerer Abonnentenstationen in einer gemeinsamen Anschlussleitung die Stationsgebühr für jede Station, die Umschaltungsgebühr aber nur für Eine Station zu entrichten ist. Hintereinander geschaltete Stationen können nur für einen und denselben Abonnenten oder für die Theilnehmer einer und derselben Gesellschaftsfirma errichtet werden.

²⁾ Eine gänzliche Befreiung von der Entrichtung der Stations- und Umschaltungs-Gebühr, oder eine Ermässigung, bezw ein Nachlass der Baugebühr kann nach den bestehenden Normen in keinem Falle bewilligt werden.

Geschäftscautionen im Bereiche der Post- und Telegraphen-Verwaltung jeweilig zugelassenen Werthen zu erlegen, aus welcher sich die Post- und Telegraphen-Verwaltung ohne Dazwischenkunft der Gerichte zahlhaft zu machen befugt ist, wenn der Theilnehmer die eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nicht einhalten sollte.

§. 21. Die Stations- und die Umschaltungsgebühr (§. 9, lit. b) und d)] ist halbjährig und zwar immer in der ersten Hälfte der Monate Jänner und Juli im Vorhinein zu entrichten. Für das erste Kalender-Halbjahr ist diese Gebühr vom Tage der Fertigstellung der Telephonanlage angefangen pro rata (den Monat mit 30 Tagen berechnet) zu bemessen und binnen 14 Tagen nach der dem Theilnehmer zugegangenen Vollendungsanzeige zu erlegen.

§. 22. Die Vermittlungsgebühr (§. 9, lit. c) und die Sprechgebühr (§. 10) sind nach Massgabe der Inanspruchnahme der Telephonanlage zu bezahlen.

Diese Gebühren, ingleichen die Gebühren für die Weiterbeförderung der Telegramme, dann der Phonogramme mittelst Boten oder mit der Post oder Pneumatik werden dem Theilnehmer bis zum Schlusse des Monats creditirt und sodann unter Uebersendung einer Rechnung eingehoben. Hiezu hat der Theilnehmer bei der Centrale nach Bestimmung der zuständigen Post- und Telegraphen-Direction ein ständiges Gelddepot zu erlegen, welches bei der mit Schluss des Monats erfolgenden Abrechnung wie auch im Falle früherer Erschöpfung auf eine angemessene Höhe zu ergänzen ist.¹⁾

Die Vermittlungsgebühr für Phonogramme, welche bei einer Centrale mit der Post oder Pneumatik zur telephonischen Abgabe an einen Theilnehmer einlangen, muss vom Aufgeber mittelst Briefmarken entrichtet sein.

§. 23. Für Telegramme und Phonogramme, welche bei einer öffentlichen Sprechstelle aufgegeben werden, und für Gespräche, welche von einer öffentlichen Sprechstelle aus geführt werden, sind die entfallenden Gebühren sofort zu bezahlen.

§. 24. Bei Einstellung des Betriebes der Telephonanlage infolge Kündigung seitens des Theilnehmers erlischt die Verpflichtung zur Zahlung der Stations- und der Umschaltungsgebühr mit Ende des Kalender-Halbjahres, für welches (§. 29) die Kündigung geschehen ist.

§. 25. Erfolgt die Einstellung des Betriebes der Telephonanlage aus einem anderen Grunde, so ruht die Zahlungsverpflichtung rücksichtlich aller Gebühren, mit Ausnahme der etwa noch ausständigen Raten der Baugebühr, wenn die Einstellung durch mindestens dreissig Tage vom Tage der diesbezüglichen Anzeige an gedauert hat und nicht durch Verschulden des Theilnehmers oder seiner Angehörigen veranlasst worden ist. Der pro rata zu berechnende Rückersatzbetrag wird für den

¹⁾ Dieselben Bestimmungen sind auch für die interurbanen Sprechgebühren §. 11 der Telephon-Verordnung) giltig.

nächsten Zahlungstermin gutgeschrieben, bez. von der nächsten Zahlungsquote in Abzug gebracht.

Bei etwa nachfolgender gänzlicher Auflassung des Betriebes der Telephonanlage wird dieser Rückersatzbetrag nach Abzug der etwa noch ausständigen Raten der Baugebühr den Bezugsberechtigten in Baarem ausgefolgt.

IV. Sonstige Bestimmungen.

§. 26. Die Anmeldung der Betheiligung hat mittelst Gesuches bei der zuständigen Post- und Telegraphen-Direction zu erfolgen, welche berufen ist, die in der Sache erforderlichen Verhandlungen zu führen, alle einschlägigen Auskünfte zu ertheilen und über das Gesuch zu entscheiden.

Die Post- und Telegraphen-Directionen sind ermächtigt, im Gegenstande eingebrachte Gesuche ohne Angabe von Gründen abzuweisen.¹⁾

§. 27. Der Anschluss eines Objectes an ein anderes als das nächstgelegene Staatstelegraphenamt ist der Entscheidung des Handelsministeriums vorbehalten, welches auch jeder Zeit anordnen kann, dass eine bestehende Abonnentenstation an eine andere als die bisherige Centrale angeschlossen werden solle. Im letzteren Falle trägt die Post- und Telegraphen-Verwaltung die Kosten der Verlegung der Telephonanlage.

§. 28. Wer Theilnehmer werden will, hat in seinem Gesuche zu erklären, dass er sich allen jenen Bestimmungen unterwerfe, welche in Bezug auf das Rechtsverhältniss zwischen der Post- und Telegraphen-Verwaltung und den Theilnehmern jeweilig in Geltung stehen.

§. 29. Der Betrieb der Telephonanlage kann zu jeder Zeit beiderseits halbjährig ab 1. Jänner und 1. Juli gekündigt werden.

§. 30. Die Benützung von Telephonanlagen aller Art zu telephonischen Mittheilungen, welche für die Sicherheit des Staates gefährlich erscheinen oder gegen die Gesetze, die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstossen, ist untersagt.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltung wahrt sich das Recht, mit Rücksicht auf Staats- oder anderweitige öffentliche Interessen, ferner wegen vorgekommener Missbräuche oder wegen Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtungen den Betrieb einer Telephonanlage auch ohne Kündigung einzustellen oder gänzlich aufzulassen.

§. 31. Die Post- und Telegraphen-Verwaltung besorgt die Ueberwachung und Instandhaltung der Telephonanlagen und wird die thunlichst baldige Behebung der im Betriebe etwa eintretenden Störungen mit allen vorhandenen Mitteln anstreben, ohne jedoch für die Folgen der Störung eine Verantwortlichkeit zu übernehmen.

¹⁾ Zufolge Erlasses des k. k. Handels-Ministeriums vom 6. Mai 1889, Z. 12.671 wurden die Bestimmungen des §. 26 theilweise dahin abgeändert, dass die Entscheidung über die Herstellung angemeldeter Anschlüsse, mit Ausnahme der Bewilligung solcher im Kostenbetrage bis zu 200 fl. in bereits bestehenden Telephonnetzen, dem Handels-Ministerium vorbehalten bleibt.

Der Theilnehmer ist verpflichtet, etwaige Störungen im Betriebe der Telephonanlage der Centrale unverweilt anzuzeigen.

Während der Dauer einer Betriebsstörung wird die Abgabe der Telegramme an den Adressaten nach den einschlägigen Telegraphen-Vorschriften bewirkt.

§. 32. Im Falle der Auflassung des Betriebes einer Telephonanlage besorgt die Post- und Telegraphen-Verwaltung auf ihre Kosten die Abtragung der Leitung und die Entfernung der getroffenen Einrichtungen einschliesslich des Rücktransportes der Apparate.

Erfolgt die Auflassung des Betriebes durch die Post- und Telegraphen-Verwaltung mit Rücksicht auf Staats- oder anderweitige öffentliche Interessen vor Ablauf von fünf Jahren nach Fertigstellung der Anlage, so wird dem Theilnehmer ein Theil der Baugebühr, nach Abzug der etwa noch ausständigen Raten derselben, zurückvergütet. Der Rückersatz beträgt nach Ablauf eines Zeitraumes

bis zu zwei Jahren		50%
über zwei „ „ drei „		40 „
„ drei „ „ vier „		30 „
„ vier „ „ fünf „		20 „

der Baugebühr.

Erfolgt die Auflassung des Betriebes nach Ablauf von fünf Jahren, so findet keine Rückvergütung statt.

§. 33. Die Post- und Telegraphen-Verwaltung wird dafür Sorge tragen, dass das Telephongeheimniss nach jeder Richtung thunlichst gewahrt werde.

§. 34. Es bleibt den miteinander correspondirenden Personen überlassen, sich von ihrer Identität gegenseitig die Ueberzeugung zu verschaffen.

§. 35. Für die richtige telephonische Abgabe, bezw. Aufnahme von Telegrammen und Phonogrammen wird keine Gewähr geleistet.

Dem im Interesse der richtigen telephonischen Vermittlung der Telegramme und Phonogramme von einer Seite gestellten Verlangen nach Wiederholung einzelner Worte oder ganzer Sätze muss von der anderen Seite unweigerlich entsprochen werden.

§. 36. Telegramme und Phonogramme, welche in einer den Theilnehmern oder den Vermittlungsorganen nicht geläufigen Sprache abgefasst sind, dann die in Telegrammen und Phonogrammen vorkommenden Eigennamen, Fremdwörter und Zahlen werden in der Art vermittelt, dass Buchstabe für Buchstabe (eventuell unter Benützung eines besonders zu verlautbarenden Ziffern-Alphabets) und Ziffer für Ziffer telephonirt wird.

§. 37. Briefe, Correspondenz- oder pneumatische Karten, deren Inhalt an den Theilnehmer telephonisch abgegeben werden soll, müssen an die Centrale adressiert und auf der Adressseite in der oberen linken Ecke mit dem Vermerk „Phonogramm“ versehen sein. Denselben Vermerk haben die bei einer öffentlichen Sprechstelle schriftlich aufgegebenen Phonogramme zu tragen.

Vorschriftswidrig adressirte oder unvollständig (§. 22) frankirte Briefe, Correspondenz- oder pneumatische Karten der eben bezeichneten Art werden von der telephonischen Vermittlung ausgeschlossen und an ihre Adresse im gewöhnlichen Wege bestellt.

§. 38. Nach erfolgter telephonischer Abgabe eines Telegramms oder Phonogramms an den Theilnehmer wird diesem auf Verlangen die amtliche Ausfertigung des Telegramms, bezw. Phonogramms in einem portofreien Dienstbriefe im gewöhnlichen Postwege zugesendet.

Ein telephonisch an den Theilnehmer abgegebenes Telegramm gilt auch ohne solche Zusendung als vorschriftsmässig zugestellt.

§. 39. Die Originale der Phonogramme (Briefe, Correspondenz- oder pneumatische Karten, Niederschriften) verbleiben als Rechnungsbelege bei der Centrale, bezw. bei der öffentlichen Sprechstelle.

§. 40. Bei telephonisch aufgegebenen Telegrammen und Phonogrammen werden die bei der Centrale auf Grund der telephonischen Aufnahme angefertigten Niederschriften als jene des Aufgebers behandelt.

Phonogramme, welche von Theilnehmern, bez. von öffentlichen Sprechstellen den Centralen telephonisch zugeführt werden und von den letzteren mittelst Boten oder mit der Post oder Pneumatik weiter zu befördern sind, erhalten in der oberen linken Ecke des Briefcouverts, bez. der Correspondenz- oder pneumatischen Karte von Amtswegen den Vermerk „Phonogramm“.

§. 41. Wünscht der Theilnehmer die Verlegung seiner Station, eventuell die gänzliche oder theilweise Verlegung der Leitung, so hat er die der Post- und Telegraphen-Verwaltung hieraus effectiv erwachsenden Kosten zu tragen. Dieselben werden von der zuständigen Post- und Telegraphen-Direction berechnet.¹⁾

§. 42. Dem Theilnehmer obliegt die Verpflichtung, die demselben zur Benützung beigestellten Telephonapparate, Batterien u. s. w. nach Vorschrift zu behandeln und nach Kräften vor Beschädigungen zu schützen. Die Telephonapparate und sonstigen Einrichtungsgegenstände auseinanderzunehmen oder an denselben irgend etwas zu ändern, wird ausdrücklich untersagt.

§. 43. Die Kosten der Behebung der innerhalb des eingefriedeten Besitzstandes des Theilnehmers vorsätzlich, aus Muthwillen oder durch

¹⁾ Ist mit der angeführten Verlegung einer Abonnenten-Station auch eine Veränderung der Anschlussleitung verbunden, so wird — unter der Voraussetzung, dass eine solche Veränderung der Anschlussleitung über Verlangen des Abonnenten nicht öfter als einmal im Laufe von drei Jahren erforderlich wird, und dass der Standort der Abonnenten-Station in einem Netze nach der Verlegung nicht mehr als 3 Kilometer (nach der Luftlinie gemessen) von der Centrale entfernt ist —, nach Bemessung der für die neue Anschlussleitung nach §. 9a entfallenden Baugebühr vom Abonnenten jener Betrag derselben eingehoben, welcher nach Abzug der für die ursprüngliche Leitung entrichteten Baugebühr noch erübrigt.

Wenn eine der oben angegebenen Bedingungen fehlt, werden die vom Abonnenten zu tragenden Kosten durch das k. k. Handels-Ministerium von Fall zu Fall bemessen. (H.M.E. vom 6. Juli 1893, Z. 13518).

Fahrlässigkeit herbeigeführten Beschädigungen der Anlage sind vom Theilnehmer zu tragen. Letzterer hat auch den Werth der ihm inventarmässig übergebenen, etwa abhanden gekommenen Gegenstände zu vergüten.

Die Bestimmung der Reparaturkosten, bezw. des Werthes der betreffenden Gegenstände ist Sache der zuständigen Post- und Telegraphen-Direction.

§. 44. Die Dauer der Benützung einer Telephonanlage bleibt auf die Dienststunden der Centrale beschränkt. Die Dienststunden der öffentlichen Sprechstellen, welche nicht zugleich Centralen sind, werden von Fall zu Fall festgesetzt.

In Nothfällen (§. 45) darf die Anlage ausnahmsweise auch ausserhalb der normalen Zeit in Anspruch genommen werden.

§. 45. Bei Feuers- oder Wassergefahr oder sonstigen Elementarereignissen, bei anderen öffentlichen Unglücksfällen, bei Angriffen auf die Sicherheit der Person oder des Eigenthums ist die Benützung der Telephonanlagen zu Nothsignalisierungen und zur Herbeirufung der Organe der öffentlichen Sicherheit frei von der Entrichtung der in den §§: 9, lit. c), 10 und 11 bezeichneten Gebühren.

§. 46. Die Bedingungen für den Anschluss bereits bestehender Privat-Telephonanlagen an den Staatstelegraphen werden auf besonderes Ansuchen vom Handels-Ministerium von Fall zu Fall festgestellt werden.

§. 47. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Wirksamkeit.

Wien, den 7. October 1887.

Bacquehem m. p.

Anhang B.

Internationaler Telegraphen-Vertrag,

abgeschlossen

zu St. Petersburg am 10./22. Juli 1875.

Art. 1.

Die hohen contrahirenden Theile gestehen Jedermann das Recht zu, mittelst der internationalen Telegraphen zu correspondieren.¹⁾

Art. 2.

Sie verpflichten sich, alle nothwendigen Massregeln zu ergreifen, um das Geheimniss der Telegramme und deren gehörige Besorgung zu sichern.

Art. 3.

Dieselben erklären jedoch, dass sie in Bezug auf den internationalen Telegraphendienst keinerlei Verantwortlichkeit übernehmen.

Art. 4.

Jede Regierung verpflichtet sich, für den internationalen Telegraphendienst eine hinreichende Zahl von Specialdrähten zu verwenden, um eine rasche Uebermittlung der Telegramme zu sichern.

Diese Drähte sollen in der durch die Dienstpraxis am meisten bewährten Weise hergestellt und verwendet werden.

Art. 5.

Die Telegramme zerfallen in drei Gattungen:

1. Staatstelegramme, nämlich solche, welche vom Staatsoberhaupte, von den Ministern, den Oberbefehlshabern der Land- und Seemacht und den diplomatischen oder Consularagenten der contrahierenden Regierungen ausgehen, sowie die Antworten auf eben diese Telegramme.

2. Diensttelegramme, nämlich solche, welche von den Telegraphenverwaltungen der contrahierenden Staaten ausgehen und die sich entweder auf den internationalen Telegraphendienst oder auf Gegenstände

¹⁾ Vergl. Art. 7 und 8 des Vertrages.

von öffentlichem Interesse beziehen, über deren Bezeichnung sich die genannten Verwaltungen zu verständigen haben.

3. Privattelegramme.

Die Staatstelegramme geniessen bei der Beförderung den Vorzug vor den übrigen Telegrammen.

Art. 6.

Die Staats- und Diensttelegramme können in allen Beziehungen in geheimer Sprache abgefasst sein.

Privattelegramme in geheimer Sprache dürfen zwischen zwei Staaten gewechselt werden, welche diese Art von Correspondenz gestatten.

Jene Staaten, welche chiffirte Privattelegramme weder bei der Aufgabe noch bei der Ankunft zulassen, müssen den Transit derselben gestatten, den in Artikel 8 angegebenen Fall der Verkehrseinstellung ausgenommen.

Art. 7.

Die hohen contrahirenden Theile behalten sich das Recht vor, die Beförderung eines jeden Privattelegrammes zu verhindern, welches für die Sicherheit des Staates gefährlich erscheint, oder gegen die Landesgesetze, die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstösst.

Art. 8.

Jede Regierung behält sich ferner das Recht vor, den internationalen Telegraphendienst, wenn sie es für nothwendig erachtet, sei es überhaupt oder nur auf gewissen Linien und für gewisse Arten von Correspondenzen, auf unbestimmte Zeit einzustellen, wobei ihr die Verpflichtung obliegt, hievon sofort jeder der übrigen contrahirenden Regierungen Kenntniss zu geben.

Art. 9.

Die hohen contrahirenden Theile verpflichten sich, jedem Aufgeber zu gestatten, die verschiedenen Einrichtungen, welche zum Zwecke der grösseren Sicherung und Erleichterung der Beförderung und Zustellung der Correspondenzen im Einvernehmen zwischen den Telegraphen-Verwaltungen der contrahirenden Staaten verabredet worden sind, zu benutzen.

Auch verpflichten sie sich, jeden derselben in den Stand zu setzen, von jenen Vorkehrungen Gebrauch zu machen, welche hinsichtlich der Benützung der besonderen Einrichtungen für die Beförderung und Zustellung durch irgend einen anderen Staat getroffen und kundgemacht wurden.

Art. 10.

Die hohen contrahirenden Theile erklären, für die Anfertigung der internationalen Tarife nachstehende Grundlagen anzunehmen:

Die Taxe für alle zwischen den Stationen je zweier contrahirenden Staaten auf dem nämlichen Wege gewechselten Telegramme soll eine einheitliche sein. Jedoch kann in Europa ein und derselbe Staat hinsicht-

lich der Anwendung der einheitlichen Taxe in höchstens zwei grosse Gebiete abgetheilt werden.

Der Gebührensatz wird von Staat zu Staat im Einvernehmen zwischen den Regierungen der äussersten und der dazwischen gelegenen Staaten festgestellt.

Die auf den telegraphischen Verkehr zwischen den contrahirenden Staaten anwendbaren Tarifsätze können im gemeinsamen Einverständnisse zu jeder Zeit abgeändert werden.

Der Franc bildet die Münzeinheit für die Aufstellung der internationalen Tarife.

Art. 11.

Die auf den internationalen Telegraphendienst der contrahirenden Staaten bezüglichen Telegramme werden auf dem ganzen Netze der genannten Staaten taxfrei befördert.

Art. 12.

Die hohen contrahirenden Theile sind sich gegenseitig über die von jedem derselben erhobenen Taxen Rechnung schuldig.

Art. 13.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sind durch ein Reglement ergänzt, dessen Vorschriften durch die Verwaltungen der contrahirenden Staaten im gemeinsamen Einverständnisse jederzeit abgeändert werden können.

Art. 14.

Ein Centralorgan, welches unter die Oberaufsicht der obersten Verwaltung einer contrahirenden, zu diesem Zwecke durch das Reglement bezeichneten Regierung gestellt ist, hat die Obliegenheit, die auf die internationale Telegraphie bezüglichen Nachrichten jeder Art zu sammeln, zusammenzustellen und kundzumachen, die auf die Abänderung der Tarife und des Dienstreglements bezüglichen Anträge zu begutachten, die vereinbarten Abänderungen zu verlautbaren und im allgemeinen alle Fragen zu studieren, sowie alle Arbeiten auszuführen, mit welchen dasselbe im Interesse der internationalen Telegraphie betraut werden sollte.

Die durch diese Einrichtung erwachsenden Kosten werden von allen Verwaltungen der contrahirenden Staaten getragen.

Art. 15.

Der Tarif und das Reglement, welche im Art. 10 und 13 erwähnt wurden, sind dem gegenwärtigen Vertrage angeschlossen. Dieselben haben die gleiche Giltigkeit und treten zu gleicher Zeit in Kraft wie dieser letztere.

Dieselben sollen Revisionen unterworfen werden, wobei alle Staaten, welche daran theilgenommen haben, sich vertreten lassen können.

Zu diesem Zwecke sollen administrative Conferenzen periodisch abgehalten werden, deren jede den Ort und den Zeitpunkt ihres nächsten Zusammentrittes selbst festsetzen wird.

Art. 16.

Diese Conferenzen werden aus Abgeordneten gebildet, welche die Verwaltungen der contrahirenden Staaten zu vertreten haben werden.

Bei den Berathungen hat jede Verwaltung auf eine Stimme Anspruch; doch muss in Fällen, in welchen es sich um verschiedene Verwaltungen einer und derselben Regierung handelt, das hierauf bezügliche Begehren bei der Regierung desjenigen Landes, wo die Conferenz zusammentreten soll, vor dem für die Eröffnung der letzteren festgesetzten Datum auf diplomatischem Wege eingebracht werden und jede der betreffenden Verwaltungen für sich je eine besondere und getrennte Vertretung haben.

Die aus den Berathungen der Conferenzen sich ergebenden Beschlüsse können nur nach erfolgter Genehmigung aller Regierungen der contrahirenden Staaten in Vollzug gesetzt werden.

Art. 17.

Die hohen contrahirenden Theile behalten sich beziehungsweise das Recht vor, abgesondert unter sich besondere Uebereinkünfte jeder Art über solche Theile des Dienstes abzuschliessen, wobei nicht die Gesamtheit der Staaten interessiert ist.

Art. 18.

Den Staaten, welche an dem gegenwärtigen Vertrage nicht theilgenommen haben, wird auf ihr Begehren der Beitritt zu demselben gestattet.

Von diesem Beitritte wird demjenigen der contrahirenden Staaten, wo die letzte Conferenz stattgefunden hat, auf diplomatischem Wege Kenntniss gegeben und durch diesen Staat allen übrigen.

Der Beitritt schliesst von Rechtswegen die Zustimmung zu allen Clauseln und die Theilnahme an allen Vortheilen in sich, welche in diesem Vertrage verabredet worden sind.

Art. 19.

Die telegraphischen Beziehungen mit den nicht beigetretenen Staaten oder mit Privatunternehmungen werden im allgemeinen Interesse der fortschreitenden Entwicklung des Verkehrs durch das im Artikel 13 des gegenwärtigen Vertrages vorgesehene Reglement geregelt.

Art. 20.

Der gegenwärtige Vertrag wird am 1. Jänner 1876 neuen Stiles in Vollzug gesetzt werden und auf unbestimmte Zeit und bis zum Ablaufe eines Jahres, vom Tage der erfolgten Kündigung an, in Kraft bleiben.

Die Kündigung erstreckt sich nur auf jenen Staat, welcher dieselbe gegeben hat. Für die anderen contrahirenden Theile verbleibt der Vertrag in Kraft.

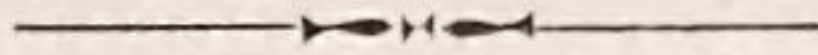
Schluss - Artikel 21.

Der gegenwärtige Vertrag wird ratificiert und es sollen die Ratificationen zu St. Petersburg in möglichst kurzer Frist ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigeschlagen.

So geschehen zu St. Petersburg am 10./22. Juli, Eintausend acht-hundert siebenzig und fünf.

(Folgen die Unterschriften.)



Anhang C.

Gesetz
über
das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs.
Vom 6. April 1892.

§. 1.

Das Recht, Telegraphenanlagen für die Vermittelung von Nachrichten zu errichten und zu betreiben, steht ausschliesslich dem Reiche zu. Unter Telegraphenanlagen sind die Fernsprechanlagen mit begriffen¹⁾.

§. 2.

Die Ausübung des im §. 1 bezeichneten Rechtes kann für einzelne Strecken oder Bezirke an Privatunternehmer und muss an Gemeinden für den Verkehr innerhalb des Gemeindebezirks verliehen werden, wenn die nachsuchende Gemeinde die genügende Sicherheit für einen ordnungsmässigen Betrieb bietet und das Reich eine solche Anlage weder errichtet hat, noch sich zur Errichtung und zum Betriebe einer solchen bereit erklärt.

Die Verleihung erfolgt durch den Reichskanzler oder die von ihm hierzu ermächtigten Behörden.

Die Bedingungen der Verleihung sind in der Verleihungsurkunde festzustellen²⁾.

¹⁾ Durch die obige Bestimmung ist das Telegraphen-Regale im Deutschen Reiche festgestellt.

In Bayern und Württemberg steht das Telegraphen-Regale — diesen Bundesstaaten zu (§ 15).

²⁾ Die Verleihung für einzelne Strecken oder Bezirke an Privat-Unternehmungen ist fakultativ zulässig, die an Gemeinden für den Verkehr innerhalb des Gemeindebezirkes ist unter den im obigen Absatz 1 bezeichneten Voraussetzungen obligatorisch. Bisher ist jedoch weder an Privatunternehmer noch an Gemeinden — eine Verleihung erfolgt.

§. 3.

Ohne Genehmigung des Reichs können errichtet und betrieben werden:

1. Telegraphenanlagen, welche ausschliesslich dem inneren Dienste von Landes- und Kommunalbehörden, Deichkorporationen, Siel-¹⁾ und Entwässerungsverbänden gewidmet sind;
2. Telegraphenanlagen, welche von Transportanstalten auf ihren Linien ausschliesslich zu Zwecken ihres Betriebes oder für die Vermittlung von Nachrichten innerhalb der bisherigen Grenzen benutzt werden;
3. Telegraphenanlagen
 - a) innerhalb der Grenzen eines Grundstücks,
 - b) zwischen mehreren einem Besitzer gehörigen oder zu einem Betriebe vereinigten Grundstücken, deren keines von dem anderen über 25 Kilometer in der Luftlinie entfernt ist, wenn diese Anlagen ausschliesslich für den der Benutzung der Grundstücke entsprechenden unentgeltlichen Verkehr bestimmt sind ²⁾.

§. 4.

Durch die Landes-Centralbehörde wird, vorbehaltlich der Reichsaufsicht (Artikel 4 Ziffer 10 der Reichsverfassung), die Kontrolle darüber geführt, dass die Errichtung und der Betrieb der im §. 3 bezeichneten Telegraphenanlagen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen halten.

§. 5.

Jedermann hat gegen Zahlung der Gebühren das Recht auf Beförderung von ordnungsmässigen Telegrammen und auf Zulassung zu einer ordnungsmässigen telephonischen Unterhaltung durch die für den öffentlichen Verkehr bestimmten Anlagen.

Vorrechte bei der Benutzung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Anlagen und Ausschlüssungen von der Benutzung sind nur aus Gründen des öffentlichen Interesses zulässig ³⁾.

§. 6.

Sind an einem Orte Telegraphenlinien für den Ortsverkehr, sei es von der Reichs-Telegraphenverwaltung, sei es von der Gemeindeverwaltung oder von einem anderen Unternehmer, zur Benutzung gegen Entgelt errichtet, so kann jeder Eigenthümer eines Grundstücks gegen

¹⁾ Siel bedeutet in den niederdeutschen Marschländern eine Schleusse unter einem Deiche, um das hinter demselben sich sammelnde Wasser abzulassen.

²⁾ Die im öffentlichen Interesse zugelassenen Befreiungen von dem Telegraphen-Regal beschränken sich auf die im Gesetz namhaft gemachten Behörden, Corporationen und Verbände.

³⁾ Der Vorrang bei der Beförderung dringender Telegramme vor den gewöhnlichen Privattelegrammen ist nach wie vor zulässig, da Jedermann gegen Zahlung der Gebühren das Recht auf Beförderung dringender Privattelegramme erlangen kann.

Erfüllung der von jenen zu erlassenden und öffentlich bekannt zu machenden Bedingungen den Anschluss an das Lokalnetz verlangen.

Die Benutzung solcher Privatstellen durch Unbefugte gegen Entgelt ist unzulässig.

§. 7.

Die für die Benutzung von Reichs-Telegraphen- und Fernsprechanlagen bestehenden Gebühren können nur auf Grund eines Gesetzes erhöht werden. Ebenso ist eine Ausdehnung der gegenwärtig bestehenden Befreiungen von solchen Gebühren nur auf Grund eines Gesetzes zulässig.

§. 8.

Das Telegraphengeheimniss ist unverletzlich, vorbehaltlich der gesetzlich für strafgerichtliche Untersuchungen, im Konkurse und in civilprozessualischen Fällen oder sonst durch Reichsgesetz festgestellten Ausnahmen. Dasselbe erstreckt sich auch darauf, ob und zwischen welchen Personen telegraphische Mittheilungen stattgefunden haben.

§. 9.

Mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten wird bestraft, wer vorsätzlich entgegen den Bestimmungen dieses Gesetzes eine Telegraphenanlage errichtet oder betreibt.

§. 10.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark wird bestraft, wer den in Gemässheit des §. 4 erlassenen Kontrollvorschriften zuwiderhandelt.

§. 11.

Die unbefugt errichteten oder betriebenen Anlagen sind ausser Betrieb zu setzen oder zu beseitigen. Den Antrag auf Einleitung des hierzu nach Massgabe der Landesgesetzgebung erforderlichen Zwangsverfahrens stellt der Reichskanzler oder die vom Reichskanzler dazu ermächtigten Behörden.

Der Rechtsweg bleibt vorbehalten.

§. 12.

Elektrische Anlagen sind, wenn eine Störung des Betriebes der einen Leitung durch die andere eingetreten oder zu befürchten ist, auf Kosten desjenigen Theiles, welcher durch eine spätere Anlage oder durch eine später eintretende Aenderung seiner bestehenden Anlage diese Störung oder die Gefahr derselben veranlasst, nach Möglichkeit so auszuführen, dass sie sich nicht störend beeinflussen.¹⁾

¹⁾ In Betreff der Errichtung elektrischer Anlagen wurde ein Elektrizitäts-Gesetz in Aussicht genommen.

§. 13.

Die auf Grund der vorstehenden Bestimmung entstehenden Streitigkeiten gehören vor die ordentlichen Gerichte.

Das gerichtliche Verfahren ist zu beschleunigen (§§. 198, 202 bis 204 der Reichs-Civilprocessordnung). Der Rechtsstreit gilt als Feriensache (§. 202 des Gerichtsverfassungsgesetzes, §. 201 der Reichs-Civilprocessordnung)¹⁾.

§. 14.

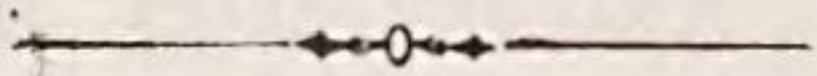
Das Reich erlangt durch dieses Gesetz keine weitergehenden als die bisher bestehenden Ansprüche auf die Verfügung über fremden Grund und Boden, insbesondere über öffentliche Wege und Strassen.²⁾

§. 15.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten für Bayern und Württemberg mit der Massgabe, dass für ihre Gebiete die für das Reich festgestellten Rechte diesen Bundesstaaten zustehen und dass die Bestimmungen des §. 7 auf den inneren Verkehr dieser Bundesstaaten keine Anwendung finden.

¹⁾ Rechtsstritte, welche als Feriensache gelten, müssen auch während der gerichtsordnungsmässigen Ferien verhandelt werden.

²⁾ Die Verpflichtungen im Interesse der Reichstelegraphie sind für die Eisenbahn-Verwaltungen durch Bundesrathsbeschluss vom 21. December 1868 und für die Strassenbau-Verwaltungen durch Bundesrathsbeschluss vom 25. Juni 1869 festgesetzt. (Siehe S. 51 ff.).



Anhang D.

Der Gesetzentwurf,¹⁾

welchen die österreichische Regierung in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. April 1896 nebst Motivenbericht über die der Staatsverwaltung bei der Errichtung und Instandsetzung der Telegraphen- und Telephonanlagen an öffentlichem Gut und an privatem Eigenthum zustehenden Rechte eingebracht hat, lautet:

Gesetz.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§. 1.

Die Staatsverwaltung ist berechtigt, zum Zwecke der Herstellung und Instandhaltung der staatlichen Telegraphenanlagen die Reichsstrassen und sonstigen öffentlichen Strassen, Gassen und Plätze, sowie auch die Flüsse und öffentlichen Canäle unter Beobachtung der strassenpolizeilichen Vorschriften, sei es zur Aufstellung von Telegraphensäulen oder anderen Stützpunkten der Telegraphenleitungen, sei es zur Führung derselben über oder unter dem Strassenkörper zu benützen.

§. 2.

Die für staatliche Telegraphenanlagen geltenden gesetzlichen Bestimmungen finden auch auf die staatlichen Telephonanlagen Anwendung.

§. 3.

Jeder Eigenthümer eines Gebäudes ist verpflichtet, der Staatsverwaltung die unter Beobachtung der baupolizeilichen Normen vorzunehmende Anbringung von Mauerträgern und Dachständern an, bezw. auf demselben, ferner die Führung der Leitungsdrähte durch den über seinem Gebäude befindlichen Luftraum, sowie die Vornahme aller zu dem im §. 1 bezeichneten Zwecke auszuführenden Arbeiten gegen volle Schadloshaltung zu gestatten.

¹⁾ Dieser Gesetzentwurf ist dem Verfasser nach Fertigstellung des Druckes der vorliegenden Brochure zur Kenntniss gelangt und wird hier anhangsweise aufgenommen. Das Gesetz wird sich den zahlreichen, mustergiltigen Gesetzen Oesterreichs würdig an die Seite reihen.

§. 4.

Unter den im vorstehenden Paragraphen näher bezeichneten Bedingungen und zum gleichen Zwecke ist jeder Eigenthümer eines Grundstückes verpflichtet, der Staatsverwaltung die Aufstellung von Telegraphensäulen oder anderen Leitungstützpunkten auf demselben, dann die Führung der Telegraphen- und Telephonleitungen unter seinem Grundstück, wenn dasselbe weder verbaut noch eingefriedet ist, und im Luftraume über seinem Grundstück, endlich die Durchführung der bezüglichen Bau- und Instandhaltungsarbeiten zu gestatten.

§. 5.

Durch die Ausübung der der Staatsverwaltung in den §§: 3 und 4 gewährleisteten Rechte dürfen die Eigenthümer der Gebäude und Grundstücke, sowie die sonst Berechtigten in der Benützung derselben nicht weiter, als für den erwähnten Zweck nothwendig ist, beeinträchtigt werden. Insbesondere darf der Eigenthümer durch den Bestand staatlicher Telegraphen- oder Telephonanlagen nicht in der beliebigen Veränderung seines Gebäudes behindert werden.

§. 6.

Falls der Eigenthümer sich durch die in dieser Richtung getroffenen oder ihm als bevorstehend mitgetheilten Massnahmen benachtheiligt erachtet, steht es demselben frei, bei der zuständigen politischen Behörde erster Instanz Beschwerde zu führen. Durch die Einbringung derselben wird die Durchführung der bezüglichen Bauarbeiten nicht gehemmt.

§. 7.

Die Behörden oder Organe, welchen die Beaufsichtigung der im §. 1 bezeichneten Strassen, Gassen und Plätze obliegt, sowie die nach den §§: 3 und 4 in Betracht kommenden Haus- oder Grundeigenthümer sind spätestens 14 Tage vor Inangriffnahme der bezüglichen Bauarbeiten seitens der Staatsverwaltung schriftlich unter Hinweis auf die Bestimmungen dieses Gesetzes zu verständigen.

§. 8.

Die im §. 7 erwähnten Behörden und Organe, Haus- oder Grundeigenthümer sind verpflichtet, die Staatsverwaltung spätestens vier Wochen vor der Inangriffnahme solcher Arbeiten, welche die gänzliche oder theilweise Verlegung oder Abtragung der auf den bezüglichen Strassen, Gassen, Plätzen, Gebäuden oder Grundstücken verlaufenden Telegraphen- oder Telephonleitungen nothwendig bedingen, schriftlich zu verständigen. In Fällen dringender Nothwendigkeit ist eine Abkürzung dieser Frist auf 14 Tage zulässig.

§. 9.

Von der Einhaltung der in den §§: 7 und 8 normirten Fristen kann nur im Falle des Eintritts höherer Gewalt gänzlich Umgang genommen werden.

§. 10.

Falls die im Sinne der §§: 3 und 4 zu leistende Entschädigung nicht im Wege gütlicher Vereinbarung festgesetzt werden kann, bleibt es dem Eigenthümer vorbehalten, seine Ansprüche auf Schadloshaltung im ordentlichen Rechtswege geltend zu machen.

Die Betretung desselben bildet kein Hinderniss für die Inangriffnahme oder Fortsetzung des bezüglichen Leitungsbaues.

§. 11.

Die Ausübung der der Staatsverwaltung nach diesem Gesetze zustehenden Rechte begründet weder einen Ersitzungstitel noch eine privatrechtliche Dienstbarkeit oder den Besitz einer solchen zu Gunsten der Staatsverwaltung.

§. 12.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf alle zur Zeit der eintretenden Wirksamkeit desselben bereits bestehenden staatlichen Telegraphen- und Telephonanlagen Anwendung.

An Stelle der diesfalls etwa vertragsmässig festgesetzten Entschädigungen und sonstigen Vergütungen tritt die durch dieses Gesetz gewährleistete Schadloshaltung.

§. 13.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes, welches mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit tritt, werden Mein Handelsminister, Mein Minister des Innern und Mein Justizminister betraut.¹⁾

¹⁾ **Motivenbericht.** Der ersten praktischen Erprobung des elektrischen Telegraphen in Oesterreich (Linie Wien—Brünn, errichtet im Jahre 1846) war in verhältnissmässig kurzer Zeit die legale Feststellung des staatlichen Regalrechtes hinsichtlich der Errichtung und des Betriebes dieser Verkehrsinstitution gefolgt.

Das bezügliche, im Grunde der Allerhöchsten Entschliessung vom 16. Jänner 1847 erlassene Hofkanzleidecret vom 25. Jänner 1847, Z. 2581/185 lautet:

„Bei der Wichtigkeit, welche telegraphische Verbindungen für die öffentliche Verwaltung haben, finden sich Seine k. k. Majestät laut Allerhöchsten Cabinetsschreibens vom 16. Jänner d. J. zur Anordnung bestimmt, dass von nun an ohne vorher von Seiner Majestät selbst erwirkte Erlaubniss keinem Privaten weder einem Einzelnen, noch einer Gesellschaft, gestattet sein soll, Telegraphen zu errichten.“

„Diese Allerhöchste Bestimmung wird den Landesstellen mit dem Auftrage bekanntgegeben, dieselbe allsogleich in gehöriger Art mit dem Beisatze allgemein

kundzumachen, dass im Falle der Uebertretung alle für die Einrichtung getroffenen Vorbereitungen und hergestellten Apparate von dem Unternehmer selbst, oder auf dessen Kosten von der Staatsverwaltung in unbrauchbaren Zustand versetzt würden.“

„Die k. k. hat in jedem einzelnen vorkommenden Uebertretungsfalle hiernach vorzugehen und die gepflogene Amtshandlung anher anzuzeigen.“

Wien, am 25. Jänner 1847.

Dass diese Allerhöchste Entschliessung (beziehungsweise das dieselbe intimirende Hofkanzleidecret) sich auf die einfache principielle Normirung des staatlichen Telegraphenregales beschränkt, ohne hieraus — abgesehen von den die Uebertretungen gegen das Regalrecht betreffenden Strafbestimmungen — weitere, die Ausübung dieses Rechtes durch Errichtung staatlicher Telegraphenanlagen fördernde Rechtsansprüche der Staatsverwaltung zu entwickeln, hat seinen Grund wohl darin, dass die praktischen Erfahrungen noch nicht vorlagen, welche — wie die spätere Legislative anderer Staaten darlegt — den Ausbau der das Telegraphenwesen betreffenden gesetzlichen Bestimmungen in der angedeuteten Richtung unerlässlich erscheinen liessen.

Bei der damals in erster Linie zu bewerkstelligenden Errichtung telegraphischer Verbindungen zwischen den grösseren Städten kam eben fast ausschliesslich die Benützung der der Staatsverwaltung ohnehin zur Verfügung stehenden Reichsstrassen oder der Eisenbahnen in Betracht, deren Verwaltungen durch diesbezügliche, im Anschlusse an die Concessionsbestimmungen getroffene Vereinbarungen im Interesse der Staatsverwaltung gebunden waren.

Mit der fortschreitenden Ausbreitung des staatlichen Telegraphennetzes erwuchs jedoch die Nothwendigkeit, behufs Errichtung der Leitungen (insbesondere in Städten und geschlossenen Ortschaften) auch das Privateigenthum in der Art heranzuziehen, dass dasselbe entweder zur Anbringung von Stützpunkten (Säulen, Mauerträgern, Ständern) oder doch wenigstens der über den Grundstücken oder Gebäuden gelegene Luftraum zur Führung der Drähte benützt wurde.

Der Staatsverwaltung stand nun zu derartigen Eingriffen in die Rechtssphäre des Realeigenthumes keinerlei gesetzliche Handhabe zu Gebote; auch die in den §§: 364 und 365 a. b. G. B., vorgesehene Expropriation konnte nach dem Inslebentreten der Staatsgrundgesetze zu Gunsten des Staatstelegraphenbaues nicht mehr in Anspruch genommen werden.

Die Errichtung der Telegraphenleitungen war daher geradezu vom Belieben der jeweils in Betracht kommenden Privateigenthümer abhängig — ein Zustand, welcher wohl im Hinblick auf die anerkannte Gemeinnützigkeit der Institution des Telegraphen gewiss nicht gutgeheissen werden kann.

Dank dem einsichtsvollen Entgegenkommen des Publikums und der theiligten localen Vertretungskörper ist es zwar in der Mehrzahl der Fälle möglich geworden, im Wege gütlichen Einverständnisses das Erforderliche vorzukehren, und so ohne Einräumung besonderer, die Verfügung über das Privateigenthum zu Gunsten der Staatstelegraphen beschränkender Rechte das Auslangen zu finden.

Mit der durch die rasch fortschreitende Verkehrsentwicklung bedingte ungeheure Zunahme der Leitungsherstellung haben sich jedoch in letzter Zeit die Fälle auffallend gemehrt, welche die Unhaltbarkeit des herrschenden Zustandes deutlich erkennen liessen.

Dies steht namentlich mit der Einführung des Telephons in den öffentlichen Verkehr, beziehungsweise mit der Errichtung staatlicher und der Verstaatlichung der früher privaten Telephonanlagen im engsten Zusammenhange.

Gleich den meisten anderen continentalen Verwaltungen hat auch die österreichische Staatsverwaltung vom Beginne des Auftretens des Telephons den in

den Eigenschaften und in der Wirksamkeit desselben vollständig begründeten und von der Legislative des Auslandes allseitig acceptirten Standpunkt angenommen, dass das Telephon als eine lediglich durch die verschiedenartige Einrichtung und Behandlung charakterisirte Abart des elektrischen Telegraphen aufzufassen sei.

Als nun, in Verfolgung dieses auch in der Telephonverordnung vom 7. October 1887, R.G.Bl. Nr. 116, zum Ausdrucke gebrachten Principes, an die allmähliche Ausgestaltung des staatlichen Telephonnetzes gegangen wurde, ergaben sich, insbesondere bei Errichtung der Stadtnetze, vielfache, durch den Mangel gesetzlicher, den Staatstelegraphenbau gegenüber den Aspirationen der Privateigenthümer schützender Bestimmungen verursachte Schwierigkeiten.

Diese zogen in einzelnen Fällen Consequenzen nach sich, welche im Hinblick auf die hierin gelegene nachhaltige Schädigung der öffentlichen Interessen lebhaft beklagt werden müssen.

So wurde beispielsweise die Errichtung eines, seither zu bedeutender Ausdehnung gelangten Telephonnetzes seinerzeit dadurch um mehr als ein Jahr verzögert, dass die massgebenden Factoren ihre Zustimmung zur Leitungserrichtung anfänglich von sachlich unbegründeten und für die Verwaltung ganz unannehmbaren Bedingungen abhängig machten und von denselben erst nach langwierigen Verhandlungen Abstand nahmen.

Eine Landeshauptstadt entbehrt heute noch trotz des Entgegenkommens der Staatsverwaltung eines Telephonnetzes, weil die wegen Errichtung eines solchen eingeleiteten Verhandlungen in Folge der consequenten Weigerung der Hauseigenthümer, an ihren Gebäuden die Anbringung von Mauerträgern oder Dachständen zu gestatten, resultatlos blieben.

Ganz besondere Schwierigkeiten gleicher Art haben sich auch bezüglich der aus dem Privatbetriebe seitens der Staatsverwaltung übernommenen Netze dadurch ergeben, dass von Seite der Gesellschaften oft Bedingungen eingegangen worden waren, deren Aufrechterhaltung ohne Gefährdung geordneter Betriebsverhältnisse unthunlich erschien.

Ein diesbezüglicher besonders markanter Fall hat sich erst jüngst in einem grösseren verstaatlichten Netze ergeben, indem mehrere Abonnenten die Belassung der ihnen vom Privatbetriebe eingeräumten, eine ganz unberechtigte Bevorzugung involvirenden Gebührenbegünstigung durch Kündigung ihrer Stationen und durch die Drohung erzwingen wollten, die Einwilligung zur weiteren Belassung der Dachstände auf ihren Gebäuden zurückzuziehen, und auch andere Hauseigenthümer zu dem gleichen Vorgehen zu veranlassen, was unter Umständen den Weiterbestand des Netzes gefährden könnte.

Die geschilderten, das öffentliche Interesse schwer schädigenden Uebelstände erheischen dringend eine tiefgreifende Aenderung der hier zur Sprache gebrachten Verhältnisse; dieselbe kann nur in der Art herbeigeführt werden, dass der Staatsverwaltung die Berechtigung zur Benützung öffentlichen Gutes und privaten Eigenthums zum Zwecke der Erbauung und Instandhaltung staatlicher Telegraphen- und Telephonleitungen gesetzlich gewährleistet wird.

Hiemit erscheinen die Ziele gekennzeichnet, welche der vorliegende Entwurf verfolgt.

Die Lösung der Frage, welcher Art die Rechte sein müssen, deren gesetzliche Normirung die Erreichung jenes Zieles erwarten lässt, wird durch die eigenthümliche Natur des Telegraphen- und Telephonwesens complicirt.

Es erschiene wohl naheliegend, auch hier, gleichwie für andere, dem öffentlichen Verkehre dienende Institutionen, z. B. Eisenbahnen, Strassen, ein Enteignungsrecht in Anspruch zu nehmen.

Dagegen sprechen jedoch schwerwiegende Gründe.

Die Expropriation hat die (eventuell zwangsweise) Erwerbung des Eigen-

thums oder eines anderen dinglichen Rechtes zu Gunsten eines aus Rücksichten öffentlichen Interesses zu fördernden Unternehmens zum Gegenstande.

Dies würde jedoch weit über das bei Errichtung von Telegraphen- und Telephonleitungen dem Privateigenthum gegenüber zutage tretende Bedürfniss hinausgehen.

Es muss der Staatstelegraphenverwaltung die Möglichkeit geboten sein, mit der heute so rasch fortschreitenden industriellen und mercantilen Entwicklung gleichen Schritt zu halten; sie muss in der Lage sein, dem jeweils zutage tretenden Bedürfnisse, soweit es die vorhandenen finanziellen Mittel zulassen, sofort gerecht zu werden.

Die dem Telegraphen und Telephon aus diesen Gründen zu wahrende Agilität und Geschmeidigkeit würde unter der Erwerbung der sich aus der Enteignung ergebenden dauernden Rechte leiden.

Insbesondere hinsichtlich des Telephonwesens würden dieselben sich bald als Last fühlbar machen. Die Linien eines Stadttelephonnetzes sind in Folge des fortwährenden Abonnentenwechsels unausgesetzten Aenderungen unterworfen; zahlreiche neue Anschlüsse treten in oft kurzen Zeiträumen hinzu; die Auflassung von Abonnentenstationen bedingt die Leitungsabtragung, Wohnungsänderungen ziehen Leitungsverlegungen nach sich u. s. f.

Wenn nun bei Herstellung jedes, in neuer Trace zu führenden Abonnentenanschlusses behufs Anbringung der erforderlichen Stützpunkte auf den jeweils in Betracht kommenden Realitäten im Expropriationswege Servituten erworben werden müssten, so würde die Verwaltung binnen kurzem über zahllose, wahrscheinlich mit bedeutenden Geldopfern erworbene Servitutsberechtigungen verfügen, welche aber jedes wirklichen Werthes für die Verwaltung entbehren würden, da dieselbe wegen der inzwischen eingetretenen Schwankungen im Abonnentenstande, beziehungsweise der hiedurch bedingten Leitungsverlegungen einer Reihe von Servituten gar nicht mehr bedürfte.

Es darf auch nicht ausser Betracht bleiben, dass in derartigen Fällen, wo es sich darum handelt, zu Gunsten eines öffentlichen Interesses die Freiheit des Eigenthums gewissen Beschränkungen zu unterziehen, unter allen Umständen das Princip gewahrt werden muss, diese Beschränkung auf das bei Wahrung der Erreichbarkeit des angestrebten gemeinnützigen Zweckes geringste Mass zu reduciren; alles nicht unbedingt Nothwendige würde zweifellos von der Bevölkerung als ungerechtfertigte Härte empfunden werden.

Die Staatstelegraphenverwaltung bedarf aber zur Erreichung ihrer Ziele durchaus keiner so radicalen Eingriffe in die Rechtssphäre des privaten Eigenthums, wie sie in der Einräumung und Practicirung eines eigentlichen Expropriationsrechtes gelegen sind, und kann somit darin nicht das geeignete Mittel zur Lösung der hier behandelten Frage erblickt werden.

Dies erscheint auch durch die einschlägigen Gesetze anderer Staaten, von welchen Auszüge, und zwar aus dem belgischen, englischen, französischen, italienischen, niederländischen, norwegischen, schweizerischen und ungarischen Gesetze diesem Berichte angeschlossen sind, bestätigt.

Ein eigentliches Expropriationsrecht kennen unter allen Staaten, auf deren Gesetzgebung hier verwiesen werden kann, nur Norwegen und Italien, wobei jedoch bezüglich des letzteren zu bemerken ist, das zur Zeit des Zustandekommens des citirten, übrigens nur für Telephonanlagen geltenden Gesetzes das gesammte Telephonwesen Italiens noch dem privaten Betriebe überlassen war.

Eine eigenthümliche Zwischenstellung nimmt Ungarn ein, welches im §. 6 des Gesetzes vom 8. August 1888 (Gesetzartikel XXXI ex 1888) zwar das Expropriationsrecht zu Gunsten der Errichtung von Telegraphen- und Telephonanlagen ausdrücklich einräumt, während aus dem weiteren Contexte des Ge-

setzes entnommen werden kann, dass eigentlich nur die Duldung gewisser Massnahmen zu Gunsten jener Verkehrsanlagen durch die Privateigenthümer, jedoch ohne Enteignung, zum Theile sogar ohne Schadloshaltung, gesetzlich zur Pflicht gemacht werden soll.

Die die fragliche Materie behandelnden Gesetze der übrigen, mit Rücksicht auf ihre wirthschaftlichen und socialen Verhältnisse noch in Betracht zu ziehenden Staaten — (es sei hier bemerkt, dass im Deutschen Reiche die Rechte der Reichstelegraphenverwaltung beim Baue ihrer Anlagen derzeit noch einer gesetzlichen Regelung entbehren) — weisen bei mancher Verschiedenheit in einzelnen minderwichtigen Details das eine gemeinsame Grundprincip auf, dass zu Gunsten der Errichtung und Instandhaltung staatlicher Telegraphen- und Telephonanlagen kein Expropriationsrecht statuirt, sondern lediglich zu dem gedachten Zwecke die Berechtigung der Verwaltung zur Benützung öffentlichen Gutes und die Verpflichtung der Eigenthümer von Realitäten zur Duldung gewisser Eingriffe in ihre Rechtssphäre gegen angemessene Entschädigung oder ohne eine solche gesetzlich declarirt wird.

Dass durch die Einräumung dieser Rechte keine Enteignung bedingt ist, wird in dem belgischen, französischen, grossbritannischen und niederländischen Gesetze ausdrücklich hervorgehoben, während dies in dem in Artikel 13 des schweizerischen Bundesgesetzes vom 26. Juni 1889 enthaltenen Hinweise auf eine suppletorische Expropriationsberechtigung stillschweigend zum Ausdrucke gebracht ist. Auf dem erwähnten Grundprincipe fusst auch der vorliegende Gesetzentwurf.

Er verfolgt die Tendenz, bei grösster Schonung der privaten Eigenthumsrechte jene Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche die Bauthätigkeit der Staatstelegraphenverwaltung bisher in einem, die öffentlichen Interessen schwer schädigenden Masse eingeschränkt oder verzögert haben.

Dabei sucht der Gesetzentwurf im Interesse sowohl des Publikums, als auch der Verwaltung, auf jene Momente entsprechend Rücksicht zu nehmen, welche sich aus der Beweglichkeit und Variabilität der Telegraphen- und insbesondere der Telephonanlagen ergeben.

Durch die Bestimmungen des Entwurfes soll vor allem die Benützung der öffentlichen Verkehrswege — insoferne deren Inanspruchnahme nicht anderweitig gewährleistet ist (Eisenbahnen) — zu Zwecken der Errichtung und Instandhaltung staatlicher Telegraphen- und Telephonanlagen gesetzlich geregelt werden. (§. 1 bezw. 2).

Das Privateigenthum wird nach dem Entwurfe unter Garantie voller Schadloshaltung (§§. 3 und 4) und ohne Beeinträchtigung der freien Benützung durch den Berechtigten (§§. 5 und 6), sowie unter Ausschluss jedes das Realigenthum belastenden dauernden Rechtserwerbes (§ 11) lediglich zur Duldung der behufs Errichtung und Instandhaltung staatlicher Leitungen an den Eigenthumsobjecten nothwendig vorzunehmenden Arbeiten herangezogen.

Hiezu sei noch bemerkt, dass die von mancher Seite ausgesprochene Befürchtung, es könne die Anbringung von Dachständern oder die Führung von Leitungen für die hiezu benützten Realitäten eine Erhöhung der Blitzgefahr mit sich bringen, nach den vieljährigen, von den verschiedenen Verwaltungen (insbesondere vom deutschen Reichspostamte) gesammelten Erfahrungen nicht nur unbegründet erscheint, sondern dass vielmehr constatirt werden konnte, dass die von Telegraphen- und Telephonleitungen in Anspruch genommenen Gebäude verhältnissmässig weniger dem Blitzschlage ausgesetzt waren, als andere Baulichkeiten.

Durch die §§: 7, 8 und 9 soll in erster Linie dafür Vorsorge getroffen werden, dass die Inanspruchnahme der der Staatsverwaltung dem Privateigenthume gegenüber eingeräumten Rechte in einer Art erfolge, welche es dem Eigenthumsberechtigten ermöglicht, rechtzeitig alle Dispositionen zu treffen,

welche ihm zur Wahrung seiner Interessen im gegebenen Falle wünschenswerth erscheinen.

Die für die Verwaltung in Anspruch genommenen Rechte dürfen wohl solcherart soweit eingeschränkt erscheinen, als dies ohne Vereitelung des angestrebten Zweckes überhaupt möglich ist.

Uebers dies würde es im Falle der verfassungsmässigen Genehmigung des vorliegenden Entwurfes den ausführenden Behörden, Aemtern und Organen zur strengsten Pflicht gemacht werden, auch bei Anwendung jener an sich schon nicht weitausgreifenden Rechtsbefugnisse auf die besonderen Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Eigenthümer thunlichst Rücksicht zu nehmen, und in jeder Beziehung dahin zu wirken, dass die durch die fraglichen Bestimmungen der Bevölkerung auferlegten Verpflichtungen sich so wenig als möglich fühlbar machen.

Wird dieser Grundsatz bei Ausübung der in Rede stehenden Rechte befolgt, so kann wohl mit voller Zuversicht erwartet werden, dass durch die vorgeschlagenen Bestimmungen der Staatstelegraphenverwaltung die lange entbehrten nothwendigen Garantien freierer Entfaltung und grösserer Beweglichkeit in ihrem Bauwesen gegeben, und auch die Interessen der Allgemeinheit in hervorragendem Masse gefördert werden.



Probe einer Kabelschrift.



Wanka, Josef

Das Telegraphen- und Telephonwesen in Oesterreich nebst Berücksichtigung
des Telegraphen- und Telephonwesens in Deutschland und dem weiteren
Auslande Dargestellt von Josef Wanka

Wien 1896

Graph. 936

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11809132-6